

GESCHICHTE DER STADT ZWETTL

Herausgegeben von Stefan Eminger, Oliver Kühschelm, Friedel Moll, Josef Prinz,
Martin Scheutz und Roman Zehetmayer

3. Teil

Zwettl im 19. Jahrhundert

Herausgegeben von
Oliver Kühschelm



Andreas Bunzl

Herrschaft und politisches System

Eine Publikation der *Stadtgemeinde Zwettl*
In Kooperation mit *Netzwerk Geschichte NÖ*

(Manuskript, fertiggestellt 2020)

Information zu den Nutzungsrechten

Für Text, Karten, Diagramme und Tabellen, die im Auftrag der Stadtgemeinde Zwettl im Rahmen des Projekts „Geschichte der Stadt Zwettl“ erstellt wurden, gilt die Internationale Creative Commons Lizenz 4.0:

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>

Leicht lesbare Zusammenfassung der wichtigsten Punkte:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Bildmaterial, dessen Copyright bei Dritten liegt, fällt nicht unter die genannte Creative-Commons-Lizenz. Die Inhaber der Rechte sind in den Legenden genannt. Bitte kontaktieren Sie diese Inhaber direkt, um Näheres über die jeweiligen Bedingungen der Weiterverwendung zu erfahren.

Wissenschaftliches Zitat und Orientierung für die Attribuierung bei Weiterverbreitung bzw. -verwendung des Manuskripts oder von Teilen daraus:

Andreas Bunzl, Herrschaft und politisches System. In: Oliver Kühschelm (Hrsg.), Zwettl im 19. Jahrhundert = Geschichte der Stadt Zwettl, Teil 3, hrsg. von Stefan Eminger, Oliver Kühschelm, Friedel Moll, Josef Prinz, Martin Scheutz u. Roman Zehetmayer im Auftrag der Stadtgemeinde Zwettl (Manuskript, Zwettl 2020), https://www.zwettl.gv.at/Bildung_Kunst_Kultur/Stadtarchiv/Stadtgeschichte_Zwettl.

Gefördert durch das Land Niederösterreich



Abbildung am Titelblatt: Die Landstraße im Zentrum von Zwettl, um 1900, Stadtarchiv Zwettl

Inhaltsverzeichnis

1.	Herrschaft und politisches System der Stadt.....	5
1.1.	Eine neue Zeit bricht an – aber wann?	5
1.2.	Das 19. Jahrhundert – Wandel und Kontinuität	10
1.2.1.	Die Amtsträger	10
1.2.2.	Wie arbeitete der Rat, wie traf er Entscheidungen?	12
1.2.3.	Womit befasste sich der Rat?	13
1.2.4.	Die Franzosen halten Einzug	20
1.2.5.	Umbruch: ein Neuanfang oder alles beim Alten unter neuem Namen?	23
1.2.6.	Die Ereignisse von 1848 und ihr regionaler Niederschlag	25
1.2.7.	Gemeindeselbstverwaltung, zwischen permanenter Krise und Erfolgsmodell.....	30
1.2.8.	Eingemeindungen und neue Aufgaben	34
1.2.9.	Entwicklung der politischen Parteien, Schönerer, Politischer Katholizismus.....	36
1.2.10.	Budgets als in Zahlen gegossene Politik	43
2.	Infrastrukturpolitik.....	50
3.	Sozialpolitik	56
3.1.	Das Bürgerspital	57
3.2.	Siechenhaus und Haarstube	60
3.3.	Offene Fürsorgesysteme.....	62
4.	Das Bürgertum als Träger der Politik	63
4.1.	Wahlen und politische Mitbestimmung	64
4.2.	Soziale Struktur	66
4.3.	Bürgerliche Kultur	69
5.	Resümee	70

6.	Literatur und Quellenverzeichnis.....	73
6.1.	Literatur.....	73
6.2.	Zeitungen	77
6.3.	Nachschlagewerke	77
6.4.	Rechtstexte	78
6.5.	Archivalien.....	78

1. Herrschaft und politisches System der Stadt

Das 19. Jahrhundert ist stark dadurch gekennzeichnet, dass der Staat seinen Tätigkeitsradius ausdehnte und an die Menschen heranrückte, die von Untertanen zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern wurden. Dieser Prozess ließ sich aber nicht allein von oben her auf dem Verordnungsweg oder per Gesetzesbeschluss durchführen. Unbedingt notwendig war es, mit schon bestehenden Instrumenten der Machtausübung zusammenzuarbeiten oder sie an die neuen Anforderungen zu adaptieren. Das macht es abseits des berechtigten lokalen Interesses an der Geschichte einer Kleinstadt lohnend, einen Blick auf ein schon lange bestehendes und von den Änderungen im 19. Jahrhundert direkt betroffenen politisches und soziales Gefüge zu werfen, die Stadt Zwettl im Nordosten von Niederösterreich.

1.1. Eine neue Zeit bricht an – aber wann?

Periodisierungen sind ein ergiebiges Feld für Diskussionen in den Geschichtswissenschaften. Sie hängen stark vom Standpunkt und der eigenen weltanschaulichen und politischen Verortung ab. Wie periodisiert man konkret die Geschichte einer Stadt? Einen klaren Schnitt zu ziehen liegt oft nicht auf der Hand bei einem Sozialgefüge, dem an Kontinuität und Beständigkeit gelegen war und dessen Verantwortliche Umbrüche meist zu verhindern suchten.

Als Zäsur könnten sich für Zwettl die Einfälle der napoleonischen Truppen im Dezember 1805 und wieder im Oktober 1809 eignen, die lokal ein einschneidendes Ereignis waren.¹ Für Historikerinnen und Historiker hat die Besetzung durch französische Truppen zudem den Reiz der relativen Nähe zur Jahrhundertwende.

Hier soll aber ein anderer Weg gewählt werden, der die Verfasstheit der Stadt in den Mittelpunkt rückt. Die Darstellung wird daher von zwei Weichenstellungen ausgehen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgten: Es sind dies die Gaisrucksche Instruktion und die Josephinische Magistratsreform.

Die immer stärker werdende Verdichtung und Institutionalisierung der Herrschaft und die damit einhergehende Ausbreitung des Staates² hatte im 18. Jahrhundert vor allem eine Triebfeder, den stark

¹ Hans HAKALA, Zwettl zwischen 1648 und 1848. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 67–82, hier 77 f.

² Horst CARL, Herrschaft. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, https://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/herrschaft-COM_279871 (25.04.2020). Der Beitrag beschreibt Staatsbildung als Herrschaftsverdichtung und geht kurz auf den Zusammenhang von Raum und Herrschaft ein. Für das 19. Jahrhundert und beispielhaft an Hand verschiedener Regionen siehe Jörg GANZENMÜLLER, Tatjana TÖNSMEYER (Hrsg.), Vom Vorrücken des Staates in die Fläche. Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts (Köln, Weimar, Wien 2016) 7–32.

gestiegenen Finanzbedarf durch die zahlreichen und immer kostspieliger werdenden Kriege.³ Dieser Bedarf sollte vor allem durch Steuern gedeckt werden, die Einnahmen aus Regalien und den Eigengütern der Landesfürsten reichten schon seit dem Spätmittelalter nicht mehr aus. Die Etablierung des modernen Steuerstaates und sein steter Ausbau drängten den Einfluss der Stände zurück und begünstigten zentralstaatliche Tendenzen. Die Fähigkeit zur Kriegsführung und zur dafür notwendigen Ressourcenaufbringung konzentrierte sich auf immer weniger Akteure.⁴ Diese zeigten nun ein vermehrtes Interesse am wirtschaftlichen Fortkommen ihrer Untertanen.

Zwettl gehörte bereits seit dem 15. Jahrhundert dem sogenannten „Vierten Stand“ an.⁵ Dieser wurde in Niederösterreich zur Hälfte von der Stadt Wien und zur anderen Hälfte von den 18 landesfürstlichen Städten gebildet. Sie alle sahen sich seit Beginn der Frühen Neuzeit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten ausgesetzt. Vor allem die Grundherren, aber auch Stifte und Klöster versuchten, die städtischen Vorrechte bei Handwerk, Gewerbe und Handel zu unterwandern. Auch die in der Zeit des Merkantilismus forcierten Manufakturgründungen gingen zum größten Teil an den Städten vorbei. Die Einfälle von Türken und Schweden brachten weitere Belastungen für die ‚mitleidenden‘ Städte. Diese oft als Niedergang betitelten Entwicklungen hatten bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts zu einer immensen Steuerschuld der landesfürstlichen Städte von 570.000 Gulden geführt. Der Großteil davon, beinahe 495.000 Gulden wurde während der Untersuchungen des Grafen Gaisruck als uneinbringlich beschrieben. Zwettl hatte einen Steuerschuldenstand von 6.038 Gulden, davon wurden 5.639 als verloren angesehen.⁶

Um diese Missstände zu beseitigen, wurde im Jahr 1745 Graf Anton von Gaisruck damit beauftragt, das Steuer-, Finanz- und Wirtschaftswesen des halben vierten Standes zu untersuchen und jeweils neu zu ordnen. Außerdem regelten fast alle erlassenen Instruktionen auch das „politicum“, die damals so genannte „gute Policey“. Darunter verstand man die „gute Ordnung“ eines Gemeinwesens.⁷

³ Vgl. Horst CARL, Christoph KAMPMANN, Staat, politische Herrschaft und internationales Staatensystem. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/staat-politische-herrschaft-und-internationales-staatensystem-a5033000> (05.10.2019).

⁴ Vgl. Horst CARL, Kriegsfinanzierung. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/kriegsfinanzierung-a2292000> (05.10.2019). Zur Kriegsfinanzierung in Österreich siehe Peter RAUSCHER (Hrsg.), Kriegführung und Staatsfinanzen. Die Habsburgermonarchie und das Heilige Römische Reich vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des habsburgischen Kaisertums 1740 = Geschichte in der Epoche Karls V. 10 (Münster 2010).

⁵ Zu Entstehung und Entwicklung des Vierten Standes siehe Franz BALTZAREK, Beiträge zur Geschichte des vierten Standes in Niederösterreich. Eine vergleichende Stadtgeschichtsuntersuchung mit besonderer Auswirkung der Gaisruckschen Städteordnungen von 1745–1747. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs Bd. 23 (Wien 1971) 64–104.

⁶ NÖLA Abt. 1, Gaisrucksche Instruktion Korneuburg, Beilage J fol. 1, zit nach BALTZAREK, Beiträge, 84.

⁷ Vgl. Karl HÄRTER, Polizei. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/polizei-a3293000> (10.10.2019).

Zwettl erhielt seine Instruktion am 26. Mai 1746. Ohne Mutmaßungen über die Arbeitsweise von Gaisruck und seinen Mitarbeitern anzustellen, muss zumindest festgehalten werden, dass die Schlagzahl hoch war. So hatte Hainburg die Instruktion am 2. Mai erhalten, die für Waidhofen an der Thaya folgte schon am 4. Juni. Insgesamt fertigte Gaisruck im Jahr 1746 13 Instruktionen an.⁸

Die Instruktion für Zwettl umfasste 136 Seite, der größte Teil betraf die Einnahmen und Ausgaben. Für die städtischen Amtsträger änderten die Anweisungen vor allem die Entlohnung. Wurden vor der Instruktion noch viele Tätigkeiten in Naturalien oder mit Anteilen an städtischen Einnahmen abgegolten, wurde nun fast immer eine Entlohnung in Bargeld gegeben. An der Zusammensetzung des Rates änderte sich nichts, er bestand weiterhin aus zwölf Mitgliedern im inneren und sechs im äußeren Rat.⁹

Auch sehr persönliche Dinge wurden in der Instruktion angesprochen. So wurden Rat und Bürger ermahnt, an den größeren Festtagen zahlreich in der Kirche beim Gottesdienst zu erscheinen. Gleichzeitig sollten die Wirtshäuser an Sonn- und Feiertagen zu bestimmten Zeiten geschlossen bleiben. Die Bürger wurden zu Gehorsam gegenüber dem Magistrat verpflichtet, diesen ermahnte man, die Bürger zu schützen. Die Ratssitzungen sollten hinter verschlossenen Türen abgehalten werden und die Teilnehmer waren zur Geheimhaltung verpflichtet. Diese Maßnahme sollte es den Ratsmitgliedern erleichtern, ihre Meinung frei und ohne Sorge ob der Feindschaft der Bürger zu äußern. In Kraft trat die Instruktion am 1. Juli 1746 und blieb es bis ins Jahr 1848.¹⁰

In den Ratsprotokollen hat sich die Gaisrucksche Instruktion nicht niedergeschlagen, just an der Stelle befinden sich sieben leere Seiten. Die letzte eingetragene „Raths Session“ fand am 26. Dezember 1744 statt, der erste Eintrag nach den Leerseiten protokolliert die Sitzung vom 27. Juli 1746.¹¹ Dass diese Lücke mit der Tätigkeit von Gaisruck zusammenhängt, kann zumindest vermutet werden. Zur Zeit der Untersuchung hatte Johann Adam Carl, ein Tuchhändler, das Amt des Stadtrichters inne. Insgesamt verbrachte er 49 Jahre im Rat.¹² Im äußeren Rat ist er 1724 nachweisbar.¹³ Durch die Lücke in den Ratsprotokollen von 1728 bis 1737 ist sein Wechsel in den inneren Rat nicht nachvollziehbar, im Jahr 1738 ist er auf alle Fälle dort angekommen.¹⁴ Im Jahr 1744 übernahm er das Amt der Stadtrichters von

⁸ BALTZAREK, Beiträge, 88.

⁹ Vgl. Martin SCHEUTZ, *Die herrn seint zu Wienn, die nahren zu hauß*. Stadtreghiment und Bürger in österreichischen Kleinstädten der Frühen Neuzeit. In: Willibald ROSNER, Reinelde MOTZ-LINHART (Hrsg.), *Die Städte und Märkte Niederösterreichs im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Die Vorträge des 20. Symposions des NÖ Instituts für Landeskunde*. Zwettl, 3. bis 6. Juli 2000 und der 1. Kurztagung des NÖ Instituts für Landeskunde und der NÖ Landesbibliothek „Das Bild der Kleinstadt“, St. Pölten, 23. Mai 2000 = Studien und Forschung aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 36 (St. Pölten 2005) 204–246, hier 217.

¹⁰ HAKALA, Zwettl 1648 bis 1848, 74 f.

¹¹ StAZ, RP, 2_14, 1738–1755, fol. 373^r–378^r.

¹² SCHEUTZ, Stadtreghiment, 221.

¹³ StAZ, RP, 2_13, 1706–1727, fol. 290^r.

¹⁴ StAZ, RP, 2_14, 1738–1755, fol. 3^r.

Bernhard Zeller.¹⁵ Er blieb es bis 1772, unterbrochen von zwei Jahren, in denen Johann Schleicher das Amt innehatte. 1768 verstarb dieser aber im Amt¹⁶ und Carl übernahm bis kurz vor seinem eigenen Tod.¹⁷ Mit 49 Jahren ist er zwar sehr lange im Rat vertreten, untypisch ist seine Karriere aber nicht. Betrachtet man die Zeit von 1750 bis 1850 und lässt die nur kurzfristig mit der Führung der Geschäfte des Stadtrichters betrauten Personen beiseite, so hatten nur acht Personen das höchste Amt der Stadt inne.¹⁸

In dem vielfältigen und umfassenden Reformprogramm von Joseph II. war die Neuordnung der Verwaltung der Städte einer von vielen Punkten.¹⁹ Vorbild für die anderen Städte war die 1783 durchgeführte Reform des Magistrats der Stadt Wien. Von 1784 bis 1786 wurden die Magistrate von Brünn, Freiburg im Breisgau, Klagenfurt, Prag, Linz, Graz, Laibach, Bozen und Lemberg gebildet. Auch in den kleineren Städten wurde die Magistratsverfassung eingeführt. Wenn es bis dahin keinen Bürgermeister gegeben hatte, wurde nun einer bestellt.²⁰

Die Änderungen wurden in Zwettl relativ spät vorgenommen, erst im Protokoll der Ratssitzung vom 17. August 1785 taucht in Zwettl zum ersten Mal die Bezeichnung „Bürgermeister“ auf. Bei den Anwesenden ist Karl Hammerer noch als „Stadt Richter“ verzeichnet, in den nächsten Zeilen wird dann aber Folgendes vermerkt: „Anheut ist dem Burger Ausschuß die Wahl des Burgermeisters Herrn Karl Hammerer publiciret worden.“²¹ Von da an blieb es bei dem Titel. Auch die Unterscheidung in äußeren und inneren Rat endet zu diesem Zeitpunkt, in der Ratssitzung vom 26. August 1785 wurde sie noch getroffen, danach unterblieb sie.²²

Der Magistrat sollte gemäß der Josephinischen Ordnung nach dem Bürgermeister aus einem Syndikus, der gleichzeitig die Funktion eines Ratsmannes wahrnahm, und bis zu vier weiteren Personen bestehen. Der Syndikus war ein Beamter und sollte mindestens 300 Gulden Gehalt im Jahr bekommen. Wenn die Mittel es zuließen, konnten auch die übrigen Amtsmänner besoldet werden. Außerdem wurde ein Bürgerausschuss gewählt. Dieser sollte in wichtigen Angelegenheiten befragt werden und seinerseits den Magistrat wählen. Dies erfolgte unter dem Vorsitz des Kreishauptmanns. Um verdienten Offizieren und Militärangestellten ein Auskommen zu sichern, sollten sie bei der Besetzung von

¹⁵ StAZ, RP, 2_14, 1738–1755, fol. 347'.

¹⁶ StAZ, RP, 2_14, 1738–1755, fol. 386'.

¹⁷ DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/03 (1697–1784), fol. 391.

¹⁸ Vgl. Walter PONGRATZ, Franz BLEIDL, Die Richter und Bürgermeister der Stadt Zwettl. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980), 351 f., hier 351.

¹⁹ Zum Reformwerk insgesamt vgl. Martin SCHEUTZ, Ein „Lutheraner“ auf dem Habsburgerthron. Die Josephinischen Reformen und die Klostersaufhebungen in der Habsburgermonarchie. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 120 (2012) 321–339, hier 323–328.

²⁰ Vgl. Karl GUTKAS, Kaiser Joseph II. Eine Biographie (Wien, Darmstadt 1989) 235–237.

²¹ StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 418.

²² StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 422.

Magistratsstellen bevorzugt herangezogen werden. Diese Regelung konnte nur in wenigen Fällen eingehalten werden und bald nach dem Tod von Joseph II. kam man davon wieder ab.²³ Für Zwettl ist die Anstellung von ehemaligen Militärangehörigen nicht nachweisbar. Den Auftrag dazu erhielt man aber sehr wohl, angeordnet mit Dekret vom 24. September 1783, eingelangt in Zwettl am 8. Oktober, von der K:K:N:Ö: Städtischen Commission.²⁴ Noch im März 1786 erging auch ein Schreiben über den Rang und die Besoldung übergetretener Militärpersonen an den Zwettler Magistrat. Wie man aus einem Protokolleintrag vom August 1786 erfahren kann, behielten die ehemaligen Militärpersonen zwar ihren Charakter als Militärs, unterstanden aber trotzdem der zivilen Gerichtsbarkeit. Sollten sie sich aber eines Verbrechens schuldig machen, war der Untersuchungsakt vom Landgericht noch vor dem Fällen eines Urteils an das Appellationsgericht zu übergeben. Dieser hatte dann eine Mitteilung an den Hofkriegsrat zu machen. Auch diese Anordnung wurde in Zwettl zur Kenntnis genommen und abgelegt.²⁵

Über die Wahl von Bürgerausschuss und Rat gibt schon die nächste Sitzung vom 1. September 1785 Auskunft. Es wird berichtet, dass die neu gewählten Ratsmänner Mathias Spoliti, Kristian Städtler, Bernhardt Rathbauer und der Syndikus Johann Nepomuk Zistler den Eid abgelegt haben und die Ratswahl der Bürgerschaft publiziert wurde. Zu Ausschussmännern sind von der Bürgerschaft zwölf Bürger vorgeschlagen und sechs davon öffentlich bestätigt worden. Es waren dies Ignatz Neuhauser, Johann Scheumpflug, Joseph Poppulorum, Joseph Zistler, Johann Zauner und Joseph Durnwald.²⁶ Der Rat bzw. der Magistrat, in den Protokollen wurden die beiden Bezeichnungen noch länger parallel verwendet, hatte sich also erheblich verkleinert. Seine Aufgabengebiete und die Anzahl der Sitzungen waren zu dieser Zeit aber noch keiner großen Änderung unterworfen.

Für Zwettl mögen die Änderungen in Verfassung und Verwaltung durchaus bedeutend gewesen sein. Eine allzu große Unsicherheit im Umgang mit den neuen Richtlinien schlägt sich in den Quellen aber nicht nieder. Gesamtstaatlich gesehen waren die von Maria Theresia und Joseph II. angestoßenen Änderungen für den vierten Stand ein Puzzlestein in einer größeren Entwicklung. „Bürokratisierung, Zentralisierung, Sozialdisziplinierung und Militarisierung bildeten [...] Prozesse, an deren Ende der statistisch erfasste Untertan als Steuerzahler und Wehrpflichtiger einerseits und der moderne Staat andererseits standen.“²⁷ Dieser Prozess brachte Belastungen mit sich und warf die alte Ordnung, auf die man jahrhundertlang so bedacht gewesen war, durcheinander. Er bot aber auch Chancen und Möglichkeiten zur Entwicklung.

²³ Vgl. GUTKAS, Joseph II., 237.

²⁴ StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 261.

²⁵ StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 529.

²⁶ StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 425.

²⁷ Peter RAUSCHER, Zur Einführung. In: RAUSCHER, Kriegführung, 5–38, hier 19 f.

1.2. Das 19. Jahrhundert – Wandel und Kontinuität

Auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts tagte der Rat der Stadt Zwettl mit großer Regelmäßigkeit beinahe einmal pro Woche. Im Jahr 1806 wurden zum Beispiel 44 Sitzungen abgehalten.²⁸ Das Aufgabengebiet war vielfältig. So wurden am 29. Jänner 1806 eine Gewerbebestätigung, eine Ausfolgung von *Verkaufs obligatoenen*²⁹ und eine Gewerbeübertragung behandelt.³⁰ Bürgermeister war noch immer Karl Hammerer, die Räte waren Thaddä Menner, Joseph Kitzler und Georg Enslein. Das Amt des Syndikus hatte Johann Sterz inne. Er führte das Protokoll bei den Ratssitzungen allerdings nicht selbst, dafür gab es den *Protocollisten* Strobl. Dieser fungierte zudem als Schätzungskommissär. Unter Zuziehung des beideten Maurer- und Zimmerermeisters hatte er im Bedarfsfall Hausschätzungen vorzunehmen.³¹ Dass sich für Strobl die Nähe zum Magistrat auszahlte, kann man an der Ratssitzung vom 5. Februar 1806 ablesen. Sie wurde nur wegen eines Punktes einberufen – die nächste fand nämlich schon einen Tag später statt und handelte andere Themengebiete ab.³² In der dem Protokollisten Strobl gewidmeten Sitzung wurde diesem gegen Reparationskosten, scheinbar war sie wegen Mängel gerade nicht bewohnbar, die Schulmeisterwohnung überlassen.³³ Warum Strobl aber schon am 12. Februar zu Protokoll gibt, die Wohnung nicht beziehen zu können und der Rat stattdessen der Bitte der Hebamme Katharina Westermayer um diese Unterkunft stattgibt,³⁴ erschließt sich aus den Quellen nicht. Auch Katharina Westermayer stand in einem Naheverhältnis zum Rat. Sie war die Witwe von Johann Michael Westermayr, einem Kupferschmied. Dieser war 1769 in den inneren Rat gewählt worden³⁵ und hatte dem Gremium bis zu seinem Tod 1780 angehört.³⁶

1.2.1. Die Amtsträger

Neben dem inneren Zirkel des Magistrats gab es im Zwettl des 19. Jahrhunderts noch eine Reihe von weiteren Amtsträgern. Viele ihrer Tätigkeiten würde man aus heutiger Sicht nicht mehr bei einer Stadtverwaltung ansiedeln. Vor allem zu Beginn des Jahrhunderts waren die Zentralstellen und -behörden aber fern, die meisten Aufgaben mussten von der Stadt selbst übernommen werden. Auskunft über

²⁸ Dabei ist die erste Sitzung mit dem 29. Jänner eingetragen und zu vermuten, dass auch zuvor schon Sitzungen stattgefunden haben, siehe StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1–128.

²⁹ Das Wort Obligation stammt vom lateinischen *obligo* (verbinden, verpflichten) und beschreibt ein Schuldverhältnis, siehe Art. Obligation (Recht). In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <https://brockhaus-at.uaccess.uni-vie.ac.at/ecs/enzy/article/obligation-recht> (28.05.2020).

³⁰ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1–3.

³¹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 33.

³² StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 5–10.

³³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 4.

³⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 13.

³⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 421^v.

³⁶ StAZ, Inventur-u. Testamentprotokoll, 6_11, 1773–1792.

die Ämter und die sie ausübenden Personen erhalten wir vor allem zu Beginn und Ende der jeweiligen Tätigkeiten.

Die Amtsträger wurden vom Magistrat ernannt. Der Personenkreis der potenziellen Kandidaten war nicht allzu groß, sollten doch „diese Aemter nur bekannt fähigen Bürgern anvertraut werden.“³⁷ Außerdem musste auf ihre persönlichen Lebensumstände, ihre Berufsausübung und ihr Alter Bedacht genommen werden. Der Magistrat traf eine gewisse Vorauswahl, trotzdem geschah es öfter, dass die Auserwählten die Annahme verweigerten oder Amtsinhaber vorzeitig aus dem Amt schieden. So wurden im Oktober 1826 der Ober- und der Unterkämmerer, der Steuereinnnehmer, der Ortsschulaufseher, der für Maße und Gewichte zuständige *Zimmentirungs Coär*, der Bürgerspitalsverwalter und sein Kassen-Kontrolleur, der erste und zweite Waisenkasse-Kommissär, der Polizei-Kommissär und der erste und zweite Waldaufseher ernannt. Der Unterkämmerer und die beiden Waldaufseher verweigerten die Annahme des Amtes, daher mussten Ersatzmänner ernannt werden.³⁸ Neben den schon erwähnten Ämtern gab es noch einen Quartiermeister, er war für die Einquartierungen von Armeeeinheiten zuständig. Diese kamen öfter vor und wurden nach einem bestimmten System durchgeführt. Jede Gemeinde hatte Listen zu führen, wie viele und welche Quartiere sie im Bedarfsfall stellen konnte. Unterschieden wurde dabei nach Offizieren, Mannschaften und Pferden, außerdem wurde die Anzahl der Kammern und der Wagenstellplätze erhoben. Die Armee machte von den Quartieren auch Gebrauch. Für das Kriegsjahr 1859, die Habsburgermonarchie kämpfte im Zweiten Italienischen Unabhängigkeitskrieg gegen Sardinien und Frankreich um die Vorherrschaft in Norditalien, waren allein in der Stadt Zwettl bei Durchzügen in Summe 50 Offiziere, 1.046 Mann und 252 Pferde unterzubringen. Dazu kam noch eine dauernde Einquartierung von 28 Offizieren, 800 Mann und elf Pferden.³⁹ Wie aus der Quelle ebenfalls ablesbar ist, war diese Last auf 384 Häuser zu verteilen. Von diesem Kriegsjahr abgesehen waren Einquartierungen zu dieser Zeit nicht allzu üblich, für die Jahre 1858 und 1860 sind keine vermerkt.⁴⁰

Verständlicherweise war diese Bürgerpflicht alles andere als beliebt und Bitten um Befreiung gingen beim Magistrat ein. Wollte man die Soldaten nicht im eigenen Haus aufnehmen, konnte man sie auf eigene Rechnung auch woanders unterbringen oder mit Geld für ihre Kost aufkommen. Mit Verweis auf diese Möglichkeiten wurden die Ansuchen abgelehnt.⁴¹

³⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 586.

³⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 585–586a.

³⁹ Ob die zweiten Zahlen nicht doch in den ersten enthalten waren, erschließt sich nicht sicher aus dem Dokument. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht aber.

⁴⁰ StAZ, Militaria, K 191, 1834–1941.

⁴¹ Beispielhaft bei StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 183.

1.2.2. Wie arbeitete der Rat, wie traf er Entscheidungen?

Die Beschlüsse des Magistrats und später des Gemeinderats sind in den Ratsprotokollen nachzulesen. Sie sind aber reine Beschlussprotokolle, man erfährt also nichts über die Beratungen, die den Beschlüssen vorangingen. Über die Arbeitsweise des Rates geben sie aber sehr wohl Auskunft.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kam dem Syndikus die zentrale Rolle zu. Der Syndikus war der Nachfolger des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtschreibers. Wie dieser war er juristisch gebildet und stand im Dienst der Stadt.⁴² Während Bürgermeister und Räte aus den ansässigen Bürgern gewählt wurden, war der Syndikus ein Angestellter der Stadt und kam oft von außerhalb. So war 1844 der seit 1827 im Amt befindliche Karl Wawis plötzlich verstorben. Schnell wurde ein Nachfolger gesucht und unter drei Bewerbern mit Andreas Kubasta gefunden. Dieser war vom Fach, er war vorher Syndikus in Waidhofen an der Thaya gewesen.⁴³

Der Syndikus brachte Konstanz und einen gewissen Abstand in den Magistrat ein, er bildete das professionelle Element bei der Beschlussfassung. Seine Aufgabe war es, die einzelnen Tagesordnungspunkte bei den Sitzungen zu referieren. Dazu musste er die Sachverhalte aufnehmen und in eine protokollierbare Form bringen. Sein Vortrag bei der Ratssitzung enthielt dann neben den Gegebenheiten und etwaigen Wünschen der Antragsteller auch immer einen Vorschlag, wie in diesem Fall vorzugehen und zu entscheiden sei. Dabei musste er sich unter Umständen auch gegen den Amtsinhaber oder verdiente Bürger der Stadt stellen. So bemängelt der Syndikus Karl Wawis im Jahr 1841 die Amtsführung der beiden Kämmerer. Die Ausgaben des Kammeramts waren von jährlich ca. 3.400 Gulden in den Jahren 1837 bis 1840 auf mehr als 4.600 Gulden im Jahr 1841 angestiegen, ohne dass die Stadt größere Bauvorhaben in Angriff genommen hätte. Laut Wawis war das auf die ungenügende Amtsführung der Kämmerer zurückzuführen. Reparaturaufträge waren ohne Anzeige beim Magistrat vergeben und die Durchführung nicht überwacht worden. Außerdem war der Unterkämmerer mit dem örtlichen Maurermeister verschwägert und mit dem Pächter des kammeramtlichen Tagfuhrwerks, dem Postmeister Franz Haunsteiner, verwandt. Der Syndikus forderte daher eine ernste Ermahnung der beiden Amtsträger und eine zukünftige persönliche Haftung, im Wiederholungsfall eine Entfernung aus dem Amt. Den Oberkämmerer Joseph Schadn veranlasste dies zu seiner Resignation und so musste in der nächsten Sitzung Johann Eichhorn zum neuen Oberkämmerer bestimmt werden.⁴⁴

⁴² Vgl. Walter PONGRATZ, Geschichte der Stadt bis 1648. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 44–67, hier 62.

⁴³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1166 f.

⁴⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1114–1221.

Wenn es notwendig war, wurden verschiedene Parteien und/oder die Mitglieder des Bürgerausschusses befragt und anschließend entschieden. Nicht immer werden diese Entscheidungen erst beim Rat gefallen sein, manche Fälle beschäftigten den Rat auch mehrmals oder hatten eine Vorgeschichte. In den allermeisten Fällen folgten die Magistratsräte den Vorschlägen des Syndikus, im Protokoll wurde ein einstimmiger Beschluss dann oft mit *Conclusum per unanimia*, einträchtiger, einhelliger Beschluss, bezeichnet. Waren einzelne oder alle Räte gegen einen Vorschlag, wurden die Bedenken oder der abgeänderte Antrag genau protokolliert. Erfolgte die Abstimmung dann nur mit einer einfachen Mehrheit, wurde der Beschluss mit *Conclusum per majora*, Beschluss durch Mehrheit, gekennzeichnet.

Der Syndikus hatte seine Arbeiten aber nicht allein zu verrichten. Ihm zur Seite standen zwei subalterne Beamte, einer als Kanzlist und einer als „Protokollist und Rechnungs Conficient“.⁴⁵

Bezahlt wurden alle drei nicht sonderlich gut. So musste der Syndikus beim Magistrat extra um die Reparatur der einsturzgefährdeten Dippelbaumdecke in seiner Wohnung⁴⁶ oder um einen neuen Ofen⁴⁷ bitten. Aus dem Ansuchen von 1835 der beiden untergebenen Beamten um eine Gehaltserhöhung erfahren wir auch, dass sich die Stadt zwar schon seit mehr als 50 Jahren mit diesen zwei Positionen begnügte, der Arbeitsaufwand aber nach Einschätzung der Gesuchsteller um das Zehnfache gestiegen war. Um alles erledigen zu können, mussten die Amtsstunden auf neun Stunden täglich ausgedehnt werden. Mit 150 Gulden für den Kanzlisten und 200 Gulden für den Protokollisten seien die beiden noch dazu so schlecht bezahlt wie bei keinem anderen Magistrat in Niederösterreich. Das Geld reiche nicht zum Leben und die Klagen der beiden würden bereits die Arbeit in der Kanzlei behindern. Die gewünschte Erhöhung um jeweils 50 Gulden bekamen die beiden jedoch nicht bewilligt. Das Kammeramt hatte nach Ansicht von Bürgermeister Karl Enslein und zwei Magistratsräten schlicht nicht genug Geld für eine solche Mehrausgabe. Nur der Rat Joseph Sikall unterstützte die Beamten.⁴⁸ 1857 hat Ernst von Schwarzer den Versuch unternommen die Wirtschaft der Habsburgermonarchie möglichst umfassen zu beschreiben. Dabei hat er auch die „Standesclassen in 12 öconomische Gesellschaftsgruppen“ aufgeteilt und unter anderem deren Jahreseinkommen aufgelistet. Unsere im obigen Beispiel genannten Magistratsbeamten fallen bei Schwarzer tatsächlich in die beiden letzten Gruppen und verdienen so viel wie zum Beispiel einfache Soldaten, kleinste Pensionisten oder Tagelöhner.⁴⁹

1.2.3. Womit befasste sich der Rat?

⁴⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 934.

⁴⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1113.

⁴⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1134.

⁴⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 934–942.

⁴⁹ Vgl. Ernst v. SCHWARZER, Geld und Gut in Neu-Oesterreich (Wien 1857) 156 f.

Betrachtet man die im Rat behandelten Themen erkennt man schnell einige Hauptfelder. Ein großer Bereich war die Gewerbeaufsicht. Zum einen hatte man sich um die Arbeit der schon bestehenden Gewerbetreibenden zu kümmern. In den wenigsten Fällen wurde man hier aber selbst aktiv, der Rat behandelte nur die von den Bewohnerinnen und Bewohnern an ihn herangetragenen Fälle. Außerdem mussten sich alle neuen Bewerber um ein Gewerbe oder Handwerk an den Rat wenden. Bei der Aufsicht über die schon bestehenden Gewerbe lag ein Schwerpunkt auf den lebensmittelverarbeitenden Betrieben.

Fleisch war ein begehrtes Lebensmittel und so war es einer Regulation unterworfen. Diese Satzung sah vor, dass das Pfund Rindfleisch für 13 Kreuzer zu verkaufen sei. Es dürfte sich aber eingebürgert haben, dass die Fleischhauer bessere Stücke für 15 Kreuzer pro Pfund anboten und für das schlechtere Fleisch die vorgeschriebenen 13 Kreuzer verlangten. Dieser Umstand wurde am 11. Oktober 1837 dem Magistrat gleich von sechs Mitgliedern des Bürgerausschusses angezeigt, der Sache wurde also eine gewisse Wichtigkeit beigemessen. Fleisch wurde als unerlässlich für eine ausreichende Ernährung angesehen.⁵⁰ Bedenkt man den Umstand, dass noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fast 50 Prozent des Haushaltseinkommens für Ernährung ausgegeben wurden,⁵¹ erklärt sich der Aufwand der Untersuchung der Missstände in Zwettl ausreichend. Bei der Befragung gaben sechs der acht Fleischhauer die Übertretung zu, beriefen sich aber darauf, dass die Kunden diesen Mehrbetrag freiwillig leisteten, um besseres Fleisch zu bekommen. Zwei Fleischer leugneten diese Praxis und entgingen wegen Mangels an Beweisen einer Strafe. Die Geständigen mussten als Strafe jeweils einen Gulden in den Armenfonds der Stadt einzahlen.⁵² Der Magistrat stellt sich hier auf die Seite der Verbraucher und Verbraucherinnen. Leistbare Lebensmittel für die breite Masse der Bürger waren wichtiger als das wirtschaftliche Fortkommen der Fleischhauer. An diesem Fallbeispiel merkt man aber auch, wie starr die Vorschriften waren. Ein Preis für alle Teile eines Rindes scheint wenig praktikabel und öffnet Übertretungen geradezu Tür und Tor. Die Stadtverwaltung konnte hier aber nicht steuernd eingreifen, die Verordnungen der übergeordneten Stellen waren einzuhalten und erlaubten wenig Spielraum.

Auch beim Grundnahrungsmittel Brot sind etliche Übertretungen und Beschwerden dokumentiert. So wurde zum Beispiel im Jahr 1829 beim Bäckermeister Franz Danzinger durch den Polizeikommissär und den Magistratsrat Franz Zauner sogar eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Zwar hatte der Bäcker alle Brotlaibe zur Seite geschafft, aufgrund seiner Aussagen wurde er aber dennoch zu einer Zahlung

⁵⁰ Zum Fleischverbrauch im 18. und 19. Jahrhundert siehe Roman SANDGRUBER, Die Anfänge der Konsumgesellschaft. Konsumgüterverbrauch, Lebensstandard und Alltagskultur in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert = Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 15 (Wien 1982) 153–171.

⁵¹ Maximilian MARTSCH, Fleisch essen in der Krise. Die Wiener Fleischversorgung während der Gründerkrise. In: OeZG 30/2 (2019) 100–125, hier 102 f.

⁵² StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1027–1030.

an das örtliche Armeninstitut verurteilt. Die Stadt war hier nicht frei in ihrem Vorgehen: Wie das Protokoll vermerkt, hätte diese erste Übertretung der Satzung durch Franz Danzinger nach dem Hofdekret vom 27. Dezember 1808 mit einer Zahlung von fünf bis 25 Gulden geahndet werden sollen. Man setzte aber nur vier Gulden fest.⁵³ Die Stadt verfügte also zumindest über einen gewissen Spielraum, denn die übergeordneten Behörden waren fern. Bemerkenswert ist, dass neben der Unbescholtenheit der Status als „angehender Bürger“ als Grund für die gewährte Milde angeführt wurde.

Gehörte man nicht zur Gruppe der Zwettler Bürgerinnen und Bürger, konnte man nicht mit Schutz und Bevorzugung rechnen. Das kann man an Hand eines weiteren Falles belegen, der mit der Errichtung eines neuen Gewerbes verknüpft ist und auch Einblick in die wirtschaftliche Situation der Einwohner Zwettls gibt. Am 6. Februar 1807 hatte Michael Thüringer mit seiner Ehefrau Elisabeth um die Verleihung eines Gewerbes zur Branntweinerzeugung angesucht. Das Ansuchen wurden gleich aus mehreren Gründen abgelehnt. Zum einen wurde damals alles Korn aus der Gegend zu Brot verarbeitet, die geerntete Menge reichte aber schon dafür kaum aus. Aus Getreide Branntwein herzustellen sei daher für das Gemeinwohl schädlich. Außerdem sei das Branntweimbrennen in Österreich unter der Enns seit dem Jahr 1789 ohnedies streng verboten. Schließlich war das Haus der Bittsteller auch noch zur Herrschaft Stift Zwettl dienstbar und untertänig, ihnen war daher die Ausübung eines jeden bürgerlichen Gewerbes untersagt.⁵⁴

Bei der Bewilligung oder Ablehnung eines neuen Gewerbes war nicht nur auf Anordnungen der Zentralbehörden Bedacht zu nehmen, auch die bereits ansässigen Gewerbetreibenden hatten ein Mitspracherecht – zumindest jene, denen aus dem neuen Gewerbe eine direkte Konkurrenz erwachsen konnte. Deutlich wurde dies zum Beispiel, als Gottlieb Ragosky am 18. Juni 1834 um die Verleihung eines Wagnergewerbes ansuchte. Eine bestehende Gewerbestelle war durch den Umzug eines Wagners nach Weitra „in Erledigung gekommen“ und so sah ergriff Ragosky seine Chance. Er war Bürger der Stadt und in Besitz eines Lehrbriefes, der ihn als Wagner auswies. Die beiden ansässigen Wagner, Michael Pfann und Joseph Kohlhund, wandten sich aber gegen die Neubesetzung, denn die Arbeit würde für drei nicht ausreichen. Die ebenfalls befragten Mitglieder des Bürgerausschusses sprachen sich jedoch für die Verleihung aus und so wurde diese vom Magistrat beschlossen.⁵⁵

Wie die Motivlage bei der Ablehnung eines Ansuchens um ein neues Gewerbe aussah, berichtet uns das Protokoll der Magistratssitzung vom 21. Jänner 1834.⁵⁶ Johann Bauer hatte nach mehr als 20-jähriger Dienstzeit beim Militär um die Verleihung eines Nadlergewerbes angesucht. Nach der Anhörung

⁵³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 770–773.

⁵⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 141.

⁵⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 886 f.

⁵⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 904–906.

des einzigen Nadlers und der Bürgerausschüsse, sie alle äußerten sich negativ, wurde das Ansuchen abschlägig beschieden. Der Rat begründete seine Entscheidung mit der fehlenden Notwendigkeit für ein zweites Gewerbe. Der Antragsteller würde daher nicht in der Lage sein, als Nadler einen Lebensunterhalt zu bestreiten, müsste sich weitere Erwerbsquellen eröffnen und das würde zu Gewerbestörungen und Beschwerden führen. Diese müsste man wiederum abstellen, sodass er zu wenig Einkommen erzielen könnte und letztlich der Stadt zur Last fallen würde. Der Rat der Stadt Zwettl ließ sich erkennbar von der Vorstellung eines festen Bedarfs leiten und suchte Konkurrenz zu vermeiden. Das unternehmerische Risiko zu minimieren war dem Rat nicht zuletzt mit Blick darauf ein Anliegen, dass ein gescheiterter Gewerbetreibender Hilfe durch das städtische Versorgungssystem benötigen könnte. Interessant ist der Fall auch deshalb, weil er zu den wenigen gehört, bei denen der Magistrat nicht zu einem *conclusum per unanimitatem* gelangte. Während der Bürgermeister Karl Enslein ebenso wie die Magistratsräte Joseph Sikall und Anton Gudra der vom Syndikus Karl Wawis vorgeschlagenen Ablehnung zustimmten, votierte der Rat Kaspar Zeitlinger anders. Der derzeitige Nadler würde das Gewerbe gar nicht ausüben und ein Nadler sei als Kommerzialgewerbe auch nicht an den örtlichen Bedarf gebunden.

Zeitlinger bezog sich hiermit zurecht auf die schon unter Maria Theresia eingeführte Unterscheidung zwischen Kommerzial- und Polizeigewerben. Diese zielte auf eine gewerbliche Liberalisierung. Bei den Kommerzialgewerben sollte seit 1809 die Erteilung einer Befugnis dem Prinzip der „Industrialfreiheit“ entsprechen.⁵⁷ Dieser Gedanke war in Zwettl sichtlich noch nicht durchgedrungen, denn die geltende Gesetzeslage sah nur für Polizeigewerbe eine Prüfung des örtlichen Bedarfs vor. Zu diesen insgesamt 95 Gewerbearten zählten Fleischhauer, Bäcker, Schuhmacher und Schneider. Trotz der Bedarfsprüfung ging aber in Zwettl die Zahl der Polizeigewerbe nach Einschätzung des Syndikus Karl Wawis weit über das Notwendige hinaus.⁵⁸ Das lag sicher auch an der Art der Prüfung, die Maß daran nahm, wie viele Gewerbe zu einem früheren Zeitpunkt in der Stadt existiert hatten. So verwies man im Jahr 1840 bei der Abweisung von Georg Zeugswetter als viertem Fassbinder auf die Gaisrucksche Steuereinlage aus dem Jahr 1749 und bezog sich somit auf einen Stand, der über 90 Jahre zurück lag.⁵⁹

Wenn der Magistrat ein Ansuchen um ein neues Gewerbe ablehnte, war damit aber nicht das letzte Wort gesprochen. Den Bittstellern blieb der Rekurs beim Kreisamt, um die Entscheidung zu beeinspruchen. Die Hürden waren freilich hoch. Die Form- und Verfahrensvorschriften waren zu beachten und dazu kam der Aufwand, den der Weg zum Kreisamt in Krems verursachte. Trotzdem wurde davon Gebrauch gemacht. Das Kreisamt entschied dann aber nicht selbst, sondern spielte den Fall an den

⁵⁷ Ernst BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs (2. Aufl., Wien 2001) 219.

⁵⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1089.

⁵⁹ Der gesamte Vorgang bei StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1087–1092.

Magistrat zurück, meist mit der Auflage, einen verstärkten, d.h. in der Anzahl der Mitglieder erhöhen, Bürgerausschuss zum Thema anzuhören. So hielt es das Kreisamt zum Beispiel bei der Ablehnung eines Schneidergewerbes für Anton Hofstetter. Dieser hatte die zuerst befragten ansässigen Schneider berechtigterweise als befangen bezeichnet. Zu seinem Nachteil schlossen sich aber die Mitglieder des Bürgerausschusses der Auffassung der Schneider an und sein Anliegen wurde neuerlich abgewiesen. Auch das vom Syndikus vorgebrachte Argument, dass von den gegenwärtigen Schneidergewerben nur vier ordentlich betrieben würden und der Rest nur aus Mangel an „Professionsgeschicklichkeit“ über zu wenig Arbeit klage, überzeugte den Rat nicht.⁶⁰

Bei allen das Gewerbe betreffenden Fällen wird deutlich, dass der Magistrat vor allem einen Interessensausgleich herstellen wollte. Den Gewerbetreibenden sollte ein Auskommen gesichert werden, den Bürgern als Konsumenten die Versorgung und gerechte Preise. Der Magistrat musste aber auch die Vorgaben der Landes- und Zentralstellen berücksichtigen. Teilweise waren diese Jahrzehnte alt, immer wieder wird auf Hofdekrete aus den 1800er-Jahren verwiesen. Daher wundert es wenig, wenn diese den lokalen Gegebenheiten nicht mehr entsprachen. All das und die Bevorzugung der eigenen Bürger führte zu einem recht statischen Bild und setzte die Dynamik der Zwettler Wirtschaft herab.

Ein weiteres großes Tätigkeitsfeld des Magistrats betraf Verträge. Vor allem Kaufverträge und Verlassenschaften wurden abgehandelt. Gerade Erben und Vererben, untrennbar damit verbunden auch die eheliche Güterpraxis, waren wichtige Bestandteile der damaligen Ökonomie. Zum einen war der Erhalt von funktionierenden und ertragreichen Wirtschaftseinheiten die Voraussetzung für das Funktionieren der Gesamtwirtschaft, zum anderen war es auf der persönlichen Ebene sehr schwer, auf anderem Wege zu Einkommen und Vermögen zu kommen. In Niederösterreich herrschte seit der Frühen Neuzeit die Gütergemeinschaft vor. Die beiden Ehepartner brachten ihr jeweiliges Vermögen in die Ehe ein. Alles, was während der Ehe erworben oder ererbt wurde, floss in das gemeinsame Vermögen. Nach dem Tod eines der beiden Ehepartner stand dem überlebenden Teil zumindest die Hälfte des Besitzes zu, mehr wenn keine Kinder vorhanden waren oder etwaige Verwandte, zum Beispiel Geschwister, vom Erbe ausgeschlossen werden konnten. Daraus ergab sich eine vergleichsweise gute Absicherung von Frauen und Witwen.⁶¹ Wie sehr sich das erbrechtliche und heiratsvertragliche Gebaren in Zwettl von der allgemeinen Praxis im bäuerlich geprägten Niederösterreich unterschied, wäre eine

⁶⁰ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 807–811.

⁶¹ Margareth LANZINGER, Gertrude LANGER-OSTRAWISKY, Ehe, Familie und Verwandtschaft. Beziehungen in sozialen ökonomischen und rechtlichen Kontexten. In: Oliver KÜHSCHLM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 217–248, 232 f.

eigene Untersuchung wert. Der Blick in die Quellen im Rahmen der vorliegenden Studie weist aber nicht auf ein Abweichen von der beschriebenen Praxis hin.

Pässe und Ehekonsense waren ebenfalls oft vorgebrachte Anliegen. Im Gegensatz zu heute wurden Pässe nicht generell und über eine Dauer von mehreren Jahren ausgestellt, sondern oft nur für eine bestimmte Reise. Seit den 1860er Jahren lockerte sich die Gesetzgebung. Inländerinnen und Inländer durften sich ohne offizielles Dokument innerhalb der Habsburgermonarchie bewegen, 1857 waren die Pässe für Inlandsreisen abgeschafft worden.⁶² In den Jahren 1806 bis 1810 wurden die Pässe noch einzeln im Ratsprotokoll vermerkt.⁶³ Auf Grund der geringen Anzahl von 20 Stück ist zu vermuten, dass hier wahrscheinlich nicht jeder Antrag protokolliert wurde. Keine dieser Erteilungen ging über eines der Kronländer hinaus. Entgegen vieler Annahmen war die räumliche Mobilität im 19. Jahrhundert recht hoch, an weiten Wanderungen über ganze Länder oder gar Kontinente hinweg hat aber nur ein kleiner Teil der Menschen Mitteleuropas teilgenommen.⁶⁴ Über das Ausmaß des Passwesens gibt ein für das Jahr 1852 im Protokoll festgehaltener Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters Aufschluss. So wurden im Passanten-Protokoll 1939 Paßvidirungen vermerkt. Hierbei dürfte es sich nicht nur um Neuausstellungen gehandelt haben, im Protokoll ist vermerkt, „daß jeder Paß oder Reisedokument gelesen, protokolliert und in die Urkunde daß vidi hineingeschrieben so wie das Siegl beigedrückt werden muß“.⁶⁵

Ehekonsense waren die Erlaubnis zu heiraten. Sie hatten im 19. Jahrhundert eine klar ökonomische Ausrichtung. Zuständig war die jeweilige Grundherrschaft oder der Magistrat der Stadt. Ab 1848 wurde die Heiraterlaubnis dann von den neu geschaffenen politischen Behörden ausgestellt, zunächst von den Bezirksgerichten, ab 1852 beziehungsweise 1855 von den gemischten Bezirksamtern. 1868 wurde der politische Ehekonsens schließlich abgeschafft.⁶⁶ Ob die Stadt ihre Zustimmung erteilte oder nicht, hing davon ab, ob der Mann auf Grund von Ausbildung und seiner finanziellen Situation fähig war, eine

⁶² Vgl. Annemarie STEIDL, *Vielfältige Wege. Regionale und überregionale Migrationen*. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert*, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 47–75, hier 49; Hannelore BURGER: *Paßwesen und Staatsbürgerschaft*. In: Waltraud HEINDL, Edith SAURER (Hrsg.), *Grenze und Staat. Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremden-gesetzgebung in der österreichischen Monarchie 1750–1867* (Wien 2000) 1–172, hier 21. Zu den Änderungen des Passwesen nach 1850 vgl. Georg Christoph BERGER WALDENEGG, *Fremde im eigenen Land? Die Neuordnung des österreichischen Paßwesens während des Neoabsolutismus*. In: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 111 (2003) 146–184.

⁶³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 37–264.

⁶⁴ Vgl. STEIDL, *Wege*, 1.

⁶⁵ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 270^v.

⁶⁶ Vgl. LANZINGER, LANGER-OSTRAWSKY, *Ehe*, 240–242.

Familie zu ernähren. Wenig schien man mehr zu fürchten als die Vermehrung der Armen und damit der Armut.⁶⁷

Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es einer zunehmenden Einbindung aller Staatsbürger in Militär und Kriegsführung. Mit den Massenheeren der napoleonischen Kriege⁶⁸ und der dabei erstmals umgesetzten Wehrpflicht⁶⁹ wurde die Kriegsführung zur Bürgerpflicht erklärt und der Dienst für das Vaterland ideologisch überhöht. In der Habsburgermonarchie wurde die Wehrpflicht zwar erst 1868 eingeführt, in der Landwehr von 1809 kann aber ein Vorläufer gesehen werden.⁷⁰ Nach ihrer Neuaufstellung 1813 beschäftigte sie auch die zivile Verwaltung, in Zwettl haben sich vor allem Urlaubsangelegenheiten und Entlassungsscheine im Archiv niedergeschlagen.⁷¹ Der Dienst in der Landwehr war durchaus positiv behaftet. So wird beim Ansuchen des Zimmerergesellen Joseph Himmelmayr um die Erteilung einer Meisterstelle in Zwettl darauf hingewiesen, dass er von 1809 bis 1821 in der Landwehr gedient hat.⁷² Trotzdem blieb das Militär ein abgeschlossener Bereich, der vor allem in Friedenszeiten nur wenig Einfluss auf das Leben der meisten Menschen nahm. Bei zwei Themenfeldern war das Heer für die Einwohnerinnen und Einwohner von Zwettl aber stets präsent und als Belastung deutlich spürbar, es waren dies die Einquartierungen und die Rekrutenstellung.

Der Pflicht zum Militärdienst suchte man sich möglichst zu entziehen. Inhaber eines Handwerks waren vor der Rekrutierung geschützt und so konnten vor allem Söhne von Handwerkern dem Zugriff der Armee entgehen. Ein Beispiel ist der Fall von Gottfried Mayerhofer aus Krems, der dort 1819 ein Bohrschmiedgewerbe, die Erzeugung von Bohrern und anderem (Klein-)Werkzeug, von seinem Vater übernommen hatte, um die Rekrutierung fürs Militär abzuwenden. 1833 übergab er das Gewerbe wieder an seinen Vater und suchte stattdessen um die Verleihung eines Bohrschmiedgewerbes in Zwettl an. Diese Vorgeschichte lieferte nun den Gegnern seines Ansuchens ein Argument zusätzlich zu der üblichen Ablehnung durch die etablierten Handwerker (und eine Händlerwitwe).⁷³

⁶⁷ Vgl. zum Beispiel die am 4. August 1860 abgehandelten Ansuchen von Johann Haidvogel und Michael Pilshofer. Hier wurden zwar nur Auskünfte an das zuständige Bezirksamt gegeben, die Sorge um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Antragsteller ist aber klar erkennbar, StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 753^r–754^v.

⁶⁸ Wolfgang KRUSE, Bürger und Soldaten. Die Entstehung des modernen Militarismus in der Französischen Revolution. In: Christian JANSEN (Hrsg.), Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung Europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein Internationaler Vergleich = Krieg und Frieden. Beiträge zur Historischen Friedensforschung 3 (Essen 2004) 47–67.

⁶⁹ Für die Habsburgermonarchie siehe Christa HÄMMERLE, Die k. (u.) k. Armee als ‚Schule des Volkes‘? Zur Geschichte der Allgemeinen Wehrpflicht in der multinationalen Habsburgermonarchie (1866–1914/18). In: Ebd., 175–213.

⁷⁰ Ernst ZEHETBAUER, Die Landwehr und der Krieg von 1809. Österreichs Milizexperiment zwischen Altem Reich und moderner Nationsbildung (Hamburg 2017).

⁷¹ Siehe StAZ, Militaria, K 191, 1834–1941 und StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 403 und 426.

⁷² StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 694.

⁷³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 857–860.

Auch Hausbesitzer waren befreit und die vorzeitige Übergabe an den Sohn eine Möglichkeit, diesen vor der Rekrutierung zu schützen. Freilich durfte das nicht zu offensichtlich geschehen. Roch der Magistrat Lunte, sei es, weil der Sohn sich schon einmal der Rekrutenstellung entzogen hatte und der Vertrag erst danach aufgesetzt wurde, sei es, weil der Vertrag eine die Übergabe einschränkende Klausel enthielt und so als Scheinkauf erschien, lehnte er die Bestätigung solcher Verträge auch ab.⁷⁴

Andere junge Männer unterließen es wiederum schlicht bei der Rekrutenstellung zu erscheinen, wie einer Klage des Syndikus Karl Wawis von 1833 zu entnehmen ist. Ein Edikt vom 4. Mai und ein an die Väter der Betreffenden gerichtetes Dekret vom 15. Mai hatte die Stellung vorbereitet, doch der Syndikus wollte es dennoch für möglich halten, dass nicht Ungehorsam vorlag, sondern dass einige der Dienstpflichtigen wirklich nichts von dem Termin wussten. Zwei Söhnen des Zwettler Bürgertums konnte man freilich nachweisen, dass sie unterrichtet waren. Sie wurden mit einem zweistündigen Arrest bestraft und sollten später auf eigene Kosten zur nachträglichen Assentierung nach Krems geschafft werden.⁷⁵ Bemerkenswerterweise war einer der zwei Bestraften Karl Barth, fünfzehn Jahre später Mitglied der Nationalgarde von Zwettl und bei der Reise nach Wien dabei, um dort um mehr Mittel für die Garde zu bitten.⁷⁶ Um Schwierigkeiten mit der Rekrutierung in Zukunft zu vermeiden, beschloss der Magistrat 1833, nur mehr dann Wanderungsbewilligungen zu erteilen, wenn die Antragsteller die Assentierung schon hinter sich hatten.

Obwohl der Dienst als Soldat unbeliebt war, bot er doch Brot und Unterkunft, wenn der Lebensunterhalt nicht anders bestritten werden konnte. Das allgemeine Gedränge um Gewerbestellen machte es notwendig, dass auch Söhne von Bürgern diesen Weg einschlugen. So konnte zum Beispiel Peter Strein erst nach 14 Jahren Militärdienst eine Stelle als Schuhmacher in Zwettl erlangen. Er hatte schon acht Jahre zuvor ein Ansuchen gestellt, war aber abgewiesen worden.⁷⁷ Ob Strein wegen der schlechten Erwerbschancen nach der Ausbildung zum Militär ging oder das Handwerk erst dort erlernte, lässt sich aus dem Protokoll nicht erschließen, möglich ist beides.

1.2.4. Die Franzosen halten Einzug

Aber nicht nur die großen und kleinen Sorgen der Bürger- und Einwohnerschaft von Zwettl beschäftigten den Magistrat. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts schlug auch das politisch-militärische Weltgeschehen auf die lokalen Verhältnisse durch. Im Jahr 1805 hatte sich die dritte Koalition gegen Napoleon gebildet. Während die Gegner Napoleons in der Seeschlacht bei Trafalgar siegreich blieben, war den

⁷⁴ Vgl. StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 682 f und 596 f.

⁷⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 869–872.

⁷⁶ Name und Alter stimmen überein, vgl. die Liste der Mitglieder der Zwettler Nationalgarde in Friedel MOLL, Zwettler Zeitzeichen, Bd. 1: Die Nationalgarde Zwettl. 1848 – 1851 (Zwettl 1999) 34.

⁷⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1015–1017.

Heeren von Russland und Österreich in der Schlacht von Austerlitz, oft auch Dreikaiserschlacht genannt, kein Erfolg beschieden. Nach der deutlichen Niederlage musste der Frieden von Preßburg geschlossen werden. Als wichtigste politische Folge dieser Niederlage gilt das Ende des Alten Reichs, da Kaiser Franz II. 1806 die Kaiserkrone ablegte. 1804 hatte er das Kaisertum Österreich begründet und regierte als Franz I. bis zu seinem Tod 1835.⁷⁸

Zwettl war von den Kampfhandlungen zwar nicht direkt betroffen, doch nach der Niederlage von Austerlitz am 2. Dezember 1805 kamen französische Truppen in die Stadt. Die Soldaten wurden in den Häusern einquartiert und aus der Spitalskirche wurde ein Pferdestall und Futtermagazin. Für die Verpflegung der Besatzer hatte die Bevölkerung aufzukommen. Die Belastung war zweifellos groß, endete aber nach knapp einem Monat mit dem Frieden von Preßburg, der am 26. Dezember 1805 geschlossen wurde.⁷⁹

Die Hilfe, für die durch die Versorgung der französischen Soldaten belasteten Einwohnerinnen und Einwohner Zwettls, scheint sich in engen Grenzen gehalten zu haben. Noch am 22. April 1807 wurde dem Chirurgen Joseph Kollar beschieden, dass „in jenen drangvollen Zeiten jedermann nach seinen Kräften und Kenntnissen beitragen musste“ und er wegen der gewünschten Entschädigung die von „höchsten Orts anzuhoffende franz. Invasions=Schadens=Vergütung abzuwarten“ habe.⁸⁰ Der Schuhmachermeister Mathias Aigner bekam ein Jahr später zumindest zwei der geforderten zehn Gulden Entschädigung zugesprochen. Er hatte einen Teil der von den französischen Besatzern requirierten Schuhe zugeschnitten und „hiebey viele Zeit vertragen“.⁸¹ Mehr Bitten um Unterstützung an den Rat sind nicht zu finden. Ob die Bürger es wegen Aussichtslosigkeit unterließen oder ob die Quellenlage an diesem Bild schuld ist, lässt sich nicht sagen. Die Ratsprotokolle fehlen zwischen 1789 und 1806, die Zeit der Besetzung ist somit nicht direkt abgedeckt.

Der vierte Koalitionskrieg war 1807 ohne Beteiligung des Kaisertums Österreich wieder von Frankreich gewonnen worden. Mit dem Versuch, im Jahr 1809 Volksaufstände in Deutschland und vor allem in Tirol anzuzetteln und sich an die Spitze einer breiten nationalen Erhebung zu stellen, scheiterte dann auch Österreich. Die Habsburger wurden nur von England unterstützt und mussten nach der Niederlage bei Wagram ihre Hoffnungen auf einen Sieg über Napoleon begraben. Diesmal war der politische Preis noch höher. Das Kaisertum Österreich verzeichnete erhebliche Territorialverluste und musste Napoleon in das dynastische System aufnehmen. Dieser heiratet 1810 Marie-Luise, eine Tochter von

⁷⁸ Vgl. Horst CARL, Napoleonische Kriege. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/napoleonische-kriege-a4995000> (14.10.2019).

⁷⁹ Vgl. HAKALA, Zwettl 1648 bis 1848, 77.

⁸⁰ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 164 f.

⁸¹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 215.

Franz I.⁸² Auch Zwettl hatte erheblich unter der Niederlage zu leiden. Ein aus vier Divisionen bestehendes Korps der französischen Armee wurde ins Waldviertel verlegt und Zwettl für drei Monate das Standquartier von einer dieser Divisionen. Die Soldaten waren entweder mit guter Verpflegung oder zwei Gulden täglich zu versorgen.⁸³ Auch die Folgen dieser Besetzung waren noch lange zu spüren und beschäftigten den Magistrat. Zumindest kurze Auskunft über die zweite Besetzung gibt ein Bericht des Zwettler Pfarrkooperators vom 9. April 1810. Es sei zwar „kein besonderer Unfug“ vorgefallen, die Kosten der Einquartierungen waren aber hoch. So musste der Pfarrer an die 1.000 Gulden aufwenden. Negativ erwähnt wird der Verfall der Moral während der Besetzung, näher ausgeführt ist das aber nicht. Pfarr- und Schulgebäude blieben unversehrt, der Unterricht konnte aber wegen der „großen Unordnung“ nicht abgehalten werden.⁸⁴

Nach einer Lücke im Quellenbestand, die mit Oktober 1817 beginnt, setzt mit dem Jahr 1821 die Überlieferung wieder ein und zeigt das Bild von Ratssitzungen, die vorwiegend Kreisschreiben, Kreisamtsdekrete, Kreistratschläge und Regierung-Circularien behandelten.⁸⁵ Nicht weniger als 191 Vorgänge aus solchen Schreiben sind im Protokoll von Jänner bis Anfang August 1821 vermerkt. Demgegenüber sind die Antworten an das Kreisamt mit 46 Vorgängen deutlich in der Minderzahl. Nur wenige Verwaltungsabläufe bezogen sich auf andere Ämter. Es waren dies meist Grundherrschaften aus der Nähe, bei denen um Entlassung eines Untertanen angesucht wurde, damit sich dieser in Zwettl ansiedeln konnte oder umgekehrt eine Einwohnerin oder ein Einwohner von Zwettl in eine neue Herrschaft wechseln konnte. Insgesamt war dies zwölfmal der Fall. Demgegenüber verzeichnet das Protokoll im näher untersuchten Zeitraum nur ein einziges Ansuchen einer ansässigen Person; oder einer eben noch nicht ansässigen. Es war dies A.M. (wohl Anna Maria) Erlin, die um die Aufnahme als Haubenmacherin ansuchte. Sie konnte ein Zeugnis des Magistrats Waidhofen an der Ybbs vorlegen, dass ihr eine „sittl. Aufführung bewähret“⁸⁶ und deswegen wurde ihr Anliegen positiv beschieden. Der Fall ist aus zwei Gründen außergewöhnlich. Zum einen tauchen Frauen kaum als Gewerbetreibende auf – und wenn, dann so gut wie immer als Witwe eines verstorbenen Inhabers. Zum anderen wurden Ansuchen um Aufnahme eines neuen Gewerbes, wie bereits mehrfach gezeigt, selten positiv erledigt.

Mit nur einem Anliegen aus der Stadtbevölkerung ist diese Kategorie ungewöhnlich klein, für andere Zeiträume sind mehr Eingaben und Wünsche der Bevölkerung festgehalten. Die Schreiben der übergeordneten Behörden sind aber zu jeder Zeit zahlreich eingegangen und mussten im Rat behandelt werden. Darunter befanden sich teils sehr banal wirkende Dinge wie die Erneuerung des Verbots, bei

⁸² Vgl. CARL, Napoleonische Kriege.

⁸³ Vgl. HAKALA, Zwettl 1648 bis 1848, 77.

⁸⁴ DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Schreiben vom 9. April 1810.

⁸⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 401–446.

⁸⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 440.

Hochzeiten zu schießen,⁸⁷ oder wegen des Stempels bei gerichtlichen Schätzungen.⁸⁸ Wichtigere Schriftstücke bezogen sich auf die Einhebung der Steuern oder militärische Vorgänge wie zum Beispiel Rekrutenstellung, Umgang mit Deserteuren oder Urlaubsangelegenheiten der Soldaten. Ganz gleich aber ob die Anordnungen alltäglicher Natur waren oder ernste Konsequenzen für die Menschen und ihr weiteres Leben hatten, zusammengenommen zeigen sie eine stärker werdende Unterwerfung des Alltags unter den Verwaltungsstaat.

Auffällig ist auf der Auslaufseite, dass am 20. Juni 1821 noch einmal eine Eingabe an das Kreisamt gesendet wurde, die „um Verordnung der Rückzahlung der Invasionsforderungen der Stadt Zwettl vom Jahr 809“⁸⁹ ansuchte. Ob diese Rückzahlung jemals erfolgt ist, bleibt fraglich. Im Stadtarchiv finden sich dazu jedenfalls keine Quellen. Bei den weiteren Ausläufen fällt auf, dass die Buchführung der Stadt ganz genau in Krems vorgelegt werden musste. So wurden am 24. Jänner 1821 „für das 2te halbe Jahr 820 die Kassa Liquidationen vom Bürgerspital, Pupillen= Depositen= Kammer= u. Steueramte überreicht“.⁹⁰ Auch eine Aufstellung der Verbrechen, im Protokoll „Kriminal Tabelle“ genannt, musste vierteljährlich dem Kreisamt gesendet werden.

Schon vor den Umbrüchen in der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigt sich hier das Bild einer abhängigen Stadt, die in ihrem Verwaltungshandeln eingeeengt war und als verlängerter Arm der Zentralbehörden zu agieren hatte.

1.2.5. Umbruch: ein Neuanfang oder alles beim Alten unter neuem Namen?

Die Änderungen der Jahre 1848 bis 1850 stellten Zwettl und seine Bewohnerinnen und Bewohner vor neue Herausforderungen. Vor allem im politischen Bereich fielen die Umgestaltungen gravierend aus. Zum einen war mit der Errichtung der Stadtgemeinde eine entscheidende Änderung in der Verfasstheit der Stadt eingetreten. Auch die Änderungen in der Verwaltung der mittleren Ebene wirkten sich direkt auf Zwettl aus. Hatte man es bis jetzt mit dem Kreisamt in Krems als übergeordneter Behörde zu tun, war mit der Errichtung der Bezirkshauptmannschaft die Behörde mitten in die eigene Stadt gekommen. Um die Ansiedlung der neu geschaffenen Ämter hatten Gemeinden mit Petitionen an die Zentralbehörden gerittet. Man erhoffte sich einen Prestigezuwachs und vor allem Geschäftschancen für das ansässige Gewerbe. Dabei versuchte man die eigenen Vorzüge hervorzuheben. Für die erhofften Vorteile musste aber auch ein entsprechender Preis bezahlt werden. Die Gemeinden überließen die notwendigen Gebäude oft mietfrei, leisteten Zuschüsse oder übernahmen Adaptierungskosten. Wenn

⁸⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 421.

⁸⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 438.

⁸⁹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 436.

⁹⁰ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 406.

neu gebaut werden musste, finanzierte dies oft die Gemeinde. Zwettl war also nicht die einzige Gemeinde mit einer durchaus komplizierten Beziehung zur Bezirkshauptmannschaft, viele hatte ganz ähnliche Probleme zu bewältigen. Besonders hart traf es dabei Poysdorf: 1854 hatte die Gemeinde durch eine Reform „ihre“ Behörde verloren, für die sie eigens ein Gebäude auf Kredit errichtet hatte.⁹¹

Die Umbrüche wogen auch deshalb schwer, weil viel Orientierungswissen über Abläufe und Gepflogenheiten erst wiederaufgebaut werden musste, innerhalb und außerhalb der Amtsstuben. Es waren aber dieselben Menschen, die sich diesen neuen Gegebenheiten stellen mussten oder sie zu gestalten versuchten. Wie sie das getan haben, kann man in Zwettl beispielhaft an einer bestimmenden Persönlichkeit ablesen. Franz Haunsteiner amtierte von 1850 bis 1857 als Bürgermeister der neu geschaffenen Gemeinde. Bereits vor dieser Zeit war er im öffentlichen Leben der Stadt präsent gewesen und so lassen sich an seiner Person viele Zustände und Entwicklungen des 19. Jahrhunderts gut ablesen und beobachten.

Franz Haunsteiner wurde am 24. Jänner 1798 in Grusbach [Hrušovany nad Jevišovkou] im Bezirk Znaim [Znojmo] geboren.⁹² Er war das vorletzte der sieben Kinder des Müllers Mathias Haunsteiner und dessen Gattin Elisabeth. Nach der Grundschule und dem Gymnasium besuchte er in den Jahren 1816 und 1817 das Lyzeum in Olmütz [Olomouc] und für eine kurze Zeit in den Jahren 1813 und 1814 auch die Universität Wien. Als Praktikant war er anschließend in der Landwirtschaft und als Landvermesser tätig. Sein Weg führte ihn dabei von Mähren, Niederösterreich und der Steiermark bis nach Slowenien. 1824 hatte Franz Haunsteiner von einer freien Stelle als Gutsverwalter der Herrschaft Engelstein bei Großschönau im Waldviertel erfahren und bewarb sich erfolgreich um die Position. Schon 1826 wechselte er in ähnlicher Funktion ins benachbarte Großpertholz. Nach einem kurzen Intermezzo bei der Herrschaft Kirchberg am Wald landete er als 1830 als Wirtschaftspfleger im Stift Zwettl. Aber auch hier blieb er nur ein Jahr. Als 1831 Franz Stift, der Postmeister von Zwettl, verstarb, bemühte sich die Stadt rasch um einen Nachfolger. Sie fand diesen in Franz Haunsteiner, der vom Stift in das Postgebäude in der Landstraße 32 wechselte. Nach den oftmaligen Wohnorts- und Arbeitsplatzwechseln seiner jungen Jahre folgten nun mehr als drei Jahrzehnte am gleichen Ort.

Magdalena Stift und ihrer beiden jüngeren Schwestern waren im Februar 1832 durch den Tod der Mutter zu Vollwaisen geworden. Zu allem Unglück war kurz darauf auch ein Teil des Postgebäudes

⁹¹ Thomas STOCKINGER, Staatliche Bezirksbehörden nach 1848. Knotenpunkte der „unmittelbarsten Beziehungen“ von Staat und Bevölkerung. In: Oliver KÜSCHELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 203–229, hier 214.

⁹² Zum Lebenslauf von Franz Haunsteiner siehe Friedel MOLL, Franz Haunsteiner (1798–1861). Postmeister, Bürgermeister und Sparkassengründer in Zwettl. In: Rudolf MALLI, Franz PÖTSCHER, Erich RABL, Thomas WINKELBAUER (Hrsg.), Waldviertler Biographien. Band 4 (Waidhofen an der Thaya 2015) 151–161.

abgebrannt. Franz Haunsteiner wurde deswegen vom Vormund der Waisen, Josef Skall, als Administrator der Stift'schen Verlassenschaft vorgeschlagen. Haunsteiner erklärte sich dazu unter der Voraussetzung bereit, dass er auch die zum Haus gehörige Landwirtschaft und die Schildwirtschaft samt der Weinschank übernehmen und das Haus nach seinen Vorstellungen wiederaufbauen durfte. Dieses Ansinnen wurde vom Magistrat am 14. März 1832 positiv beschieden.⁹³ Die Entscheidung wurde sicher dadurch begünstigt, dass Franz Haunsteiner beabsichtigte, Magdalena Stift zu ehelichen. Die Hochzeit zwischen dem 34-jährigen Bräutigam und der 18-jährigen Braut fand am 6. Juni 1832 statt. Zwischen 1834 und 1851 brachte Magdalena 13 Kinder zur Welt. Von ihnen erreichte jedoch nur die 1844 geborene Bertha Victoria das Erwachsenenalter.

Nachdem sich Franz Haunsteiner eine Existenz geschaffen und eine Familie gegründet hatte, legte er am 31. Oktober 1832 den Bürgereid ab. Als vollwertiges Mitglied der Zwettler Bürgerschaft hatte er auch Verantwortung zu übernehmen. So wurde er am 18. September 1835 als Vormund für die Kinder der Witwe Anna Danzinger angelobt⁹⁴ und übernahm diese Tätigkeit im März 1845 auch für Josef Skall, den gleichnamigen Sohn des verstorbenen Kaufmanns und ehemaligen Vormunds seiner Frau Magdalena.⁹⁵ Dass diese Aufgabe aufwändig sein konnte, machen die 36 Schriftstücke und Eingaben deutlich, die im Jahr 1845 zu der Verlassenschaft Skall beim Magistrat einlangten und einzeln behandelt wurden.⁹⁶

1.2.6. Die Ereignisse von 1848 und ihr regionaler Niederschlag

Es waren die Ereignisse des Jahres 1848, die Franz Haunsteiner den Schritt in die erste Reihe der politischen Öffentlichkeit in Zwettl tun ließen. Die revolutionären Unruhen, die halb Europa erfasst hatten, wirkten sich auch auf Zwettl aus. Zwar kam es zu keinen Versuchen der Bürger, zum Beispiel durch die Bildung eines Bürgerausschusses, ein demokratisch legitimiertes Gegengewicht zur alten Magistratsordnung zu schaffen, spur- und ereignislos verlief die Zeit in Zwettl aber nicht. Auch im Rest von Niederösterreich war weder der Vormärz eine beschauliche Zeit gewesen, noch war es im Revolutionsjahr ruhig geblieben. Die Konfliktlinien verliefen meist zwischen den Grundherren und der bäuerlichen Bevölkerung. In den (Klein-)Städten war das Bild anders. Aber auch dort brachte die Revolution neuen Konfliktstoff oder verstärkte bereits vorhandenen, sei es zwischen städtischen Unterschichten und den

⁹³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 834–838.

⁹⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 951.

⁹⁵ StAZ, RP, 2_19, 1845, 71.

⁹⁶ StAZ, RP, 2_19, 1845, 120–153.

wohl situierten Bürgern wie zum Beispiel in Wiener Neustadt oder Hohenruppersdorf oder innerhalb des Bürgertums selbst wie in Waidhofen an der Ybbs.⁹⁷

Als es in Wien im März 1848 vor allem in den Vorstädten zu Unruhen, Plünderungen und auch Toten gekommen war, wuchs vielerorts die Sorge der wohlhabenden Bürger um ihren Besitz. Der Ruf nach Bildung einer Nationalgarde kam auf. Auf das Umland von Wien griffen die Unruhen aber kaum über. Nur vereinzelt hatten Arbeiter aus den Wiener Vororten die Situation für Plünderungen und Übergriffe genutzt.⁹⁸ Zur gespannten Situation trug auch bei, dass in den Jahren vor 1848 die Einwohnerinnen und Einwohner der Habsburgermonarchie durch Missernten und Teuerungen bereits erheblich belastet worden waren.

Schon kurz nach dem Ausbruch der Revolution in Wien am 13. März 1848 bemühten sich die kaiserlichen Beamten des für das gesamte Waldviertel zuständigen Kreisamtes Krems die Ruhe auf dem Land zu sichern. Die Bevölkerung sollte auf den Kaiser eingeschworen werden und die Zugeständnisse des Hofes sollten die Lage weiter beruhigen. Am 16. März hielt der Kreishauptmann Franz Folwarczny vor dem Rathaus in Krems eine Rede. Er forderte von der versammelten Bürgerschaft⁹⁹ einen Treuschwur auf Kaiser Ferdinand und rief die „Gutgesinnten“ auf, sich an der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu beteiligen, indem sie sich in Listen einschreiben, eine „weiße und rothe Masche“ als Erkennungsmerkmal tragen und „männlich und muthig gegen Ruhestörer“ einschreiten sollten.¹⁰⁰ Wohl um seinem Aufruf Nachdruck zu verleihen, schürte er Ängste und übertrieb bei seiner Darstellung der Ereignisse in Wien. In den Vorstädten würde „der rachsüchtige Pöbel wüten“ und „Raub, Mord und Brand seien an der Tagesordnung“. ¹⁰¹ Am 20. März hielt dann Kreiskommisär Joseph Heinemann vor dem Rathaus in Zwettl eine ganz ähnliche Rede. Auch er ließ die Einwohnerschaft auf den Kaiser schwören, forderte Männlichkeit und Mut¹⁰² ein und rief zur Bildung einer Ordnungstruppe auf. Außerdem berichtete er von der gewährten Pressefreiheit und den Bestrebungen um eine Verfassung. Die Rede in Zwettl war Teil einer aufwändigen Inszenierung. Sie wurde von Böllerschüssen gerahmt und ihr folgte ein Zug in die Kirche zu Gebeten, Lobgesang und Segen. Den Abschluss bildete ein Umzug durch die Stadt mit

⁹⁷ Vgl. Thomas STOCKINGER, *Revolution? Das Jahr 1848 im ländlichen Raum*. In: Oliver KÜHSCHLM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert*, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 359–385, hier 362–364.

⁹⁸ Thomas STOCKINGER, *Dörfer und Deputierte. Die Wahlen zu den konstituierenden Parlamenten von 1848 in Niederösterreich und im Pariser Umland (Seine-er-Oise)* = *MIÖG Ergänzungsband 57* (Wien, Köln, Weimar 2012) 320.

⁹⁹ Es werden wohl auch Frauen anwesend gewesen sein. Bei der Einleitung des Treueschwurs wurden vom Redner aber dezidiert die Männer angesprochen: „Meine Herren! Sprechen Sie mir feierlich die Worte nach: Wir schwören ...“, zit. nach MOLL, *Nationalgarde*, 14.

¹⁰⁰ Zit. nach MOLL, *Nationalgarde*, 14.

¹⁰¹ Zit. nach STOCKINGER, *Dörfer*, 321.

¹⁰² Appelle an Männlichkeit und Mut waren in vielen Aufrufen jener Tage enthalten, dazu und zur weiblichen Kontrastfolie siehe, STOCKINGER, *Das Jahr 1848*, 380.

Musik und Fackelträgern. Am Tag darauf fanden sich die ersten Bürger im Rathaus ein, um sich in die Liste der zu bildenden Truppe eintragen zu lassen.¹⁰³ Name und Organisationsform waren am Anfang noch unklar. Auf die Leitung konnte man sich hingegen einigen: Der Magistrat hielt Franz Haunsteiner für den geeigneten Mann. Dieser war auch bereit die Verantwortung zu übernehmen und verfasste am 22. März ein Schriftstück, in dem er erläuterte, was zu tun sei. Die wichtigsten Punkte waren der Streifendienst der Nachtwache, die Anschaffung von Säbeln und Kokarden und die Verbesserung der Straßenbeleuchtung.¹⁰⁴ Da von den staatlichen Stellen keine Anweisungen gegeben wurden, wie bei der Bildung der Bürgerwehr oder Nationalgarde vorzugehen sei, wurde der Magistrat selbst aktiv. In Anlehnung an die Statuten der St. Pöltner Bürger-Miliz von 1844 verfasste man wahrscheinlich am 5. April einen Aufruf an die Bevölkerung. In diesem wurde einmal mehr Einigkeit beschworen, die Gefahr von Unruhe und Anarchie an die Wand gemalt und die positive Wirkung von Regeln und Vorschriften hervorgekehrt. Bemerkenswert ist, dass die aufgestellten Regeln nicht einfach erlassen wurden. Patrouillen zogen von Haus zu Haus, um den Bürgern den Statutenentwurf näherzubringen und ihre Meinung einzuholen.¹⁰⁵ Diese Form der Bürgerbeteiligung war für die damalige Zeit sehr ungewöhnlich. Da aber von oben keine Handlungsanweisungen kamen, die Rückhalt geboten hätten, blieb nur der Weg zu den eigenen Bürgern.

Aus dem Dilemma der Ungewissheit wurde der Zwettler Magistrat jedoch bald befreit, denn die Zentralmacht nahm sich der Sache an. Nach dem provisorischen Patent vom 10. April 1848¹⁰⁶ sollte in jeder Siedlung mit mehr als 1.000 Personen eine Nationalgarde errichtet werden.¹⁰⁷ Ihr sollten alle Bürger zwischen dem 19. und 50. Lebensjahr angehören. Ausgeschlossen davon waren freilich Handwerksge-sellen, Dienstboten oder Tagelöhner.¹⁰⁸ Die Nationalgarde sollte also keine revolutionäre Kraft sein, sondern helfen, die auch vom Bürgertum geschätzten Elemente der alten Ordnung zu bewahren. Indem die Obrigkeit einen Teil der hoheitlichen Aufgaben in die Hand des Bürgertums legte, zog sie dieses auf ihre Seite und nahm den radikalen Kräften den Wind aus den Segeln.

In Zwettl und seinen Vorstädten kamen 123 Mann zur Ausübung des Dienstes in der Nationalgarde in Frage. Es lag in der Verantwortung der Stadt, für die Ausrüstung und Bewaffnung der Garde aufzukommen. Franz Haunsteiner, er war nun der Hauptmann der Garde, hatte in Krems und Wien Erkundungen eingeholt und schätzte die Kosten auf 35 Gulden pro Mann. Selbst wenn man die bereits gesammelten Spenden abzog, blieben noch immer fast 4.000 Gulden offen. Der Verwaltungsrat der Zwettler

¹⁰³ MOLL, Nationalgarde, 15.

¹⁰⁴ Ebd., 16.

¹⁰⁵ Schreiben und Statutenentwurf zit. in Ebd., 16–18.

¹⁰⁶ Moll gibt den Tag des Erlasses abweichend mit dem 8. April 1848 an, siehe Ebd., 18.

¹⁰⁷ HAKALA, Zwettl 1648 bis 1848, 81 f.

¹⁰⁸ MOLL, Nationalgarde, 6.

Nationalgarde wandte sich daher an den Magistrat mit der Bitte, die Summe bereitzustellen. Für diesen waren die 4.000 Gulden eine große Belastung. So hatte zum Vergleich das städtische Kammeramt, es war im Wesentlichen für die Finanzen zuständig, im Jahr 1847 an die 8.725 Gulden eingenommen und zirka 7.918 Gulden ausgegeben. Es entspann sich ein Hin und Her wegen der Finanzierung, in das man auch das Kreisamt in Krems involvierte. Schließlich reisten drei Gardisten, Georg Enslein, ein Oberleutnant der Garde, Johann Riether, ein Unteroffizier, und Carl Barth, ein Gardist, nach Wien, um beim Innenministerium Geld zu erbitten, freilich ohne Erfolg.¹⁰⁹

Die komplizierten Herrschaftsstrukturen waren ein weiteres Problem. Sie wurden erst später durch die Aufhebung der Grundherrschaft, dem wohl wichtigsten Ergebnis der Revolution, beseitigt. Noch unterstanden aber zahlreiche Häuser der Stadt nicht der Autorität des Rats, sondern zum Beispiel den Herrschaften Rosenau oder Rastenbergl, der Propstei oder dem Stift Zwettl. Für fremde Untertanen wollte der Magistrat der Stadt Zwettl natürlich nicht aufkommen. Erst durch Beiträge der erwähnten Grundherrschaften, eine neuerliche Spendensammlung, Eigenleistungen der Gardisten und 3.000 Gulden aus dem Kammeramt konnten die Kosten für die Ausrüstung aufgebracht werden. Bis Anfang Oktober war es dann gelungen, die 123 Gardisten auszurüsten und zu bewaffnen. Auch eine 14-köpfige Musikkapelle wurde aufgestellt.

Für Ruhe und Ordnung, eigentlich ja ihre Hauptaufgabe, musste die Zwettler Nationalgarde nicht sorgen. Die Ängste bezüglich der Bedrohung durch Aufständische oder umherziehende Banden hatte sich bald als unbegründet herausgestellt. Stattdessen wurde die Nationalgarde ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. Anlässe zu Aufmärschen und Feiern boten sich zur Genüge. So wirkte man bei der Fronleichnamsprozession des Jahres 1848 mit, feierte den Sieg von Feldmarshall Radetzky in Italien oder schritt zur eigenen Fahnenweihe.

Es muss daher bitter für die engagierten Bürger der Garde gewesen sein, als es nach der Niederschlagung der Revolution in Wien in den letzten Tagen des Oktober 1848 zu deutlichen Einschränkungen für die Nationalgarden kam. Eine gänzliche Auflösung wurde vorerst nicht verfügt, hatte sich das Modell Nationalgarde doch bis zu einem gewissen Grad bewährt, doch mussten die Garden im Dezember 1848 sämtliche Waffen abliefern. Die Staatsgewalt wollte es nicht mehr riskieren, dass die Bürger über Waffen verfügten, die sie auch gegen die Obrigkeit richten konnten. Von der Maßnahme war nicht nur die Garde betroffen, die zusätzlich sogar die Uniformen abzugeben hatte, sondern auch die Schützengesellschaft und die restlichen Bewohner mussten etwaige Waffen abgeben. Die Gegenstände wurden vom Magistrat eingelagert und durften nur nach Genehmigung durch diesen ausgegeben werden. Der Magistrat musste hier als lokaler Arm der Zentralgewalt agieren. Für zwei Mitglieder bedeutete das

¹⁰⁹ MOLL, Ebd., 20.

einen Interessenskonflikt. Während sich nämlich Bürgermeister Anton Gudra und die Magistratsräte Georg Zuckerhut und Karl Schwarzinger an der Formierung der Nationalgarde nicht beteiligt hatten, waren der Magistratsrat Anton Kietreiber und der Syndikus Andreas Kubasta als Gardisten tätig.¹¹⁰ Sie befanden sich also – so wie der Magistrat insgesamt – in einer Zwischenstellung zwischen Ambitionen bürgerlicher Selbstregierung und der Funktion staatlicher Aufsicht.

Eine Einordnung der Nationalgarde von Zwettl gelingt nicht ganz leicht. Realpolitisch hatte sie keine Bedeutung. Auch ihr praktischer Beitrag zu Ruhe und Ordnung hielt sich in Grenzen, schlicht deshalb, weil diese in Zwettl nie bedroht waren. Es wäre aber zu kurz gegriffen, die Nationalgarde nur als skurrilen Aktionismus von unausgelasteten Kleinstädtern abzutun, die in Fantasieuniformen die Rolle des Wochenendkriegers gaben. Man darf nicht die Bedeutung der Nationalgarden als eine Erfahrung von Ermächtigung für die bürgerlichen Klassen unterschätzen. Darauf weisen die Schnelligkeit und relative Reibungslosigkeit hin, mit der diese neue Institution ins Leben gerufen wurde. Sie bot dem bürgerlichen Selbstverständnis eine Bühne, die man gerne bespielte. Man konnte in einem Moment der Ungewissheit die Bereitschaft zeigen, mit Zeit und Geld für die Belange der – stadtbürgerlichen – Gemeinschaft einzutreten. Hierin bestand auch ein entscheidender Unterschied zwischen dem Dienst in der Armee und der Beteiligung an der Nationalgarde. Die Dienstpflicht im Militär konnte die Rekruten an ferne Kriegsschauplätze führen und ihnen den jähen Tod für das Großmachtstreben der Habsburgerdynastie bescheren. Der Dienst in der Nationalgarde versprach dagegen einen Einsatz im nächsten Umfeld. Es ist leichter, patriotischen Appellen zu folgen, wenn man den Grund seines Einsatzes täglich vor Augen hat.

Für die Regierung waren die Nationalgarden hingegen eine Abweichung vom Pfad moderner Staatsbildung, die wesentlich darin bestand, ein Gewaltmonopol zu etablieren. Indem die Regierung 1848 als Ergebnis der Märzrevolution die Nationalgarden autorisierte, legte sie die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hände eines – vertrauenswürdig scheinenden – Teils der Bevölkerung. Sobald aber das Militär die Revolution in Wien und den Provinzen des Reichs niedergeschlagen hatte, beendete der erstarkte Zentralstaat auch das Experiment Nationalgarden. Ein kaiserliches Patent verfügte 1851 deren Auflösung. Besser ins Bild einer Durchdringung des Territoriums als Zugriff ‚von oben‘ passt hingegen die Schaffung der Gendarmerie im Jahr 1850. Sie sollte als aus der Armee rekrutiertes

¹¹⁰ Vgl. Liste der Mitglieder der Zwettler Nationalgarde in Ebd., 34–38. Streng genommen war der Syndikus kein Mitglied des Magistrats, wegen seiner wichtigen Funktion bei der Führung der Geschäfte wird er hier aber dazu gezählt.

Sicherheitsorgan für die Ordnung am flachen Land sorgen. In Zwettl bestand ab 1860 ein Gendarmerieposten, der von hier aus auch das Umland betreute.¹¹¹

1.2.7. Gemeindeselbstverwaltung, zwischen permanenter Krise und Erfolgsmodell

Das provisorische Gemeindegesetz von 1849 sieht die „freie“ Gemeinde als „Grundfeste“ des Staates.¹¹² Gleich zu Beginn ist im Gesetz der Wirkungskreis der Gemeinden dargelegt. Er umfasste einen „natürlichen“ und einen „übertragenen“. Der natürliche, besser selbständige, sollte alles umfassen, was die Gemeinde direkt betraf und durch sie selbst geregelt werden konnte. Dazu wurden viele Aufgaben gezählt, zum Beispiel die Verwaltung des Gemeindevermögens, die Erhaltung der Straßen, Wege, Brücken, weiters Schulangelegenheiten, Sicherheitsaufgaben und das Armenwesen. Der übertragene Wirkungskreis dagegen bestand aus Aufgaben, die zwar als zentralstaatlich verstanden wurden, deren Durchführung der Staat aber an die Gemeinden delegiert hatte. Hierzu zählten beispielsweise die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, das Melde- und das Schubwesen und die Mitwirkung an der Militäradministration und am Steuerwesen.¹¹³ Gemeinsam mit der Errichtung der Bezirksbehörden sicherte sich der Staat so eine permanente Präsenz in den Gemeinden. Nach einigen Änderungen in der Periode des Neoabsolutismus in der 1850er Jahren und deren Rücknahme im Reichsgemeindegesetz von 1862 folgte 1864 die Spezifizierung der Vorgaben für die Gemeinden in der Niederösterreichischen Gemeindeordnung von 1864.¹¹⁴ Bemerkenswert ist vor allem das völlige Fehlen einer Differenzierung zwischen den einzelnen Gemeinden, das Gesetz galt für alle gleich, für Stadt- und Landgemeinden, für große genauso wie für kleine. Einzig die Stellung einer Statutarstadt hätte eine andere Verfassung für eine Gemeinde bedeutet. So wundert es nicht, dass bereits zeitgenössische Kommentatoren ernste Probleme sahen. Diese erblickten sie zum einen im allzu raschen Übergang von einem System zum anderen.¹¹⁵ Zum anderen kritisierten sie eben, dass das Gesetz nicht zwischen den Bedürfnissen der unterschiedlichen Typen von Gemeinden differenzierte.¹¹⁶

¹¹¹ Vgl. Alois FÜGERL, Der Gendarmerieposten Zwettl-NÖ. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 573–579, hier 573.

¹¹² RGBl. 170/1849, Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, womit ein provisorisches Gemeinde-Gesetz erlassen wird, <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=18490005&seite=00000203> (30.05.2020).

¹¹³ Jiří KLABOUCH, Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848–1918 (Wien 1968) 64–66.

¹¹⁴ LGBl. NÖ 5/1864: Gesetz, wirksam für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns, womit eine Gemeindeordnung und eine Gemeinde=Wahlordnung erlassen werden.

¹¹⁵ Parallel zur Errichtung der Gemeinden war der Aufbau der Bezirksverwaltungen zu bewerkstelligen, für NÖ siehe STOCKINGER, Staatliche Bezirksbehörden, 203–229. Zur Verwaltung bis 1848 siehe Josef LÖFFLER, Grundherrschaft, Gerichtsbarkeit und Regionalverwaltung bis 1848. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 175–202.

¹¹⁶ Thomas BUCHNER, Die Gemeinden. Staatsbildung und kommunale Finanzen 1849–1914. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 231–259, hier 233–237.

Auch im Vorwort seines immer noch grundlegenden Buches zur Gemeindeselbstverwaltung in Österreich geht Jiří Klabouch hart mit derselben ins Gericht. Es ist von Krise, Ungleichheit, Unfähigkeit, Versagen und Ohnmacht die Rede. Als Kernproblem identifiziert der Autor den Umstand, dass die duale Konzeption der Verwaltung in Österreich nicht angemessen auf die gesellschaftlichen Änderungen reagieren konnte, die mit der zunehmenden industriellen Großproduktion, den Konzentrationstendenzen des Wirtschaftslebens und dem raschen Fortschritt im Verkehrswesen einhergingen. Diesem sehr negativem Urteil zum Trotz, kann für die Zeit von 1850 bis 1914 auch eine beachtliche Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung festgestellt werden. Vielen Gemeinden gelang zu dieser Zeit ein deutlicher Aufschwung. Wo dieser ausblieb, lag die Schuld nicht allein an der Verwaltung. Dennoch vorhandene Unzulänglichkeiten zeigten sich am augenscheinlichsten bei den Finanzen. Während der Staat seine Einnahmequellen parallel zu den wachsenden Aufgaben ausbauen konnte, gelang dies den Gemeinden nicht in ausreichendem Umfang. Das Heimatrecht, das auf dem Prinzip einer geschlossenen und immobilen Gemeinde beruhte, erschwerte es außerdem, die spezifischen örtlichen Interessen der Bevölkerung zu wahren und allen anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern eine adäquate Versorgung im Armuts- oder Krankheitsfall zukommen zu lassen. Dieser Schiefstand, welcher sich durch den Bevölkerungsanstieg und die sich ausweitende Mobilität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ständig verstärkte, war auch den Verantwortlichen bewusst. So kam es 1896 und 1901 zu Reformen, man konnte das Heimatrecht dann auch durch zehnjährigen Aufenthalt erlangen.¹¹⁷ Verschärft wurden die Probleme durch die fehlende Teilnahme größerer Bevölkerungsschichten an den Geschicken der Gemeinden durch das Kurienwahlrecht, das bis zum Ende des 19. Jahrhunderts weit hinter die gesellschaftlichen Gegebenheiten zurückgefallen war. Nach den Kriterien, die wir heute an freie Wahlen anlegen, muss sich so gut wie jedes Wahlrecht des 19. Jahrhunderts als ungenügend darstellen. Gerade das Wahlrecht auf Gemeindeebene wurde aber im Zuge der politischen Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten, die auf die Formierung einer Massendemokratie vorauswies, zunehmend inadäquat. Beim Reichsratswahlrecht brachten drei Reformen Verbesserungen, auf Gemeindeebene gelang gleiches dagegen nicht.¹¹⁸

So untauglich sich die Verwaltung seit der Errichtung der Gemeinden im Jahr 1850 im Lichte des Urteils von Jiří Klabouch auch zeigen mag, die zuvor herrschenden Umstände schienen noch weniger geeignet, um die sich ausweitenden Aufgaben zu bewältigen. Die auf dem Land herrschenden Patrimonialbehörden und die Magistrate der Städte waren meist nicht mehr als exekutive Instrumente der vorgesetzten Behörden, die bis in die kleinsten Feinheiten der Verwaltung eingriffen.¹¹⁹ Besonders deutlich wird das in Zwettl, wenn man die Ratsprotokolle betrachtet. Sie zeichnen das Bild einer abhängigen Behörde,

¹¹⁷ Vgl. STEIDL, Wege, 51.

¹¹⁸ KLABOUCH, Gemeindeselbstverwaltung, 7–13.

¹¹⁹ Ebd., 13.

die von oben instruiert wurde und ständig Rechenschaft über ihr Tun und Handeln ablegen musste. Von einer freien Stadt oder einer autonomen Selbstverwaltung konnte also vor 1850 in Zwettl nur schwer die Rede sein. Gerade in diesem Licht erscheint die Errichtung der Gemeinde im Jahr 1850 für die Stadt Zwettl nicht als Rückschritt oder Herabstufung. Mit den neu geschaffenen Bezirksämtern als Zwischengliedern der Verwaltung wurde Zwettl jedoch allen anderen Gemeinden gleichgestellt. Eine höherwertige Option wäre die der Statutarstadt gewesen. Diese Möglichkeit hatte sich für Zwettl sogar kurzfristig eröffnet. Als 1859 in Ausführung des kaiserlichen Patentes vom 24. April Vorerhebungen zu einem neuen Gemeindegesetz begannen, musste die Gemeinde zur im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit Stellung nehmen, ob Zwettl wieder einen eigenen Magistrat bekommen wolle. Die Gemeindevertreter antworteten, „daß die landesfürstliche Stadt Zwettl nach der im Gemeindegesetze vom 24. April d[es] J[ahres] bezeichnete Stadtordnung organisirt werden will, wenn anders ihre Gemeindemittel ausreichen, die hiermit verbundenen Auslagen zu bestreiten.“¹²⁰ Von den übergeordneten Behörden unterblieb daraufhin alles Weitere.¹²¹

Die Unzulänglichkeiten der österreichischen Verwaltung im Vormärz waren schon für die Zeitgenossen augenscheinlich. Bürgerliche und aristokratische Reformer traten dafür ein, die Gemeinden mit einer freien Wirkungssphäre und einer weitgehenden Unabhängigkeit auszustatten. Ähnlich wie natürliche Personen sollten sie unantastbare Rechte besitzen. Der (absolutistische) Staat und die (freie) Gemeinde stellten in dieser Anschauung einen Gegensatz dar, die Überlegungen zur Etablierung kommunaler Selbstverwaltung hatten also eine gegenüber dem Obrigkeitsstaat kritische Stoßrichtung. Eine Neuordnung der Verwaltung auf der untersten Ebene rückte somit nicht erst durch die Revolution in den Blick: Adelige Oppositionskräfte hatten den Reformbedarf schon vorher erkannt und so wurde bei der am 1. März 1847 begonnenen Session des Niederösterreichischen Landtages eine Kommission gebildet und der Gegenstand auf die Tagesordnung der Session vom März 1848 gesetzt.¹²² Die Ereignisse des Frühjahrs 1848 kamen der Behandlung im ständischen Landtag jedoch zuvor. Aber auch die bürgerlichen Kräfte des Revolutionsjahres machten die Ausarbeitung einer zeitgemäßen Gemeindeverfassung zu einem ihrer Hauptanliegen. Die Verfassung vom 25. April 1848 war in dieser Hinsicht eine Enttäuschung, denn sie enthielt keine Bestimmungen zu Gemeindeangelegenheiten. In den großen Städten des Reiches unternahmen die revolutionären Kräfte zumindest den Versuch, durch die Bildung von neuen Organen die Gemeindeverwaltung auf neue und eigene Füße zu stellen. Auf dem Land war die Entwicklung dagegen anders, die ganze Aufmerksamkeit war auf die Abschaffung der Untertänigkeit und anderer feudaler Zumutungen gerichtet.¹²³ Zwettl nahm hier eine Zwischenstellung ein. Zur

¹²⁰ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 668^v.

¹²¹ Franz BLEIDL, Zwettl von 1848 bis 1918. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 83–92, hier 83.

¹²² KLABOUCH, Gemeindegeldverwaltung, 13–15.

¹²³ Ebd., 19–24.

Bildung von eigenen Organen kam es 1848 zwar nicht. Die meisten Einwohner Zwettls waren aber auch keiner Grundherrschaft untertänig und so wird es sich hier nicht um das Hauptthema dieser Wochen und Monate gehandelt haben.

Am 23. August 1850 trat man in Zwettl zur „ersten Plaenar-Sitzung der Repraesentanz der vereinigten Gemeinden Stadt Zwettl, Oberhof, Koppenzeil, und Böhmhöl¹²⁴“ zusammen. Bürgermeister war Franz Haunsteiner, k.k. Postmeister, Schildwirt und erster Kommandant der Zwettler Nationalgarde. Als Gemeinderäte fungierten Anton Schadn, Michael Feßl und Karl Barth. In personeller Hinsicht stellte das einen Neubeginn dar, denn keiner der vier war vorher im Magistrat vertreten.¹²⁵

Eines der ersten Probleme, das behandelt werden musste, war die fehlende Gemeindekanzlei. Vorerst musste man mit der Wohnung des Bürgermeisters vorliebnehmen und dort die Kanzlei einrichten.¹²⁶ Auch bei den Beamten gab es einen Neubeginn: Den wichtigen Posten des Gemeindegretärs übernahm Thomas Steininger, der aus 18 Kandidaten ausgesucht worden war. Als einziger Bewerber hatte er eine juristische Ausbildung absolviert, außerdem war er Abgeordneter in dem 1849 von der gegenrevolutionären Staatsmacht aufgelösten Reichstag von Kremsier gewesen.¹²⁷ Ihm wurden ein Gehalt von 500 Gulden jährlich und eine Definitivstellung nach drei Probejahren zugesichert. Außerdem sollte er im neuen Gemeindehaus nach dessen Fertigstellung eine Wohnung erhalten.¹²⁸ Die Anträge in den Plenar- und Ausschusssitzungen wurden allerdings nicht mehr von ihm persönlich, wie es bei seinem Vorgänger, dem Syndicus, üblich gewesen war, eingebracht, sondern vom Bürgermeister Franz Haunsteiner. Das Amt des wichtigsten Gemeindebeamten hatte so zwar einen deutlichen Professionalisierungsschub erhalten, im Unterschied zur alten Magistratsverfassung trat die gewählte Selbstverwaltung aber jetzt in den Vordergrund.

Die Errichtung der Gemeinde im Jahr 1850 brachte frischen Wind, viele Projekte und Verbesserungen wurden angegangen. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts hatte der Magistrat mehr reagiert als regiert; die Selbstverwaltung der autonomen Gemeinde ließ demgegenüber einen stärkeren gestalterischen Willen erkennen. Dass zum Beispiel die Anzahl der Straßenlaternen vermehrt werden sollten¹²⁹ oder Ortstafeln errichtet wurden¹³⁰, ging nicht auf Eingaben von Bürgern oder übergeordneten

¹²⁴ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 5^r.

¹²⁵ Vgl. Protokoll des Magistrats vom 6. Juni 1850, StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 1^r.

¹²⁶ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 6^r.

¹²⁷ Vgl. BLEIDL, Zwettl von 1848 bis 1918, 85.

¹²⁸ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 51a^r–52^r.

¹²⁹ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 36^r. Es fällt auf, dass von den zehn neuen Laternen eine beim Haus des Bürgermeisters und zwei weitere bei Gemeinderäten vorgesehen waren, zumindest stimmen hier die Nachnamen überein.

¹³⁰ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 46^r. Ebenfalls beschlossen wurde dabei die Beschilderung der Gassen und Plätze in den Vorstädten und der Stadt.

Behörden zurück, sondern entsprang den Beratungen der Gemeindevertreter. Man darf allerdings nicht ein heutiges Politik- und Planungsverständnis als Maßstab anlegen. Zu eng war vor allem das finanzielle Korsett.

1.2.8. Eingemeindungen und neue Aufgaben

Mit den Eingemeindungen von 1850 hatte sich zum ersten Mal seit sehr langer Zeit das Gebiet der Stadt und damit der Zuständigkeit des Gemeinderats erweitert. Eine ungefähre Einschätzung der damaligen Größe der Gemeinden ergibt sich aus einer Aufstellung, die anlässlich der Errichtung einer dritten Klasse in der Hauptschule in Zwettl erstellt wurde. Jede Gemeinde sollte pro Haus acht Kreuzer bezahlen, um so das Gehalt der drei Unterlehrer um jeweils 20 Gulden aufzubessern. Demgemäß hatte die Stadt Zwettl 312 Häuser, die ehemals selbstständigen Gemeinden Oberhof 38, Koppenzeil 22 und Böhmhöf sechs. Die damals noch nicht zur Gemeinde Zwettl gehörenden Orte Moidrams, Syrafeld und Gradnitz waren ebenfalls nach der Stadt „eingeschult“ und hatten 35, 21 und 27 Häuser.¹³¹

An Häusern war Zwettl also von 312 auf 378 und damit um fast 25 Prozent gewachsen. Die Stadt, genauer die Gesamtheit der bürgerlichen Häuser, verfügte mit dem Kammeramtsvermögen seit langer Zeit über einen eigenen Besitz. Dieser setzte sich aus Grundstücken, Abgaben und sonstigen Einkünften zusammen. Die neu dazugekommenen Orte hatten teilweise ebenfalls eigenes Vermögen. Erst nach längeren Verhandlungen war es möglich, diese Werte unter dem Dach der Gemeinde Zwettl zusammenzuführen. Bei der Katastralgemeinde Oberhof gelang dies überhaupt erst 1938.¹³²

Neben der Konstituierung der Gemeinde war im Jahr 1850 von der Stadt auch die Errichtung einer Bezirkshauptmannschaft und eines Collegialgerichts (heute Bezirksgericht) zu bewältigen. Die notwendigen Räumlichkeiten sollten anfangs gar unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Das bestehende Rathaus war für das Gericht zu adaptieren und ein Gefangenenhaus neu zu bauen. Für den Neubau der Bezirkshauptmannschaft war der Neue Markt vorgesehen und die Stadt sollte dafür das Baumaterial zur Verfügung stellen. Ausgelöst durch die Änderungen nach der Verfassungsaufhebung durch das Silvesterpatent¹³³ wurden aber die Bezirkshauptmannschaften bereits 1852 wieder aufgelassen. Bis 1862 bestanden stattdessen Bezirksämter, zuständig sowohl für gerichtliche Belange als auch für die Verwaltung. Die Arbeiten an dem Gebäude für die Bezirkshauptmannschaft in Zwettl wurde daher ein Jahr nach ihrem Beginn eingestellt. Nach langem Hin und Her wurde 1855 der halbfertige Bau durch einen kaiserlichen Gnadenakt der Gemeinde zum Geschenk gemacht.

¹³¹ Vgl. StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 85^r.

¹³² BLEIDL, Zwettl 1848 bis 1918, 83.

¹³³ Jean BÉRENGER, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918 (Wien, Köln, Weimar 2. Aufl. 1996) 612.

Neben den Räumlichkeiten für die eigenen Amtsstuben benötigte die Stadt aber zusätzlichen Raum, 1851 war nämlich die Errichtung einer Sparkasse beschlossen worden. Dies ging auf die Initiative von Bürgermeister Franz Haunsteiner zurück. Er wollte die Gemeindeverwaltung und die Sparkasse in dem unfertigen Bau am Neuen Markt unterbringen. Dieser Vorschlag wurde von den Anrainern aber heftig bekämpft. Der Bürgermeister trat zurück und war nur durch die Intervention des Niederösterreichischen Statthalters und durch „das Vertrauens-Votum von 20 Herrn Ausschüssen“¹³⁴ zur Wiederaufnahme seines Amtes zu bewegen. 1855 wurde dann die Demolierung des Rohbaus am Neuen Markt beschlossen. Im Jahr darauf konnten die Häuser Nr. 141 und 151 am Hauptplatz im Zuge einer exekutiven Veräußerung als neues Amtsgebäude für die Stadtgemeinde erstanden werden. Im obersten Stockwerk wurde 1868 die Bezirkshauptmannschaft untergebracht, die ersten fünf Jahre sogar unentgeltlich. 1874 wurde ein neuer Trakt zugebaut. Schon 1870 hatte die Gemeinde wegen aufgelaufener Schulden das Gebäude an die Sparkasse abtreten müssen. Die seit 1850 zunehmenden Bautätigkeiten hatten eine großen Berg Schulden entstehen lassen. So waren 1851 beim Bau des Gefangenenhauses 14.000 Gulden Außenstände angefallen. Im gleichen Jahr musste außerdem das Schulgebäude adaptiert werden da die Trivialschule in eine Hauptschule umgewandelt wurde. Zusammen mit dem Bau des Gebäudes am Neuen Markt fielen dabei 20.000 Gulden Verbindlichkeiten an.¹³⁵

Neben den finanziellen Belastungen hatte die Anwesenheit der Bezirkshauptmannschaft in Zwettl aber auch entscheidende Vorteile. Der Selbstverwaltung der Stadt Zwettl stand damit im selben Ort die auf Bezirksebene übergeordnete Behörde gegenüber. Die räumliche Nähe erleichterte eine flüssige Kommunikation für Gemeindeverwaltung und Bürgerschaft, besonders weil die beschwerlichen und teuren Reisen oder der lange Postweg zu Bezirksamt bzw. Bezirkshauptmannschaft wegfielen.

Bei all diesen Vorhaben und Unternehmungen stand Franz Haunsteiner als Bürgermeister im Mittelpunkt. Von seinen Zeitgenossen und ihren direkten Nachfahren wurde er als sehr positiv wahrgenommen. Die Festschrift von 1896 beurteilte seine Wahl als „ein großes Glück für Zwettl, denn er verstand es meisterhaft, rasch nach allen Seiten Ordnung zu schaffen, die vielfachen Reibungen der ersten Zeit zu überwinden, und war dabei ein hochgebildeter, energischer Mann, gleichzeitig ein lauterer Charakter.“¹³⁶

Die angesprochenen „Reibungen“ können auf die neuen Aufgaben und Herausforderungen bezogen sein, die auf die Stadtverwaltung damals zukamen. Sie sind aber auch ein Hinweis auf die

¹³⁴ Vgl. StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 160^v.

¹³⁵ BLEIDL, Zwettl 1848 bis 1918, 83–85.

¹³⁶ Karl RUCKENDORFER, Entwicklung des städtischen Gemeinwesens seit dem Jahre 1850. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl 1896. Festschrift aus Anlass der Eröffnung der Localbahn Schwarzenau-Zwettl und zur Feier der Jubiläen der Sparcasse und der Volks- und Bürgerschule Zwettl (Zwettl 1896) 23–38, hier 24.

aufgetretenen zwischenmenschlichen Konflikte. Die beiden Rücktritte mit anschließender Wiederkehr von Franz Haunsteiner 1851 und 1856 zeugen davon.¹³⁷

Wie kompliziert seine Aufgabe war, lässt sich aus dem Übergabeprotokoll vom Herbst 1850 erahnen.¹³⁸ Es listet mit großer Genauigkeit alles auf, was es zu verwalten galt und über welches Vermögen die Stadt verfügte. Man zählte sogar die fertigen Ziegel im städtischen Ziegelofen.¹³⁹ In verwaltungshistorischer Hinsicht noch interessanter sind die dem Bürgermeister übergebenen Journale, Kassen und Rechnungen,¹⁴⁰ verraten sie doch, womit sich eine Stadtverwaltung in der Mitte des 19. Jahrhundert zu beschäftigen hatte. Der Korpus umfasst die Unterlagen, Journale und die Kassa des Kammeramts, die Ziegel-, Wald-, und Viehgrabenrechnung, die Kranken- und Bruderschafts-Rechnung, die Siechenhaus- und Haarstuben-Rechnung, die Spital-Kirchen-Rechnung, die Armen-Rechnung, die Spital-Rechnung und die Schub-Beförderungs-Rechnung. Dabei handelt es sich um die traditionellen Aufgabengebiete städtischer Verwaltung: Gemeindevermögen sowie Armen- und Fürsorgewesen.

1.2.9. Entwicklung der politischen Parteien, Schönerer, Politischer Katholizismus

Die Entstehung der politischen Massenbewegungen zum Ende des 19. Jahrhunderts war anfangs stark mit einzelnen Persönlichkeiten verbunden. In allen Lagern traten Männer auf, die durch ihr Wirken viel Aufmerksamkeit auf sich zogen. Im Waldviertel war dies besonders ein Mann, der auch eng mit Zwettl verbunden war.

Georg Heinrich Ritter von Schönerer wurde am 17. Juli 1842 in Wien geboren. Sein Vater Matthias hatte sich große Verdienste beim Eisenbahnbau erworben und war deshalb in den Adel erhoben worden.¹⁴¹ Die Verbindung von Georg Schönerer ins Waldviertel entstand, als der Vater 1868 Gut und Schloss Rosenau kaufte und der Sohn das Gut 1869 übernahm. Er machte es zu einem Mustergut und erwarb sich vor allem durch seine Mildtätigkeit einen guten Ruf bei der Bevölkerung. Noch Jahrzehnte nach seinem Wirken erschien er vielen in der Gegend in verklärtem Licht.¹⁴² Der Gutsbesitzer Schönerer mag ein verständnisvoller und großzügiger Arbeitgeber und Vorgesetzter gewesen sein, der Politiker war aus ganz anderem Holz geschnitzt.

¹³⁷ Vgl. MOLL, Franz Haunsteiner, 165 und 171–173.

¹³⁸ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 16^r–24^r.

¹³⁹ Es waren 5.450 gebrannte Mauerziegel, 1.000 gebrannte Dachziegel und 1.900 Pflasterziegel, vgl. StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 24^r.

¹⁴⁰ Der Begriff „Rechnungen“ ist hier nicht als einzelner Beleg für eine Zahlung zu verstehen, sondern beschreibt einen Verwaltungsbereich, zum Beispiel das Spital oder die Ziegelei.

¹⁴¹ Friedel MOLL, Michael WLADIK, Georg Ritter von Schönerer (1842–1921), Ein alldeutscher Politiker aus dem Waldviertel. In: Harald HITZ, Franz PÖTSCHER, Erich RABL, Thomas WINKELBAUER, Waldviertler Biographien, Band 3 (Horn 2010) 121–150, hier 121.

¹⁴² Ebd., 131.

1872 erwarb Georg Schönerer gemeinsam mit seinem Vater ein Haus in Zwettl und wurde so Bürger der Stadt. Auch in Zwettl trat Schönerer als Wohltäter und Großspender auf und erhielt daher schon 1870 das Ehrenbürgerrecht.¹⁴³

Im Jahr 1873 wurde Schönerer auch in den Gemeindeausschuss, die Gemeindevertretung, gewählt.¹⁴⁴ Die erste Sitzung mit Schönerer fand am 25. September 1873 statt. Danach ist eine weitere Teilnahme von ihm quellenmäßig nicht mehr zu fassen. Die mangelnde Anwesenheit betraf aber nicht nur Schönerer. So war die Sitzung vom 24. Oktober 1873 wegen der Abwesenheit der meisten Mitglieder nicht beschlussfähig und musste auf den 28. Oktober verlegt werden. Für den zweiten Termin hatte man Schönerer dann schriftlich eingeladen. Dieser war wieder verhindert, seine Antwort verwies auf eine „in Wien stattfindende Wahl des Großgrundbesitzes“.¹⁴⁵ Am 16. Juli 1874 wurde er noch in Abwesenheit in ein Festkomitee für ein in Zwettl stattfindendes Sommerfest des Vereins für Landeskunde in Niederösterreich gewählt,¹⁴⁶ am 29. Juli ersucht er aber um Enthebung von seiner Tätigkeit als Gemeindeausschuss.¹⁴⁷

1885 kandidierte Schönerer wieder für den Gemeindeausschuss und wurde auch gewählt. Am 2. Oktober 1885 berief er eine Versammlung der Wähler des dritten Wahlkörpers, jener Wähler mit der relativ geringsten Steuerleistung, ein. Es wurde eine Resolution an die Gemeindevertretung beschlossen, die unter anderem die Errichtung einer Bahnlinie nach Zwettl, eine neue Wasserleitung, das Verbot einer jüdischen Branntweinschank in der Stadt und die Verhinderung des weiteren Zuzugs von Juden forderte. Der Gemeindeausschuss befasste sich mit der Resolution, antwortete zustimmend und bildete Komitees, um einige Punkte weiterzuverfolgen. Nur die Beschränkung jüdischer Ansiedelungen wurde als ungesetzlich zurückgewiesen.¹⁴⁸ Sichtlich haben wir es hier mit einem Forderungskatalog zu tun, der in einer auf die kommunale Ebene angepassten Weise den Maximen folgte, die Schönerer als Proponent des Deutschnationalismus seit dem Linzer Programm von 1882 vorantrieb: Er kombinierte die Adressierung des „kleinen Manns“ mit einem sich rasch radikalisierenden Antisemitismus, der schon bald sozialpolitische Anliegen überdeckte.¹⁴⁹ Was in Linz nur als Programm festgehalten wurde und auf Grund des bald darauffolgenden Zerwürfnisses der beteiligten Personen zu keiner Umsetzung

¹⁴³ StAZ, RP, 2_21, 1861–1871, 1202–1205.

¹⁴⁴ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 403–411.

¹⁴⁵ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 419–423, Schriftwechsel bei 423.

¹⁴⁶ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 505.

¹⁴⁷ MOLL, WLADIKA, Schönerer, 137.

¹⁴⁸ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 539–545.

¹⁴⁹ Vgl. Michael WLADIKA, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie (Wien 2005) 255–267.

kam, wurde von Schönerer in Zwettl zumindest versuchsweise erprobt. Von großer Nachhaltigkeit war sein Versuch aber nicht.

1888 musste Schönerer aus dem Gemeindevausschuss ausscheiden, seine Verurteilung wegen des gewaltsamen Eindringens in die Redaktion des Neuen Wiener Tagblatt machte dies notwendig.¹⁵⁰ Damit begann sein politischer Stern zu sinken.

Bei den Wahlen von 1894 war auch nur einer der von ihm favorisierten Kandidaten in den Gemeindevausschuss gewählt worden, Schönerer legte daraufhin die Ehrenbürgerschaft wieder zurück. Die Berichte in den Zeitungen geben einen Einblick in die damaligen politischen Kontroversen. Das Badener Bezirksblatt berichtete unaufgeregt von einem Sieg der Liberalen über die Antisemiten und die Rückgabe der Ehrenbürgerschaft.¹⁵¹ Die Ostdeutsche Rundschau bezeichnete die Wahlgewinner hingegen als „Judenliberale“ und griff den wiedergewählten Bürgermeister Forstreiter persönlich an. Dieser Herr hätte es nämlich verstanden, „als mittellos“ Stipendien für seine Söhne zu erlangen.¹⁵²

Durch die Auseinandersetzungen um die von Ministerpräsident Badeni 1897 erlassene Sprachverordnung kam es noch einmal zu einem Aufflackern der Bewegung um Schönerer in Böhmen.¹⁵³ Schönerer hatte bis zu seinem Tod 1921 im Waldviertel zahlreiche Spuren hinterlassen. In Zwettl gab es von 1920 bis 1945 eine Schönererstraße.¹⁵⁴ Außerdem hatte er 130 landwirtschaftliche Kasinos initiiert, 200 Feuerwehren unterstützt, die Gründung von 25 Volksbüchereien initiiert und ein Landwirtschaftliches Vereinsblatt ins Leben gerufen. Weiters stattete er sämtliche Turnvereine des Waldviertels mit Geräten aus und überzog das Waldviertel mit in Stein gemeißelten „Heil Bismarck“-Sprüchen und Gedenktafeln für Kaiser Joseph II.¹⁵⁵ Bei Schloss Rosenau ließ er 1907 einen Bismarckturm errichten.¹⁵⁶

¹⁵⁰ MOLL, WLADIKA, Schönerer, 138, genauer bei Lothar HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (Wien 1993) 45 f.

¹⁵¹ Badener Bezirksblatt Nr. 78 (12. September 1894) 2.

¹⁵² Ostdeutsche Rundschau Nr. 241 (2. September 1894) 3.

¹⁵³ Christian KLÖSCH, Spaltung und Radikalisierung. Deutschliberale und Deutschnationale 1850–1918. In: Oliver KÜHSCHLM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 391–418, hier 409.

¹⁵⁴ MOLL, WLADIKA, Schönerer, 138.

¹⁵⁵ KLÖSCH, Spaltung, 410.

¹⁵⁶ MOLL, WLADIKA, Schönerer, 138.



Abbildung 1: Evangelische Kirche in Zwettl (Quelle: Stadtarchiv Zwettl).

Eine mehr politisch als religiöse Ausrichtung hatte die von Schönerer 1903 gestiftete evangelische Kirche in Zwettl. Schönerer hatte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts an die Spitze der Los-von-Rom-Bewegung gestellt und war am 15. Jänner 1900 zum evangelischen Glauben übergetreten. Seinem Aufruf, es ihm gleich zu tun, folgte im bereits stark christlichsozial geprägten Waldviertel aber kaum jemand. 1900 gab es in Zwettl acht evangelische Christen, 1910 waren es elf.¹⁵⁷ Die Provokation durch die Kirche ohne Gemeinde war aber gelungen. Bei der Gemeindeausschusssitzung vom 31. März 1904 lehnte man

¹⁵⁷ Zur Kirche und ihrer Errichtung vgl. MOLL, WLADIKA, Schönerer, 139 f.

die Einladung zur Eröffnung mit zwei Gegenstimmen ab. Ausgesprochen hatte sie gar nicht Schönerer, sondern der Kremser Vikar Maximilian Monsky.¹⁵⁸

Der Gemeinderat scheute sich zwar nicht, sich auf die Seite des „Deutschtums“ zu stellen, diese deutsch-nationale Positionierung sollte aber nicht das Habsburgerreich und die Dynastie gefährden. So sandte man 1878 wegen einer Rede von Schönerer im Reichsrat ein Telegramm an den Abgeordneten Dr. Dinstl: Man sei mit der Formulierung, „wenn wir nur schon dem deutschen Reiche angehören würden“, als Zwettler Gemeinderat nicht einverstanden.¹⁵⁹ Als der Abgeordnete Theodor Dobler um eine Beistandserklärung wegen eines Nationalitätenkonfliktes in Prag bat, gab die Gemeinderepräsentanz eine bezeichnende Selbsteinordnung ab. Man sei „überzeugt [...], dass die Repraesentanz der lf. Stadt Zwettl ebenso durch und durch deutsch gestimmt sowie auch loyal und kaisertreu ist“.¹⁶⁰ Interessant ist auch, dass man noch die Abkürzung „lf.“ für „landesfürstlich“ benutzte, zu einer Zeit, als dieser Umstand jede praktische Bedeutung verloren hatte.

Georg Ritter von Schönerer, das 1888 aberkannte Adelsprädikat hatte er 1917 durch eine Amnestie Kaiser Karls zurück erhalten,¹⁶¹ war Zeit seines Lebens eine streitbare und darüber hinaus eine spaltende Persönlichkeit. Ihm eine gewisse Menschenfreundlichkeit bei seinem Wirken im lokalen und regionalen Rahmen abzusprechen, würde zwar zu weit gehen, doch muss man in ihm den Ermöglicher und Wegbereiter des völkischen Deutschnationalismus in seinen radikalsten Varianten erkennen, als den ihn auch die Nationalsozialisten gesehen haben.¹⁶²

Die breite politische Mobilisierung der Bevölkerung und die Entstehung von Massenparteien ist aber nicht nur mit einzelnen Personen verknüpft. Das Wahlrecht wurde mehrfach, wenn auch in kleinen Schritten, ausgeweitet und sorgte dafür, dass politische Themen und um sie geführte Auseinandersetzungen auch die Bewohner der Kleinstädte oder der Landgemeinden erreichten. Dabei waren die Menschen in der Lage, zwischen sie direkt betreffenden Themen und der übergeordneten Politik zu unterscheiden. Als 1848 kurz hintereinander die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main und zum Reichstag in Wien stattfanden, unterscheid sich das Wahlergebnis in Niederösterreich recht deutlich. Die zum größten Teil bäuerlichen Wähler entsandten zu den Beratungen über die deutsche Staatbildung in Frankfurt Beamte, Juristen, einen Arzt und sogar mehrere Herrschaftsbesitzer. Vom Reichstag in Wien erwartete man vor allem die lang ersehnte Grundentlastung. Unter 23 in Niederösterreich gewählten Abgeordneten waren daher 17 Bauern. Die Aufhebung der

¹⁵⁸ StAZ, RP, 2_35, 1903–1908, 72.

¹⁵⁹ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 992.

¹⁶⁰ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 54 f.

¹⁶¹ Vgl. Christoph MENTSCHL, Karl VOCELKA, Schönerer Georg von, Politiker. In: ÖBL 1815-1950, Bd. 11 (Lfg. 51, 1995) 66–68.

¹⁶² WLADIKA, Hitlers Vätergeneration, 625–629.

Grundherrschaft war für sie das bestimmende Thema. Ihnen gänzlich Desinteresse an dem im Reichstag diskutierten Verfassungsfragen zu unterstellen, würde ihnen aber nicht gerecht. Wiederholt beteiligten sie sich an Anträgen der linken Minderheit. Außerdem standen sie in regem Austausch mit ihren Wahlkreisen und trugen so zur Verbreitung politischer Inhalte bei.¹⁶³ Bedingt durch die nun folgende Zeit des Neoabsolutismus mag das breitgestreute Interesse an politischen Themen abgeebbt sein oder sich ins Private verlagert haben. Von einem „Triumph der konservativen Kräfte“¹⁶⁴ zu sprechen, ist vermutlich aber zu viel. Denn „die Erfahrungen und Erinnerungen von 1848 sind aus keiner Politikgeschichte der zweiten Jahrhunderthälfte wegzudenken“¹⁶⁵ und wirkten entsprechend nach.

Es waren die Auseinandersetzungen rund um Wahlen, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einer zunehmenden Politisierung der Bevölkerung führten. Die sich langsam ausprägende Parteienlandschaft verknüpfte dabei regionale und überregionale Politik. Regionale Auseinandersetzungen drehten sich nicht mehr nur um regionale Themen, auch die „große“ Politik hielt Einzug.

Politisch war Niederösterreich lange Zeit liberal geprägt, von der ersten Landtagswahl im Jahr 1861 bis zur Wahl im Jahr 1896 konnten sich die liberale Mehrheit halten. Sie wurde abgelöst von der „Antisemitischen Wahlgemeinschaft“, bestehend aus Christlichsozialen und Deutscher Volkspartei. Ab 1902 bis zum Ende der Monarchie stellten dann die Christlichsozialen die alleinige Mehrheit im Niederösterreichischen Landtag.¹⁶⁶

Bis zur ersten direkten Reichsratswahl 1873 entsandten die Landtage Abgeordnete in den Reichsrat. Gewählt wurde 1873 in vier Kurien. Die Großgrundbesitzer wählten 85 Abgeordnete, die Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern 21. Die Groß- und Mittelbauern, auch als Landgemeinden bezeichnet, wählten 128 und alle übrigen in Städten lebendend Männer, die jährlich mehr als 10 Gulden direkte Steuern zahlten, wählten in der vierten Kurie 118 Abgeordnete. Damit waren ca. sechs Prozent der erwachsenen Bevölkerung wahlberechtigt. Im Jahr 1882 wurde der Wahlzensus auf 5 Gulden herabgesetzt. Dies nützte vor allem den Christlichsozialen. 1896 schuf man schließlich eine fünfte Kurie, in dieser durften alle Männer unabhängig von ihrer Steuerleistung wählen. Diese Änderung ermöglichte den Sozialdemokraten den Einzug in den Reichsrat. Die Abschaffung der Kurien und die Einführung eines allgemeinen Männerwahlrechts brachten 1907 große Erfolge für die beiden Massenparteien. Die Christlichsozialen konnten gemeinsam mit den Konservativen 96 Abgeordnete stellen, die

¹⁶³ STOCKINGER, Revolution, 375 f.

¹⁶⁴ BÉRENGER, Geschichte, 612.

¹⁶⁵ STOCKINGER, Revolution, 385.

¹⁶⁶ Vgl. Otto KRAUSE, Biographisches Handbuch des NÖ Landtages 1861–1921 (St. Pölten 2005) 9; Willibald ROSNER, Der Niederösterreichische Landtag. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus. Teilbd. 2: Die Regionalen Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 1663–1661.

verschiedenen deutschnationalen Parteien kamen auf 90 und die Sozialdemokraten auf 87 Sitze. 1911 war das Bild ähnlich, mit Verlusten für die Christlichsozialen. Die Sozialdemokraten waren in nationale Gruppierungen zerfallen.¹⁶⁷ Der Nationalitätenkonflikt war auch eines der bestimmenden Themen im Reichsrat und lähmte die Arbeit der Volksvertreter.

Dies bildete den Hintergrund, vor dem sich das politische Leben in der Stadt Zwettl abspielte. Im Gegensatz zur Politik auf Landtags- oder Reichsratsebene herrschte in der Gemeinde eher Konsenspolitik. Dies war für die Kleinstädte der Monarchie nicht unüblich und lässt sich oft an der Bildung von Bürgerlisten erkennen, die mehrere Berufsgruppen oder politische Bewegungen vereinten.¹⁶⁸ Darauf, dass das in Zwettl auch der Fall war, deutet die 1894 in der Ostdeutschen Rundschau verwendete Formulierung „‘koalirte’ Judenliberale“¹⁶⁹ hin. Diese Form der Zusammenarbeit hatte in Zwettl Bestand, auch bei den Wahlen von 1905 wurde darüber berichtet. Die in der Kremser Zeitung als „Kompromißliste“ bezeichnete Vereinigung konnte die meisten Mandate erringen, die im Artikel so genannte „Partei der Unzufriedenen“ hatte das Nachsehen und brachte im ersten und zweiten Wahlkörper nur jeweils einen Kandidaten durch die Wahl, den Notar Kofler und den Fleischhauer Schneider. Bei dieser „Partei“ handelte es sich nicht um eine Partei im eigentlichen oder heutigen Sinn, vielmehr ist damit die Stadtopposition gemeint.

Die Kremser Zeitung platzierte die Mandatare auch in einem überregionalen politischen Raum, indem sie unabhängig von ihrer lokalen Zuordnung zu „Kompromiss“ oder Opposition angab, welcher der großen Parteien bzw. Ideologien die in den Gemeindevausschuss gewählten Männer zuzurechnen waren. Dr. Franz Holzer, der Stadtpfarrer Anton Trajer, Vizebürgermeister Franz Beydi, die Gastwirte Johann Pfeifer, Julius Thum und Josef Artner, der Apotheker Franz Polk seien den Christlichsozialen zuzuordnen, der Oberlehrer Josef Traxler stehe ihnen zumindest sehr nahe. Den Notar Kofler, den Landwirt Leopold Wansch, den Hammerschmied Josef Fürst und den Schneider Ignaz Steininger rechnete die Kremser Zeitung den radikalen Schönerianern zu. Die übrigen Gewählten seien Anhänger der Deutschen Volkspartei.¹⁷⁰ Ganz so klar waren die politischen Zugehörigkeiten damals aber nicht. So schlug die christlichsoziale Reichspost in ihrem Bericht über die gleiche Wahl Franz Beydi der Deutschen Volkspartei zu. Radikal jenseits einer lokalen Kompromissfähigkeit dürften auch die Schönerianer

¹⁶⁷ Manfred SCHEUCH, Historischer Atlas Österreich (Wien 5. Aufl. 1994) 140 f.

¹⁶⁸ Vgl. Hans HEISS, Hannes STEKL, Peter URBANITSCH, Zusammenfassung: Kleinstadt und Bürgertum in Cisleithanien 1862–1914. In: Peter Urbanitsch, Hannes Stekl (Hrsg.), Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 (Bürgertum in der Habsburgermonarchie IX, Wien, Köln, Weimar 2000) 463–503, hier 478.

¹⁶⁹ Ostdeutsche Rundschau Nr. 241 (2. September 1894) 3.

¹⁷⁰ Waldviertler Bote, Beilage zur Nr. 10 der Kremser Zeitung (4. März 1905) 2 f.

Wansch und Steininger nicht gewesen sein, denn sie gehörten eben dem „Vereinigten Wahlkomitee (Kompromißliste)“ an.¹⁷¹

Was sich in Zwettl langsam andeutete, nämlich der Aufstieg der Christlichsozialen zur bestimmenden politischen Partei des Waldviertels und Niederösterreichs, war im Umland schon weiter fortgeschritten. Bei den Landtagswahlen 1902 konnten die christlichsozialen Kandidaten sämtliche Sitze in den Landgemeinden erringen. In den Landstädten kamen sie allerdings nur auf drei der 13 möglichen Mandate. Insgesamt erreichten sie 45 der 78 Sitze.¹⁷²

Im Vorfeld der Wahlen von 1905 hatten sich in Zwettl am 30. Jänner fast 600 christlichsoziale Vertreter aus 67 Gemeinden des oberen Waldviertels versammelt. Es wurden Reden gehalten, eine Resolution verabschiedet und die Gründung des Christlichsozialen Vereins für Zwettl und Umgebung angekündigt. Trotzdem war man sich bewusst, dass man im „Schönerer Viertel“ zusammentraf, und bildhaft spricht der Artikel davon, dass die katholischen Waldviertler gerade aus dem Schlaf erwachen würden.¹⁷³ Bei der Versammlung anwesend und mit einem Redebeitrag vertreten war auch Dr. Albert Geßmann (1852–1902). Er war einer der Mitbegründer der Christlichsozialen Partei, Reichsratsabgeordneter, an der Gründung der für die Bewegung so wichtigen Reichspost beteiligt und im Wiener Gemeinderat vertreten. 1896 wurde er in den Niederösterreichischen Landtag gewählt und zum Schulreferenten der Landesregierung. Geßmann war an der Etablierung der Christlichsozialen am Land führend beteiligt. Er reiste viel umher, sammelte Informationen und knüpfte Beziehungen. Dabei stütze er sich stark auf den Klerus und bemühte sich um die Lehrer.¹⁷⁴ Seine Bemühungen lohnten sich. Nach Veränderung der Landtagswahlordnung von 1907, die weiterhin die Sozialdemokraten sehr benachteiligte, erreichten die Christlichsozialen 1908 in Niederösterreich ein Rekordergebnis. Sie gewannen alle Sitze der Landgemeinden, zwölf von 15 Mandaten in den Landstädten, neun von zehn in der Allgemeinen Wählerklasse und 43 von 48 Sitzen in Wien.¹⁷⁵ Ursprünglich aus Wien stammend und stark im Gewerbe und Kleinbürgertum verankert, hatten es die Christlichsozialen geschafft, das ganze Land zu durchdringen.

1.2.10. Budgets als in Zahlen gegossene Politik

Die Budgets der Stadt enthalten nicht nur Zahlen, sie bilden auch den politischen Willen ab und geben Zeugnis von Veränderungen und Wandel. Im Stadtarchiv Zwettl haben sich viele der Rechnungsbücher

¹⁷¹ Reichspost Nr. 45 (24. Februar 1905) 3 f.

¹⁷² Vgl. Stefan EMINGER, Wie die große Politik ins kleine Dorf kam. Politische Mobilisierung der Landbevölkerung durch Katholik-Konservative und Christlichsoziale Partei. In: Oliver KÜHSCHLM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 451–482, hier 471.

¹⁷³ Waldviertler Bote, Beilage zur Nr. 6 der Kremser Zeitung (4. Februar 1905) 1 f.

¹⁷⁴ EMINGER, Große Politik, 18.

¹⁷⁵ Ebd., 21.

erhalten, eine umfassende Analyse wäre eine lohnende Aufgabe. An dieser Stelle soll vor allem ein Blick darauf geworfen werden, was die Hauptfelder der Tätigkeit der Stadt waren und mit welchen Geldbeträgen hier gewirtschaftet wurde. Außerdem geben sie ein Bild davon, womit sich die Stadtverwaltung gegen Ende des hier gewählten Untersuchungszeitraumes beschäftigte.

Pos.	Empfänge 1910	Voranschlag		Wirklich	
		K	h	K	h
1	Kassarest aus der Gebarung des Jahres 1909	5.000		11.150	81
2	Jagd- und Fischereipacht	343		412	86
3	Körnerabmaßgefälle	900		1.220	38
4	Marktgebühren	600		1.112	60
5	Brückenwaggebühren	600		722	40
6	Vermögenszinsen	5.000		5.082	14
7	Mietzinse	7.340		8.660	50
8	Grundpacht	1.350		1.699	82
9	Für Holz	3.000		4.475	94
10	Für Ziegel	4.000		2.710	18
11	Für Totenbeschau	80		77	40
12	Bade- und Desinfektionsgebühren	200		271	
13	Für Heizung und Beleuchtung der Natural-Verpflegsstation	250		180	
14	Verwaltungskosten	100		73	50
15	Hundesteuer	900		931	
16	Lustbarkeiten	200		187	75
17	Vergütung der Sparkasse	2.240		2.240	
18	Spenden der Sparkasse	27.000		30.000	
19	Wasserleitung	6.000		4.779	73
20	Eingezahlte Rückstände			2.804	36
21	Durchlaufende Empfänge	3.000		3.222	42
22	Schulgeld der 4. Bürgerschulklasse	400		468	60
23	Verschiedene Empfänge	197		3.332	19
24	Darlehen für den Bau des Amtshauses			50.573	5
25	Darlehen für Grundankauf (Hammerleite)			4.000	
		68.700		140.388	63

Tabelle 1: Einnahmenseite des „Rechnungs-Abschluß der Stadtkasse Zwettl“ 1910.¹⁷⁶

Auffällig auf der Einnahmenseite ist zuerst die vorsichtige Schätzung der Einnahmen. Selbst wenn man die nicht im Voranschlag enthaltenen Beträge für den Bau des Amtshauses und den Grundankauf weg-rechnet, wurden die tatsächlichen Einnahmen um mehr als 17.000 Kronen unterschätzt.

Bei den kleineren Einnahmen bis 1.000 Kronen sticht die Hundesteuer ein wenig heraus, sie übersteigt zum Beispiel das eingenommene Schulgeld um das Doppelte. Bei den größeren Einnahmen sind, neben dem deutlichen Überschuss aus dem Vorjahr, die Einnahmen aus Zinsen und Pachten mit fast 16.000

¹⁷⁶ StAZ, 7_69, Hauptbuch 1910, beigelegte Zusammenfassung.

Kronen doch recht beträchtlich. Der Verkauf von Holz und Ziegeln brachte auch einen Gewinn für die Stadtkasse, nach Abzug der Ausgaben blieben immerhin noch 426 Krone übrig. Diese und alle anderen Einnahmen wurden aber deutlich von den Beträgen übertroffen, die von der Sparkasse an die Stadt abgeführt wurden. Klammert man die Darlehen für Amtshausbau und Grundkauf aus, so stellt sich das Budget einnahmenseitig auf 85.815 Kronen. Dazu trug die Sparkasse mit ihren 32.240 Kronen beinahe 38 Prozent bei. 1910 war kein Ausreißer, die folgenden Jahre waren die Zahlen ähnlich.

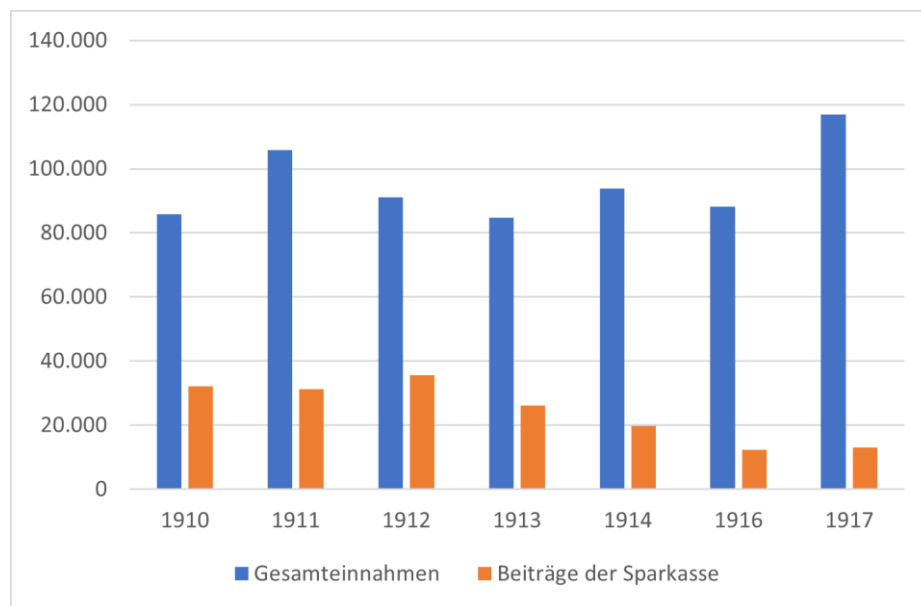


Abbildung 2: Gegenüberstellung Einnahmen der Stadtkasse – Beitrag der Sparkasse (Beträge in Kronen).¹⁷⁷

Erst die Kriegsjahre brachten hier einen Rückgang. Aber auch schon 1886 hatte die Sparkasse im Voranschlag mit 8.000 Gulden mehr als 50 Prozent zu den geplanten Ausgaben von 15.854 Gulden beizutragen.¹⁷⁸ Vergleicht man den Voranschlag von 1886 mit den Zahlen von 1870,¹⁷⁹ so sieht man, dass die Beträge fast gleichgeblieben sind, von einer hohen Dynamik kann man hier also nicht sprechen.

¹⁷⁷ Daten aus den Beilagen StAZ, 7_69, Hauptbuch 1910 bis StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917.

¹⁷⁸ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 560–562.

¹⁷⁹ StAZ, HS, 7_27, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1870.

Pos.	Ausgaben 1910	Voranschlag		Wirklich	
		K	h	K	h
1	Gehalte und Besoldungen	12.250		12.433	
2	Renumerationen und Subventionen	1.400		1.212	
3	Kanzlei-Erfordernisse	2.400		2.155	56
4	Schulerfordernisse	8.036	33	8.359	33
5	Steuern und Gebühren	3.300		3.764	11
6	Pensionsfondbeiträge	438		450	
7	Armenfond-Steuer	719	6	719	6
8	Schub- und Naturalverpflegsstation und polizeiliche Auslagen	600		841	22
9	Verpflegskosten und sanitäre Auslagen	200		121	42
10	Verzinsung und Rückzahlung der städtischen Schuld	10.440		11.878	67
11	Stadtbeleuchtung	4.500		4.785	36
12	Gebäude-Erhaltung	800		4.019	8
13	Straßen- und Brückenerhaltung	4.000		3.954	4
14	Erhaltung der Anlagen	800		1.067	69
15	Waldkultur und			789	45
16	Holzgewinnung	1.200		802	34
17	Feuerwehr	500		344	37
18	Ziegelerzeugung	3.500		5.168	50
19	Wochenmarkts-Auslagen	600		567	30
20	Handwerker-Rechnungen	400		590	31
21	Bau- und Zimmermeister-Rechnungen	1.000		1.387	32
22	Kaufmanns-Rechnungen	400		337	60
23	Festlichkeiten	500		691	30
24	Badeanstalt	200		463	6
25	Durchlaufende Auslagen	3.000		5.094	31
26	Wasserleitung	5.200		4.865	95
27	Verschiedene Auslagen	1.000		2.673	55
28	Bau des Amtshauses			47.299	2
29	Ankauf der Hammerleite			4.268	85
		67.383	39	131.103	77

Tabelle 2: Ausgabenseite des „Rechnungs-Abschluß der Stadtkasse Zwettl“ 1910.¹⁸⁰

1910 waren Gehälter und Besoldungen sowie die Verzinsung der städtischen Schulden die größten Ausgabenposten. Auch die „Schulerfordernisse“ schlugen sich recht hoch zu Buche. Während den Gehältern und Besoldungen eine dafür erbrachte Arbeitsleistung gegenüberstand und die Zinsen für die Schulden sogar durch höhere Einnahmen für das vorhandene Vermögen aufgehoben wurden, stand den Aufwänden für die Schulen kein direkter finanzieller Nutzen gegenüber. Trotzdem zeigte sich die Gemeinderepräsentanz an einem Ausbau des Schulwesens interessiert. Geschäftschancen für die Gewerbetreibenden zu schaffen und die Absicherung der zentralörtlichen Stellung von Zwettl waren hier wohl die hauptsächlichen Triebfedern. Der Ausbau und Erhalt der städtischen Infrastruktur schlugen

¹⁸⁰ StAZ, 7_69, Hauptbuch 1910, beigelegte Zusammenfassung.

sich mit insgesamt mehr als 21.000 Kronen nieder.¹⁸¹ Die darin enthaltene Wasserleitung operierte kostendeckend, in den drauffolgenden Jahren gingen die Erträge sogar recht deutlich darüber hinaus. So warf sie 1914 einen Gewinn von 2.111 Kronen ab.¹⁸² Die Sozialausgaben waren nicht sehr hoch, summiert ergeben sie den Betrag von 3.344 Kronen.¹⁸³

Pos.	Empfänge 1917	Voranschlag		Wirklich	
		K	h	K	h
1	Kassarest aus der Gebarung des Jahres 1916	1.000		3.523	59
2	Jagd- und Fischereipacht	412	86	424	86
3	Körnerabmaßgefälle				
4	Marktgebühren	1.200		854	74
5	Brückenwaggebühren	700		1.296	18
6	Vermögenszinsen	21.550		38.484	86
7	Mietzinse	11.110		11.292	50
8	Grundpacht	1.700		1.352	66
9	Für Holz	4.000		6.852	30
10	Für Ziegel	3.000		1.639	45
11	Für andere Erzeugnisse	500		791	61
12	Badeanstalt	200		285	40
13	Für Heizung und Beleuchtung der Naturalverpflegsstation	180		360	
14	Für Totenbeschau	100		154	
15	Hundesteuer	800		564	40
16	Gebühr für Lustbarkeiten				
17	30%ige Umlage	7.900		7.615	10
18	Wasserleitung	6.300		5.958	70
19	Verwaltungskosten	73	50	147	
20	Vergütung der Sparkasse	2.240		3.040	
21	Spenden der Sparkasse			10.000	
22	Eingezahlte Rückstände	14.300		813	10
23	Durchlaufende Empfänge	2.000		3.859	92
24	Verschiedene Empfänge	383	64	1.153	44
25	Leichenbestattung	600		987	
26	Darlehen			198.365	96
27	Wehrschild			1.284	31
28	Für Kartoffeln			4.193	75
29	Vorschuß der Sparkasse			10.000	
		80.250		315.294	83

Tabelle 3: Einnahmenseite des „Rechnungs-Abschluß der Stadtkasse Zwettl“ 1917.¹⁸⁴

Vergleicht man den Abschluss von 1910 mit dem von 1917 fallen die stark gestiegenen Summen auf. Rechnet man die Posten der Darlehen heraus, ist der Anstieg der Einnahmen aber nur mehr gering.

¹⁸¹ Pos. 11, 12, 13, 14, 20, 21, 24 und 26 auf der Ausgabenseite in Tabelle 1

¹⁸² StAZ, 7_71, Hauptbuch 1914.

¹⁸³ Pos. 2, 6, 7, 8 und 9 auf der Ausgabenseite in Tabelle 1

¹⁸⁴ StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917, beigelegte Zusammenfassung.

Pos.	Ausgaben 1917	Voranschlag		Wirklich	
		K	h	K	h
1	Gehalte und Besoldungen	13.420		15.660	
2	Entlohnungen und Unterstützungen	1.200		1.252	50
3	Kanzlei-Erfordernisse	2400		3.369	2
4	Schulerfordernisse	6.600		6.530	34
5	Steuern und Gebühren	4.300		4.650	54
6	Jahresbeitrag für Ruhegenüsse	450		450	
7	Dem Bezirksarmenrat	770		727	92
8	Schub- und Naturalverpflegsstation und polizeiliche Auslagen	400		561	82
9	Sanitäre Auslagen	100		242	66
10	Verzinsung der städtischen Schuld	24.900		34.817	16
11	Stadtbeleuchtung	3.200		3.165	4
12	Gebäude-Erhaltung	1.500		974	61
13	Straßen- und Brückenerhaltung	3.000		1.461	55
14	Erhaltung der Anlagen	1.000		756	10
15	Forstwirtschaft	1.000		2.036	88
16	Steingewinnung	300			
17	Ziegelerzeugung	2.500		196	78
18	Fuhrwerk	300		87	
19	Wasserleitung	4.400		4.206	64
20	Badeanstalt	300		356	35
21	Feuerwehr	200		225	42
22	Festlichkeiten	400		308	86
23	Handwerker-Rechnungen	300		403	79
24	Bau- und Zimmermeister-Rechnungen	1.000		266	80
25	Kaufmann-Rechnungen	300		364	84
26	Wochenmarkt-Auslagen	500		53	
27	Durchlaufende Auslagen	2.000		4.832	42
28	Verschiedene Auslagen	760		3.427	41
29	Leichenbestattung	600		663	45
30	Darlehens-Ausgaben			195.060	82
31	Kriegsauslagen	2.100		6.634	54
32	Für Kartoffel			13.129	31
		80.200		306.873	57

Tabelle 4: Ausgabenseite des „Rechnungs-Abschluß der Stadtkasse Zwettl“ 1917.¹⁸⁵

Das Darlehen wurde beinahe zur Gänze für die Zeichnung der 5. Kriegsanleihe verwendet, in zwei Tranchen gab man dafür 190.000 Kronen aus.¹⁸⁶ Der Krieg machte es auch notwendig ein eigenes Kartoffelkonto für die Unterstützung von Armen einzurichten. 13.130 Kronen wurden aufgewendet, um im Winter 1917/1918 mehr als 62 Tonnen gewöhnliche Kartoffeln zu 20 Heller/kg und später noch einmal 1,5 Tonnen Frühkartoffeln zu 25 Heller/kg zu kaufen.¹⁸⁷ Im Jahr zuvor sind keine Ausgaben für Kartoffeln ausgewiesen, ein Indiz dafür, dass sich im vierten Kriegswinter auch in der landwirtschaftlich

¹⁸⁵ StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917, beigelegte Zusammenfassung.

¹⁸⁶ StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917, 58.

¹⁸⁷ StAZ, 7-74, Hauptbuch 1917, 66.

geprägten Region um Zwettl die Ernährungssituation massiv verschlechtert hatte.¹⁸⁸ Zusätzlich fällt auf, dass die Zuwendungen durch die Sparkasse gesunken waren. Ohne den im Voranschlag noch nicht eingetragenen Zuschuss von weiteren 10.000 Kronen wäre kein positiver Abschluss zu erreichen gewesen.

So war die Sparkasse Zwettl zu jedem Zeitpunkt ihres Bestehens ein wichtiges politisches Instrument. Durch ihre enge personelle Verknüpfung mit den Entscheidungsträgern der Stadt und durch ihre Organisationsstruktur war sie kein rein wirtschaftliches Institut. So waren auch Entscheidungen der Sparkasse eng an die Politik gebunden. Kreditvergaben erfolgten nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die Sparkasse musste auf die Willensbildung in der Gemeindevertretung Rücksicht nehmen und legte ihre Kreditvergaben dem Gremium vor, das sie zur „genehmigenden Kenntniß“ nahm.¹⁸⁹ Diese enge Verflechtung wurde jedoch schrittweise gelockert. 1893 wurde ein neues Statut beschlossen, dass die Verwaltung und Leitung ausschließlich einer fünfköpfigen Direktion übertrugen. Deren Vorsitzender war der jeweilige Bürgermeister der Stadt. 1906 gab es weitere Änderungen im Statut „um die Sparkasse von der Gemeinde freier zu gestalten“. Im Gegenzug wurde die Stadt 1895 ihrer Haftung für die Einlagen entbunden.¹⁹⁰

Die Sparkasse verschaffte der Stadt einen Handlungsspielraum, der ohne diese Einrichtung nicht existiert hätte. Kaum eine größere Entscheidung fiel, ohne dass das Geldinstitut in die Überlegungen eingebunden wurde. Auch die Armenunterstützung war durch den jährlichen Beitrag der Sparkasse von 600 Gulden leichter zu bewerkstelligen. Die Tatsache, dass in Zwettl von 1860 bis 1918 keine Gemeindefürsorge für die Abdeckung eventueller Fehlbeträge im Gemeindebudget eingehoben werden musste, war zum größten Teil Gewinnausschüttungen der Sparkasse zu verdanken.¹⁹¹ Mit diesem Modell stand Zwettl aber nicht allein da, 1906 gab es in Niederösterreich 80 Sparkassen.¹⁹²

¹⁸⁸ Zur Ernährungslage in Niederösterreich während des Ersten Weltkriegs vgl. Ernst LANGTHALER, Bruchige „Heimatfront“. Mobilisierung und Überleben im Hinterland im Ersten Weltkrieg. In: Oliver KÜHSCHLM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 475–505, hier 484 f. Langthaler rückt das lange weiter transportierte Bild von hungernder Stadt und sattem Land zurecht und verweist auf die durch regionale Gegebenheiten bedingten Unterschiede innerhalb des ländlichen Niederösterreichs.

¹⁸⁹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1016–1018.

¹⁹⁰ Vgl. Stadt Zwettl (Hrsg.), Jubiläumsschrift und Rechnungs-Abschluss der Sparkasse der I. f. Stadt Zwettl 1906 (Zwettl 1907) 9.

¹⁹¹ Vgl. BLEIDL, Zwettl 1848 bis 1918, 86.

¹⁹² Zum Beitrag der Sparkassen und ihrem Anteil an den Finanzen der Gemeinden siehe BUCHNER, Gemeinden, 255.

2. Infrastrukturpolitik

Eine funktionsfähige und den Bedürfnissen ihrer Nutzerinnen und Nutzer angepasste Infrastruktur ist auch und gerade ein politisches Betätigungsfeld. Nicht nur in Systemen, Strukturen und Prozessen bildet sich der politische Wille, das Selbstverständnis und das gemeinsame Bild von der Zukunft eines Gemeinwesens ab, es sind die materiell verfestigten Einrichtungen, die viel über die politischen Gegebenheiten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aussagen.

Ein besonders wichtiger Teil ist dabei die Anbindung an nahe und ferne Räume. Kein Wirtschaftssystem besteht für sich allein und der Austausch von Waren und Informationen ist für Menschen von größter Wichtigkeit. Ob und in welchem Ausmaß Zwettl in überregionale Güterströme und Handelsnetzwerke eingebunden war, ist für die jeweilige Zeit gesondert zu untersuchen. Jahrhundertlang hatte sich aber an der Technik der Fortbewegung nichts Drastisches geändert. Auch auf einer sehr gut ausgebauten Straße kam ein Pferde- oder Ochsenfuhrwerk nur langsam voran und der Zeitpunkt, an dem die Zugtiere den von ihnen transportierten Warenwert buchstäblich aufgefressen hatten, war gerade bei Massengütern schnell erreicht. Das 19. Jahrhundert brachte hier einen enormen Quantensprung. Mit der Eisenbahn war es nun möglich, Menschen und Güter in einer vorher noch nie erreichten Geschwindigkeit zu befördern. So ist es wenig verwunderlich, dass die Eisenbahn und alle sie umgebenden Belange von Beginn an stark mit Politik verknüpft war. Kaum ein Staat, Land oder eine Gemeinde wollte hier abseits stehen, um nicht den erhofften Fortschritt zu verpassen. Es gab aber auch Ablehnung, vor allem dann, wenn man althergebrachte Rechte verletzt sah oder um bestehende Geschäfte fürchtete.

Es war wohl das Gefühl von Ausgeschlossenheit, dass die Zwettler zum aktiven Handeln veranlasste. Die Franz-Josephs-Bahn war ab 1870 von Wien nach Gmünd durchgehend befahrbar und lief an Zwettl vorbei. Auch schon eine 1864 eingebrachte Eingabe¹⁹³ an die Direktion der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn bezüglich des Baus einer Eisenbahnstrecke von Stockerau nach Budweis hatte keinen Erfolg gebracht.¹⁹⁴ Zumindest erhielt 1871 die Station Schwarzenau die neue Bezeichnung „Schwarzenau—Zwettl“. Interessanterweise scheint die Initiative von der Gemeinde Schwarzenau ausgegangen zu sein.¹⁹⁵ Möglicherweise war dies der Dank der Gemeinde Schwarzenau dafür, dass die Stadt Zwettl sie unterstützt hatte, als sie mit der Gemeinde Vitis um Verlegung der Frachtaufnahmestation von Vitis nach Schwarzenau stritt. Der Stadt Zwettl war es eigentlich nicht wichtig, wo diese Station genau liegen

¹⁹³ StAZ, RP, 2_21, 1861–1871, 334 f.

¹⁹⁴ Vgl. Josef LEUTGEB, Die Zwettler Lokalbahn. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 440–445, hier 440.

¹⁹⁵ StAZ, Karton 73, Allgemeine Gemeindeakten 1871, Schreiben des Bürgermeisteramtes Schwarzenau wegen Namensänderung der Eisenbahnstation in Schwarzenau-Zwettl, 15.9.1871 /Reg.Nr. 538/1871) Beschlussfassung siehe StAZ, RP 2_22, 122.

sollte. Schwarzenau war aber schneller bei der Bitte um Unterstützung und so sprach man sich in Zwettl für diese Variante aus.¹⁹⁶

Hatte man seitens der Stadt davor vor allem auf Petitionen und einmalige Besuche gesetzt, wurde 1884 mit mehr Nachdruck vorgegangen. Eine eigenes „Eisenbahnbau Agitations Comite“ wurde gegründet, um den Bau einer Eisenbahn von Gmünd über Zwettl nach Krems voranzutreiben. Man glaubte in der schon bestehenden Franz-Josephs-Bahn den Grund für den schlechter werdenden Besuch der Zwettler Märkte erkannt zu haben und wollte „durch eine Eisenbahn mit der übrigen Welt in Verbindung gebracht werden“. 5.000 Gulden aus der Sparkasse sollten aufgewendet werden, um die nötigen Arbeiten (Vorerhebungen, Vermessungen, Pläne) zu finanzieren.¹⁹⁷

Aber nicht nur die Stadt Zwettl war auf dem Gebiet aktiv, verschiedene Personen und Institutionen wurden mit ihren Projekten bei der Gemeindevertretung vorstellig. So Josef Steinbach, ein Ingenieur aus Wien, im Mai 1887,¹⁹⁸ die Gemeinden Groß Siegharts und Allentsteig im Dezember 1889¹⁹⁹ und Carl Schellenberger aus Wien im Mai 1890.²⁰⁰ Bei allen Projekten sprachen die Verantwortlichen aus Zwettl zwar ihr Wohlwollen aus, weitere Unterstützungsmaßnahmen unterblieben aber. Nur einem Ingenieur Treu aus Wien hatte man im November 1889 2.000 Gulden vorgestreckt, um die Trassierung der Eisenbahn und des Bahnhofes Zwettl in der Nähe der Stadt auszuarbeiten. Im März 1890 legte Herr Treu Trassenpläne von Weitenegg bis Schwarzenau vor, verlangte aber weitere 2.000 Gulden und die Zusage, Gründe auf einer Länge von 80 Kilometern Strecke durch die Stadt einlösen zu lassen. Darauf wollte man in Zwettl aber nicht mehr eingehen. Weitere Nachrichten sind den Protokollen und Akten nicht zu entnehmen. Ob es sich um verwendbare Vorarbeiten für die später gebaute Strecke handelte oder ob man gar einem unseriösen Geschäftemacher aufgesessen war, lässt sich nicht feststellen. Zumindest scheint Ingenieur Treu recht überzeugend gewesen zu sein, immerhin bekam er das Geld, obwohl er keine staatlich Vorkonzession besaß. Über eine solche hatte zumindest der schon erwähnte Josef Steinbach verfügt.

Vielleicht unter diesem Eindruck und wohl hauptsächlich, weil sich das Thema jetzt schon fast 25 Jahre ergebnislos hinzog, steigerte die Gemeindevertretung ab 1892 ihre Aktivitäten. Ein Eisenbahnkomitee wurde eingesetzt, dieses sprach beim Handelsminister und beim Generalstabschef in Wien vor und schon im August 1892 bekam man die Vorkonzession für die Strecke Melk–Zwettl–Iglau ausgestellt. Später wurde der Ausgangspunkt auf Amstetten abgeändert. Für die Strecke Zwettl–Schwarzenau

¹⁹⁶ StAZ, RP, 2_21, 1861–1871, 750 und 774 f.

¹⁹⁷ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 452 f.

¹⁹⁸ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 711 f.

¹⁹⁹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1014–1017.

²⁰⁰ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1069–1071 und 1171–1175.

wurden Stammaktien im Wert von 1.400.000 Gulden ausgegeben. Der größte Teil wurde von der Sparkasse gekauft, der Staat half mit einer Zinsgarantie und das Land Niederösterreich mit 80.000 Gulden. Am 22. Oktober 1894 erteilte der Kaiser der Stadt die endgültige Konzession zum Bau der Teilstrecke. Der Spatenstich erfolgte am 11. Mai 1895, leicht verzögert durch anonyme Eingaben mehrerer Zwettler Bürger. Scheinbar sahen nicht alle den erhofften Vorteil für die Stadt auch für sich persönlich. Nach kurzer Bauzeit konnte am 4. Juli 1896 die Strecke eröffnet werden.²⁰¹

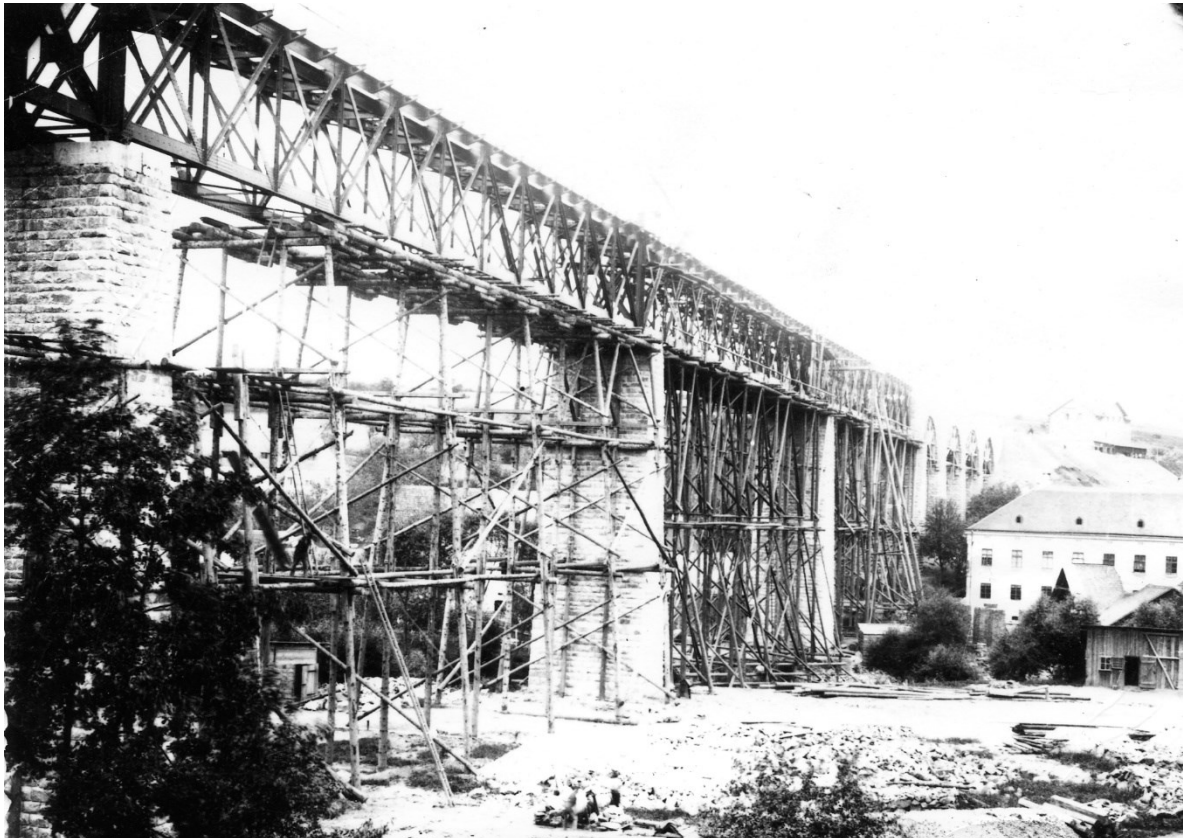


Abbildung 3: Bau der Eisenbahnbrücke über den Kamp (Quelle: Stadtarchiv Zwettl).

Sofort danach wurden die Vorarbeiten für die Verlängerung zur Donau fortgesetzt. Nicht nur galt es die weitere Strecke zu planen und die finanziellen Mittel bereitzustellen, auch andere Bahnprojekte bedrohten die Rentabilität der eigenen Strecke.²⁰² Der Beschluss, die Vorkonzession zu erwerben, fiel im Juli 1899, die man im August des Jahres auch erhielt.²⁰³ Gut ein Jahr später gelangte man aber zu der Einsicht, vorerst die Strecke Zwettl–Martinsberg in Angriff zu nehmen.²⁰⁴ Die Kosten der Bahn bis Martinsberg wurden 1900 in einem Referat des Gemeinderates Franz Beydi, gleichzeitig Obmann des

²⁰¹ LEUTGEB, *Zwettler Lokalbahn*, 441–443.

²⁰² So zum Beispiel Projekte bei Groß Gerungs, Gföhl und Ottenschlag, siehe StAZ, RP, 2_31, 1893–1898, 165.

²⁰³ StAZ, RP, 2_33, 1898–1903, 72 und 86.

²⁰⁴ StAZ, RP, 2_33, 1898–1903, 118a und b.

Eisenbahnausschusses, mit 4,14 Millionen Kronen angegeben, die der Gesamtstrecke nach Weins²⁰⁵ mit 11,24 Millionen Kronen.²⁰⁶ Die Genehmigung zum Bau der Teilstrecke Zwettl—Martinsberg wurde dann am 15. Juli 1903 erteilt. Am 14. Oktober 1906 wurde schließlich dieser Abschnitt eröffnet.²⁰⁷

Beinahe noch wichtiger als die Verkehrsanbindung einer Siedlung war ihre Wasserversorgung. Zwettl liegt am Zusammenfluss der Flüsse Zwettl und Kamp. Die Versorgung der Stadt mit Wasser war trotzdem nicht einfach, da ihre Lage auf einem Felssporn den Brunnenbau erschwerte. Auf jedem der drei großen Plätze gab es Brunnen, außerdem sind mehrere öffentliche Schöpfbrunnen belegt. Dazu gab es noch private Hausbrunnen. Als älteste Wasserleitung in Zwettl gilt die Propsteiwasserleitung, als zweit-älteste die Brühlwasserleitung. Diese sammelte das Wasser von zwölf Quellen im Brühlfelde und führte es in die Stadt. Bis 1870 geschah dies in hölzernen Rohren, danach wurden eiserne angeschafft. Die Brühlwasserleitung hatte zwei Entnahmestellen, je eine auf dem Hauptplatz und auf dem Dreifaltigkeitsplatz.²⁰⁸ Sie konnte den Bedarf an Wasser aber nicht abdecken und der Brand beim Weitraer Tor 1882 und die Typhusepidemie von 1883²⁰⁹ machten deutlich, dass hier Handlungsbedarf bestand. In der Zeit bis zum Baubeginn war das Thema oft auf der Tagesordnung der Sitzungen der Gemeinderepräsentanz. Es wurden Pläne erstellt, Kostenvoranschläge eingeholt, die Wasserleitung in Horn besichtigt, sie wurde von den Zwettlern als „für unsere Verhältnisse nicht paßend gefunden“,²¹⁰ und beim „Wasser Departement der Stadtgemeinde Wien“ wurde wegen technischer Details angefragt.²¹¹ Außerdem mussten Grundstücke angekauft werden. All das ging den Zwettler Bürgern aber zu langsam. Im Jahr 1889 überreichten 374 Hausbesitzern und Bewohner der Stadt eine Petition, um den Start des Baus der Wasserleitung zu verlangen. Etwas verschnupft erklärten die Stadtoberen, dass sie der Sache die vollste Aufmerksamkeit zuteilwerden ließen und erklärten die Verzögerungen mit geänderten Plänen und neuen Genehmigungsverfahren bei der Bezirkshauptmannschaft.²¹²

²⁰⁵ Weins ist heute eine Katastralgemeinde der Gemeinde Hofamt Priel. Die Strecke wäre also durch das Yspertal verlaufen.

²⁰⁶ StAZ, RP, 2_33, 1898–1903, 166a–f.

²⁰⁷ LEUTGEB, Zwettler Lokalbahn, 443 f.

²⁰⁸ Zur Wasserversorgung vor dem 19. Jahrhundert siehe Kurt HARRAUER, Die Trinkwasserversorgung. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 93–99, hier 93 f. Zur Brühlwasserleitung im besonderen Edith KAPPELLER, Die Zwettler Brühlwasserleitung 1654 bis 1891/92. In: Martin SCHEUTZ, Herwig WEIGL (Hrsg.), Verwaltetes Wasser im Österreich des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit = Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich 37 (St. Pölten 2016) 49–78.

²⁰⁹ Den Grund für den Krankheitsausbruch vermutete man in der schlechten Kanalisierung und dadurch verseuchtes Trinkwasser, vgl. StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 254 f.

²¹⁰ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 694.

²¹¹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 668.

²¹² StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 933–935.



Abbildung 4: Bau der Wasserleitung 1891 (Quelle: Stadtarchiv Zwettl).

Im Jahr 1891 wurde mit dem Bau der neuen Wasserleitung begonnen. Das Wasser des Sierningbach wurde gestaut, über einen Sickergraben und einen Sammelbrunnen in drei Filterkammern und schließlich in zwei Reservoirs geleitet. Über Rohrleitungen gelangte es dann in die Stadt. Neben den Brunnen auf dem Hauptplatz, dem Dreifaltigkeitsplatz und dem Neuen Markt gab es im Jahr 1906 noch 26 öffentliche Brunnen und 22 Feuerwehrhydranten, Hausanschlüsse gab es 1896 nur 67. Der Kostenaufwand dieser nach Kaiser Franz Josef benannten Wasserleitung betrug rund 160.000 Gulden.²¹³ 1908 erbaute man eine Quellwasserleitung. Aus 19 neu gefassten Quellen im oberen Viehgraben leitete man das Wasser zu den Reservoirs der Kaiser-Franz-Joseph-Wasserleitung und von dort weiter durch die schon bestehenden Rohre. Diese Erweiterung schlug sich mit 70.000 Kronen zu Buche.²¹⁴

Neben die Wasserleitungen trat eine Vielzahl von kleinen und größeren Investitionsvorhaben, um die Infrastruktur der Stadt zu erhalten und zu verbessern. Die Straßen, Gehsteige, Brücken, Beleuchtung,

²¹³ Die Schlussrechnung betrug 128.957 Gulden 95 Kreuzer, die Stadt verminderte den Betrag auf 107.348 Gulden 89 Kreuzer, vgl. KAPELLER, Brühlwasserleitung, 76. Die bei HARRAUER, Trinkwasserversorgung, 94 angesetzten 160.000 Gulden beinhalten wohl auch die Grundablösungen.

²¹⁴ Ebd., 94–96.

Kanalisation, ein E-Werk (1898, das erste Dreiphasen-Wechselstromwerk der Monarchie)²¹⁵ und eine Telegrafestation²¹⁶ mussten errichtet und unterhalten werden. So gut wie immer griff man dabei auf die Bildung von Kommissionen und Komitees zurück, so gab es zum Beispiel auch ein „Pflasterungskomitee“. ²¹⁷ Je nach Aufgabengebiet hatten diese Gruppen, gebildet aus den Gemeinderäten und -ausschüssen, mehr oder weniger lange Bestand, manchmal ging es auch nur um die Beantwortung einer einzelnen Anfrage. Als der schon erwähnte Carl Schellenberger sechs Fragen an die Stadt betreffend der von ihm geplanten Bahnstrecke stellte, ging es vor allem um Frachtaufkommen und die Beteiligung der Stadt an den Errichtungskosten. Zur Beantwortung bildete man eigens ein sechsköpfiges Komitee. ²¹⁸ Diese Vorgehensweise ist wenig verwunderlich, hatte doch die Stadt zwar Kanzleipersonal, jedoch keine Referenten mit Spezialwissen zu einzelnen Verwaltungsgebieten. Außerdem war so eine gewisse Demokratisierung der Verwaltungsabläufe gegeben, zumindest ein kleiner Teil der Betroffenen war an dem Verwaltungsprozess direkt beteiligt oder kannte die Seite des Bürgers aus eigener Lebenserfahrung. Fraglich ist, ob die Zusammensetzung der Komitees immer eine hinreichende sachliche Kompetenz oder auch eine hinreichende Unabhängigkeit von Einzelinteressen garantieren konnte.

Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass die Stadt bei Fragen der Infrastruktur mehr reagierte als agierte, zumindest teilweise von den übergeordneten Behörden gedrängt. So wurde erst im Jahr 1893 der Austausch der hölzernen Brücke über den Kamp gegen eine aus Eisen begonnen. Im September hatte der Gemeinderat Franz Beydi, der spätere Bürgermeister, den Antrag auf Errichtung einer neuen Brücke gestellt, der Antrag wurde auch angenommen. Im November sah sich die Bezirkshauptmannschaft Zwettl trotzdem veranlasst, den Bürgermeister Franz Forstreiter per Erlass mit scharfen Worten daran zu erinnern, dass er sich persönlich strafbar macht, wenn durch die desolate Brücke Menschen zu Schaden kommen sollten. Bei derselben Gelegenheit bemängelte die Bezirkshauptmannschaft auch per Dekret den verwahrlosten Zustand der Pflasterung der Durchzugsstraßen und forderte die Behebung dieses Missstandes. ²¹⁹

Während die Stadt bei Versorgungs- und Entsorgungsnetzen sowie bei Verkehrsbauten oft zurückhaltend agierte, gab es aber auch Bereiche, in denen sie die Modernisierung initiativ vorantrieb. Zwar konnte eine Gemeinde auch ohne Park, Bad, Eislaufplatz oder Museum auskommen, trotzdem wurden

²¹⁵ Siehe Josef LEUTGEB, Die ZEG — das erste Wechselstromwerk Österreich-Ungarns. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 379–386, hier 380.

²¹⁶ Die Errichtung übernahm das an das Handelsministerium angeschlossene k. k. Telegrafensinspektorat. Die Stadt hatte die erforderlichen Räumlichkeiten, eine Dienstwohnung für den Stationsbediensteten und Brennholz für Kanzlei und Wohnung zur Verfügung zu stellen, siehe StAZ, RP, 2_21, 1861–1871, 638 f.

²¹⁷ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1404.

²¹⁸ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1143 f.

²¹⁹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1411 und 1433–1435.

diese Einrichtungen auch in Zwettl geschaffen – wohl weil sie als ‚Luxus‘ abseits des Notwendigen hohen Symbolwert als Ausweis städtischer Modernität hatten.²²⁰

Die Stadtgemeinde trat beim Ausbau der Infrastruktur nicht als ein isolierter Akteur auf. Vielmehr mischten sich auf diesem Gebiet private Initiativen, unternehmerisches Handeln und obrigkeitliches Verwalten. Beispielhaft für private Initiativen seien hier der Verschönerungsverein und das Komitee für die elektrische Beleuchtung genannt. Freilich gab es stets mehr oder weniger starke personelle Überschneidungen mit der Gemeinderepräsentanz.²²¹ Aufgaben aus der Verwaltung auszulagern war zu dieser Zeit nicht ungewöhnlich. Die kleineren Städte der Monarchie verfolgten dabei eine Mehrfachstrategie. Einerseits überließen sie kostenintensive oder unsichere Investitionen häufig Privaten, Vereinen oder Unternehmen. Auf der anderen Seite versuchten sie Abhängigkeiten, die durch diese Vorgangsweise entstanden waren, abzuschütteln, indem sie privat geführte Einrichtungen kommunalisierten. Als dritte Möglichkeit blieb noch der Weg zu den übergeordneten Gebietskörperschaften von Land und Staat.²²² In Zwettl lassen sich Beispiele für alle drei Varianten finden, ein markantes Übergewicht einer dieser Strategien ist aber nicht auszumachen. Am schwächsten ausgeprägt war sicher die Kommunalisierung, komplette Übernahmen gab es nicht. Wo es sich finanziell auszahlte, beim Verkauf von Ziegeln, Steinen und Holz, blieb die Stadt auch gerne selbst unternehmerisch tätig.

Der Infrastrukturausbau bestimmte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts städtische Politik, daher auch in Zwettl. Zwar erforderte der technologische Fortschritt und der Ausbau der Verwaltung einen immer größeren Ressourceneinsatz, so machte im Jahr 1870 der Posten „Stadt-pflasterung und Canalisierung“ mit 5.181 Gulden mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben von 14.207 Gulden aus.²²³ Darin glich die Situation in Zwettl jener andernorts. Im Gegensatz zu den meisten übrigen Städten in Niederösterreich traten die Mehrbelastungen aber nicht gleichzeitig mit einem starken Bevölkerungswachstum auf.

3. Sozialpolitik

Ein weiteres Hauptfeld kommunaler Tätigkeit bildete die Armenfürsorge. Mit der Haarstube, dem Siechenhaus und dem Bürgerspital betrieb die Stadt drei Einrichtungen, die sich um verarmte und kranke Menschen kümmerten. Teilweise existierten diese Häuser seit dem Mittelalter, wenngleich sich ihr

²²⁰ Zum Verhältnis von Modernisierung und Kleinstädten in der Habsburgermonarchie siehe HEISS, STEKL, URBANITSCH, Zusammenfassung 482–494.

²²¹ Zu den Wechselwirkungen von Vereinswesen und Stadt vgl. Peter HINTERNDORFER, Wohltätigkeit, Selbsthilfe und organisierte Geselligkeit. Entwicklung, Funktion und Differenzierung des Vereinswesens. In: Oliver KÜHSCHELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 347–376, hier 371–375.

²²² Vgl. HEISS, STEKL, URBANITSCH, Zusammenfassung, 492.

²²³ StAZ, HS, 7_27, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1870.

Aufgabenprofil gewandelt hatte. Mit ihnen war die Fürsorge seit langer Zeit institutionalisiert, zu Stein und Bauwerk geworden und in Regeln gegossen. Neben eine lange Tradition bestehender Einrichtungen und überkommener Vorgehensweisen traten im 19. Jahrhundert aber auch Veränderungen, vor allem bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Soziale Leistungen waren und sind so gut wie immer mit Inklusions- und Exklusionsmechanismen verbunden.²²⁴ Folgenreich war in dieser Hinsicht das sogenannte Heimatrecht, das bereits eine lange Geschichte hatte. Es war auf dem Reichstag von Lindau 1497 und in der Policeyordnung von 1552 erstmals formuliert worden und erfuhr durch die Neufassung von 1863 eine strengere Auslegung. Erwerben konnten Mann oder Frau das Heimatrecht durch Geburt, Verehelichung (die Frau erlangte das ihres Ehemanns), Aufnahme in den Heimatverband und durch die Erlangung eines öffentlichen Amtes.²²⁵ Auf eine stark zunehmende Mobilität der Bevölkerung nahm das Heimatrecht in der Fassung der 1860er Jahre keine Rücksicht. Erst eine Gesetzesänderung im Jahre 1896²²⁶ ermöglichte es, das Heimatrecht durch einen zehnjährigen Aufenthalt in einer Gemeinde zu ersitzen. Der Beginn des Fristenlaufs wurde auf den 1. Jänner 1891 gelegt, die ersten Aufnahmen konnten also ab 1901 erfolgen. Eng verzahnt mit dem Heimatrecht war das Schubsystem, die Rückführung der Armen und Mittellosen in die für sie zuständigen Gemeinden.²²⁷ Unter diesen Grundbedingungen und aufbauend auf die teilweise jahrhundertealten Einrichtungen und Gepflogenheiten vollzog die Stadt die Fürsorge für Arme, Kranke und Alte.

3.1. Das Bürgerspital

Besonders das Bürgerspital erfüllt eine wichtige Aufgabe. Es diente der Versorgung der alten und erwerbslosen Zwettlerinnen und Zwettler.²²⁸ Diese konnten um Aufnahme in das Spital ansuchen und wurden zu sogenannten Pfründnern. Bitten um Aufnahme waren an die Stadtverwaltung zu richten und sind zahlreich dokumentiert. Nicht immer konnte dem Wunsch entsprochen werden. So wurde am 27. März 1827 der Buchbinderwitwe Anna Hayl zwar eine „Armen Portion“ von täglich drei Kreuzern bewilligt (dies entsprach einem Viertel der normalen Höhe), wegen des Platzes im Spital musste

²²⁴ Martin SCHEUTZ, Armut und institutionelle Armenfürsorge. Vom Elend der Zuständigkeit. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 809–834, hier 810.

²²⁵ RGBl. Nr. 105/1863, Gesetz vom 3. December 1863, betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, 368–376, hier 369.

²²⁶ RGBl. Nr. 222/1896, Gesetz vom 5. December 1896, wodurch einige Bestimmungen des Gesetzes vom 3. December 1863 (R. G. Bl. Nr. 105), betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, abgeändert werden, 743 f.

²²⁷ Vgl. SCHEUTZ, Armut, 813 f.

²²⁸ Alter war dabei nicht so sehr eine Frage des Geburtsjahrgangs, wichtiger war der Grad der Arbeitsfähigkeit. Viele Unterstützungsansuchen verwiesen auf eine nachlassende oder nicht mehr gegebene Arbeits- und damit Selbsterhaltungskraft. Eine etwaige Begründung durch Krankheit oder Alter stellte erst die zweite Ebene dar, vgl. auch Sabine VEITS-FALK, Armut an der Wende zum Industriezeitalter. In: Ernst BRUCKMÜLLER (Hrsg.), Armut und Reichtum in der Geschichte Österreichs (Wien 2012) 89–112, hier 91.

sie aber bis zur „Erledigung“ eines solchen getröstet werden.²²⁹ Wer im Spital Aufnahme gefunden hatte, wurde mit dem Nötigsten versorgt. Im Gegenzug hatte die Pründnerin oder der Pfründner sich den Regeln des Zusammenlebens im Spital zu unterwerfen und seinen etwaigen Besitz abzuliefern.

Für Zwettl ist die Ordnung des Bürgerspitals erhalten.²³⁰ Sie enthält in neun Punkten die Verhaltensregeln für die Pfründnerinnen und Pfründer. Gleich der erste Punkt legte fest, dass sie sich um sechs Uhr früh, zu Mittag um zwölf und abends wieder um sechs zum gemeinsamen Gebet im großen Zimmer zu versammeln hatten. Die Punkte zwei, drei und vier regelten den sparsamen Umgang mit dem Brennholz. Der Kessel zum Wäschewaschen durfte demnach nur einmal pro Woche und gemeinschaftlich erhitzt werden. Allein das Gemeinschaftszimmer wurde tagsüber beheizt, die einzelnen Zimmer durften bloß einmal, nämlich morgens, beheizt werden. Kochen war auch nur am Vormittag von neun bis zwölf Uhr und für eine Stunde am Abend erlaubt. Der fünfte Punkt ermahnte zu Ordnung, Reinlichkeit, Nüchternheit und gegenseitiger Verträglichkeit. Punkt sechs enthielt das nächtliche Ausgehverbot. Punkt sieben sah vor, dass der Spitalsverwalter jeweils einen Stubenvater und eine Stubenmutter bestimmte, die an der Durchsetzung der Verhaltensregeln mitzuwirken hatten. Die Punkte acht und neun regelten den Ablauf bei Nichteinhaltung der Spitalsordnung. Zuerst wurde man vom Bürgerspitalsverwalter nachdrücklich ermahnt, im Wiederholungsfall beim Magistrat angezeigt. Dieser sollte bei der ersten Anzeige die Pfründnerportion verringern, beim zweiten Mal die widerspenstige Person aus dem Spital entfernen lassen. Zu diesen Mitteln dürfte aber ab dem 19. Jahrhundert nicht mehr gegriffen worden sein, in den Quellen des Stadtarchivs ist kein solcher Vorgang zu finden.²³¹ Aus eigenem Antrieb konnte man das Spital durchaus verlassen. Dabei verlor man allerdings das Anrecht auf die Spitalsgabe. 1807 wollte die Pfründnerin Eva Haberecker lieber zu ihrer Tochter nach Stockerau übersiedeln, als weiter im Spital zu bleiben. Ihre Pfründnerportion wurde dann auf zwei andere Frauen aufgeteilt,²³² ein sicheres Zeichen dafür, dass die beiden zuvor nicht die volle Höhe erhalten hatten.

Der Kauf von Spitalspfründen für einen späteren Zeitpunkt, zum Beispiel zur Versorgung im Alter oder für geistig oder körperlich behinderte Kinder, ist für das 19. Jahrhundert in Zwettl nicht nachweisbar.²³³ Das Spital diente außerdem nur der Versorgung der verarmten Bürgerinnen und Bürger. Auskunft darüber gibt exemplarisch der Fall des Kanzlisten Joseph Hackenberger. Nach 22 Jahren und zehn Monaten Dienst war sein fortgeschrittenes Alter 1828 zur Last und er für weitere Dienste untauglich

²²⁹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 600.

²³⁰ Edition Nr. 143 in Martin SCHEUTZ, Alfred Stefan WEIß, Spital als Lebensform. Österreichische Spitalsordnungen und Spitalsinstruktionen der Neuzeit = Quelleneditionen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 15/2 (Wien 2015) 931 f.

²³¹ Für die Jahrhunderte davor sind solche Fälle sehr wohl verbürgt, vgl. Wilfried GRAMM, Bürgerspitäler in der Frühen Neuzeit. Das Fallbeispiel Zwettl (Dipl. Wien 2006) 122–124.

²³² StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 159.

²³³ Im Spitalswesen war das sonst durchaus üblich, vgl. GRAMM, Bürgerspitäler, 28–30.

geworden. Aus diesem Grunde wollte ihm der Magistrat eine Stelle im Spital zukommen lassen und hatte deswegen beim Kreisamt in Krems nachgefragt. Das Kreisamt stellte aber fest, dass das Spital nur verarmte Bürger aufnehmen dürfe; für „andere“ stand die Einrichtung nicht offen. Da Joseph Hackenberger kein Bürgerrecht in Zwettl besaß, blieb dem Magistrat nur übrig, ihn mit einer jährlichen Pension von 50 Gulden aus dem Kammeramt zu bedenken.²³⁴ An dem Fall sieht man, dass die Stadtoberen auch hier nicht selbst entscheiden durften. Hackenberger kam nicht ganz drei Jahre in den Genuss dieser Pension. Er verstarb am 8. Februar 1831 im Alter von 75 Jahren.²³⁵

Auch die Beamtentochter Theresia Zistler, Tochter des verstorbenen Syndikus Johann Nepomuk Zistler,²³⁶ konnte trotz ihrer angeschlagenen Gesundheit statutengemäß nicht in das Bürgerspital aufgenommen werden. Aus Zwettl gebürtig hatte sie aber prinzipiellen Anspruch auf Hilfe. Eine Unterstützung durch das Armeninstitut kam ebenfalls nicht in Frage, der Fonds hatte schlicht keine Mittel zur Verfügung. So wurde sie mit einer jährlichen Gnadengabe aus dem Kammeramt bedacht, statt der erbetenen 40 bekam sie aber nur 20 Gulden jährlich. Doch sogar in dieser Sache musste die Stadt beim Kreisamt in Krems um Zustimmung nachfragen.²³⁷ Nicht nur Statuten und Vorschriften engten den Handlungsspielraum ein, Budgethoheit besaß man in Sozialfragen also auch nicht. Außerdem mussten die Abrechnungen der entsprechenden Kassen dem Kreisamt vorgelegt werden.²³⁸ Dieses prüfte die Gebärung und beanstandete sie durchaus auch. Dann mussten die einzelnen Posten erläutert und vom Kreisamt wieder für in Ordnung befunden werden.²³⁹ Die seit der Mitte des 17. Jahrhunderts feststellbare Intensivierung der staatlichen Aufsicht²⁴⁰ war also auch für die Zuständigen in Zwettl zum mühevollen Verwaltungsalltag geworden.

Finanziert wurde das Bürgerspital durch den Spitalfonds. Aber auch die Stadtgemeinde brachte sich finanziell ein: im Jahr 1866 bei der Vergrößerung und Renovierung des Spitalgebäudes und durch Zahlungen an den Spitalfonds, die sich von 1873 bis 1896 auf insgesamt 40.000 Gulden summierten. Auch die Sparkasse spendete immer wieder größere Geldbeträge, so zu Regierungsjubiläen des Kaisers und zu ihrem 30- und 40jährigen Bestehen. Das Bürgerspital besaß 1906 vier Häuser, Äcker, Wald, Wiesen und Gärten und die nicht unbeträchtliche Summe von 107.622 Kronen an Kapital.²⁴¹ Ein durch die

²³⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 722–724.

²³⁵ Womit er bis ins Alter von 72 Jahren in der Kanzlei Dienst tat. Sterbedaten aus DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/06 (1830–1851), fol. 9.

²³⁶ Seine Dienstzeit begann 1773, vgl. StAZ, RP, 2_16, 1773–1780. Dort wird er bis auf wenige Ausnahmen als Stadtschreiber bezeichnet.

²³⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 873–875.

²³⁸ Vgl. zum Beispiel StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 493.

²³⁹ Vgl. StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 456.

²⁴⁰ Vgl. GRAMM, Bürgerspitäler, 56 f.

²⁴¹ Ehrenfried TEUFL, Das Bürgerspital. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 476–496, hier 486–489.

Gemeinderepräsentanz bestimmtes Prüfungskomitee kontrollierte die „Bürgerspital Rechnung“ und wurde die ordnungsgemäße Gebarung im Sitzungsprotokoll der Gemeindevertretung vermerkt.²⁴²

Die Finanzierung war aber zu keinem Zeitpunkt eine leichte Aufgabe. So klagte der Spitalsverwalter Joseph Schusterl 1828 über die zu geringen Einkünfte des Spitals. Er suchte daher beim Magistrat um Erlaubnis an, die Zuwendungen an die Pfründnerinnen und Pfründer zu vermindern.²⁴³ Über diese Causa entbrannte ein heftiger Streit zwischen dem Syndikus und dem Spitalsverwalter. Das Protokoll bricht an diesem Tag ohne Beschluss ab. In der nächsten Ratssitzung berichtete der Syndikus von Beleidigung und Vorwürfen gegen seine Person und setzte durch, dass Joseph Schusterl in der nächsten Sitzung öffentliche Abbitte leisten müsse oder im Weigerungsfall aus seinem Amt entfernt werden sollte. Der Streit scheint dann jedoch auf andere Weise beigelegt worden zu sein, im Protokoll taucht weder die Abbitte noch die Verminderung der Pfründe wieder auf.²⁴⁴ Während in diesem Fall eine Leistungsminderung zur Angleichung des Finanzbedarfs an die verfügbaren Einnahmen zur Diskussion stand, wies 1873 eine Entscheidung in die gegenteilige Richtung. Um die Teuerung auszugleichen, sollten die Spitalsgaben von sechs, neun und zwölf Kreuzer auf neun, zwölf und 15 Kreuzer erhöht werden. Diese Aufstockung wollte Bürgermeister Georg Dallier durch die Entnahme von 10.000 Gulden aus dem Reservefonds der städtischen Sparkassa bedecken. Sein Antrag im Gemeindevorstand wurde einstimmig angenommen. Dem Antrag ist außerdem zu entnehmen, dass zu diesem Zeitpunkt „67 verarmte erwerbsunfähige Mitbürger und Mitbürgerinnen“ im Bürgerspital versorgt wurden. Das Vermögen des Spitalsfonds bestand damals aus geschätzten 24.876 Gulden und 20 Kreuzern.²⁴⁵

Obwohl ab 1895 die Zuständigkeit der Gemeinden für die Armenfürsorge entfiel und Bezirksarmenräte eingerichtet wurden,²⁴⁶ blieb das Bürgerspital ein wichtiger Teil der Sozialpolitik der Stadt Zwettl. Auch im 20. Jahrhundert sind noch Bitten um Erhöhungen der Bürgerspitalgaben von bedürftigen Einwohnerinnen und Einwohnern in den Sitzungsprotokollen des Gemeindevorstandes enthalten.²⁴⁷

3.2. Siechenhaus und Haarstube

Neben dem nur für Bürgerinnen und Bürger zugänglichen Spital gab es in Zwettl noch zwei weitere Einrichtungen, das Siechenhaus und die Haarstube. Während das Siechenhaus zur Aufnahme von Kranken und nicht mehr erwerbsfähigen Personen diente, war die Haarstube ein Armenhaus im klassischen Sinn. Der Name leitet sich von der gleichzeitigen Verwendung zur Flachsverarbeitung ab. Die

²⁴² Für 1893 siehe StAZ, RP, 2_31, 1893–1898, 52.

²⁴³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 714.

²⁴⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 716–721.

²⁴⁵ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 373–377.

²⁴⁶ Vgl. TEUFL, Bürgerspital, 488.

²⁴⁷ StAZ, RP, 2_35, 1903–1908, 106 f.

Flachsstängel mussten im Zuge ihrer Verarbeitung gedörrt werden. Wegen der großen Brandgefahr errichtete man außerhalb der Ortschaften Haarstuben, in denen das geschehen konnte. Da diese Gebäude ohnedies beheizt waren, boten sie sich auch als Quartier für Arme an.

Seit der Aufklärung wurde Armut zunehmend nicht mehr als gottgegebenes Schicksal angesehen, sondern als oft selbstverschuldetes Übel. Das Feindbild schlechthin war der betrügerische Bettler, der sich trotz Arbeitsfähigkeit lieber von den Almosen seiner Mitbürger ernährte. Außerdem wurde Arbeit als pädagogisch wertvolles Instrument gesehen, einer der Gründe, warum auch Kinderarbeit akzeptabel schien. Es war dies auch die Zeit der Arbeitshäuser und Besserungsanstalten.²⁴⁸

Zwischen den Einrichtungen in Zwettl bestand eine klare Rangfolge mit dem Spital an der Spitze, gefolgt von Siechenhaus und Haarstube. Ersichtlich wird das zum Beispiel daran, dass der „Siechenhauspfründner Krikl wegen Trunkenheit und ungeziemenden Benehmen“ 1871 zur Strafe in die Haarstube versetzt werden sollte.²⁴⁹ Ein Wechsel aus dem Siechenhaus in das Bürgerspital war hingegen ein Aufstieg und daher begehrt.

Das Siechenhaus kann auch als Vorgänger des öffentlichen Krankenhauses angesehen werden. Gleichzeitig wiesen die anderen Einrichtungen in Zwettl ebenfalls Krankenbetten auf. Eine Anfrage des Kreisamts wurde im Dezember 1823 dahingehend beantwortet, dass man im Notfall im Bürgerspital 16, im Siechenhaus vier und in der Haarstube sechs Kranke unterbringen könne.²⁵⁰ Bei der Finanzierung der Behandlung von Kranken spielten bis weit ins 19. Jahrhundert Krankenbruderschaften und „Institute“ eine Rolle, nach Berufsständen organisiert. In Zwettl bestand eines für Handwerksgesellen, eines für Knechte und eines für erkrankte weibliche Dienstboten. Im Laufe der Zeit wurden diese mit der Krankenbruderschaft vereinigt. Sie funktionierten ähnlich wie die heutigen Sozialversicherungen. Mann oder Frau musste einen periodischen Beitrag leisten und hatte dann im Anlassfall ein Recht auf Versorgung.

Das Siechenhaus war 1833 erweitert, 1856 aufgestockt und 1868/69 durch einen Anbau vergrößert worden. Schon von 1856 datiert die erste Initiative, es in ein öffentliches Krankenhaus umzuwandeln. Sie ging von Bürgermeister Franz Haunsteiner aus, führte aber zu keinem positiven Ergebnis. Man konnte sich mit dem Bezirksamt nicht über die Mittelaufbringung einigen. Im Oktober 1868 wurde ein neuerlicher Antrag gestellt. Es dauerte zwar bis 1873, bis alles unter Dach und Fach war, die Errichtung des Krankenhauses gelang diesmal aber. Zu Beginn hatte man 15 Betten zur Verfügung. Da dies bald

²⁴⁸ Gerhard AMMERER, Zucht und Arbeitshäuser, Freiheitsstrafen und Gefängnisdiskurs in Österreich. In: Gerhard AMMERER, Alfred Stefan WEIß (Hrsg.), Strafe, Disziplin und Besserung. Österreichisch Zucht- und Arbeitshäuser von 1750 bis 1850 (Frankfurt am Main 2006).

²⁴⁹ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 138.

²⁵⁰ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 550.

nicht mehr ausreichte, wurde 1894 am Galgenberg ein eigenes Epidemiespital errichtet. 1899 wurde die Kapazität auf 24 Betten erhöht, eine eigene Küche und ein Operationssaal wurden errichtet. Mit der Krankenpflege waren „Wärterinnen“ betraut, ab 1895 übernahmen das die barmherzigen Schwestern vom Heiligen Kreuz.²⁵¹

Wie die Verwaltung des Spitals arbeitete und die nötigen Mittel aufbrachte, verrät ein Blick in die Akten. Im Jahr 1910 führte man Auflistungen, wie viele Kranke aus welchem Kronland behandelt wurden. Die dafür angefallenen Kosten wurden den jeweiligen Landesausschüssen mitgeteilt und um Bezahlung gebeten. Wie die Aufstellungen verraten, reichten die Behandlungszeiträume teilweise bis ins Jahr 1904 zurück. Die Bezahlung wurde daher zum Beispiel von Mähren und der Steiermark wegen Verjährung abgelehnt. Was der Grund für diese Nachverrechnung war und wie die Sache schließlich geregelt wurde, erschließt sich aus den Quellen leider nicht.²⁵²

3.3. Offene Fürsorgesysteme

Die in vielen ländlichen Gemeinden betriebenen Praktiken des Reihumspeisen und das Einlegerwesen²⁵³ sind für Zwettl nicht nachgewiesen. Auch auf andere Neuerungen oder Experimente wie Armeninstitute oder -anstalten, Suppenküchen oder von der Mittelschicht getragene Sozialhilfeinitiativen²⁵⁴ griff man in Zwettl nicht zurück. Im Gegensatz zum flachen Land hatte man in Zwettl seit langer Zeit fest verankerte Fürsorgeeinrichtungen. Zwei Umstände kamen der Stadt hier zugute. Sie hatte mehrere Jahrhunderte Erfahrungen damit, die mit der Armenversorgung einhergehenden Aufgaben zu bewältigen. Zudem vermehrte sich in Zwettl die Bevölkerungszahl und damit die der Armen nicht wesentlich.

Niedrigschwelligere Möglichkeiten als der Einzug in eines der Versorgungshäuser boten sich aber sehr wohl. Die Ratsprotokolle sind voll mit Ansuchen um finanzielle Unterstützungen. Oft ging es um Zuschüsse zu den Wohn- oder Heizkosten. Ob der angespannten finanziellen Lage wurden sie nicht immer gewährt. Manchmal wurde den Ansuchen stattgegeben, wenn in den Alters- und Armeneinrichtungen der Stadt kein Platz war. Generell wurden einmalige Zahlungen viel öfter gewährt als Ansuchen um monatliche oder jährliche Gaben. So wurden im Protokoll vom 26. April 1888 44 Bitten um Unterstützung behandelt. Vier Männer und Frauen baten um Aufnahme ins Bürgerspital, der Rest um einmalige oder dauerhafte Unterstützungsleistungen oder um die Erhöhung schon gewährter regelmäßiger Zahlungen. In das Spital wurden nur Johanna Zeugswetter, 62 Jahre alt, und ihre Tochter

²⁵¹ Ehrenfried TEUFL, Das a. ö. Krankenhaus Zwettl-NÖ. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 497–518, hier 498–504.

²⁵² StAZ, Krankenhaus (Aufnahmen, Verpflegskosten), K 163, 1904–1907.

²⁵³ Zum Einlegerwesen vgl. VEITS-FALK, Armut, 107 f.

²⁵⁴ Vgl. SCHEUTZ, Armut 815–820.

Magdalena Zeugswetter, 40 Jahre alt, aufgenommen. Alle anderen erhielten eine einmalige oder fortwährende Hilfe. Gänzlich abgewiesen wurde nur ein Ansuchen.²⁵⁵

Eine wichtige Einrichtung waren die Vormundschaften und Versorgung von Waisen. Im Idealfall konnten die Waisen von einer anderen Familie betreut werden. Trotzdem brauchten sie eine Person, die darüber hinaus ihre Rechte wahrnahmen. Dafür wurde meist ein verdienter und bekannter Mann des öffentlichen Lebens ausgewählt. Die Vormundschaft endete spät, seit Maria Theresia lag die Grenze zur Volljährigkeit bei 24 Jahren.²⁵⁶ So musste im Jahr 1837 der Vormund eines Zwettler Bürgersohns befragt werden, ob er mit einem Hauskauf des 19-jährigen Mannes²⁵⁷ und seiner Braut in Kindberg in der Steiermark einverstanden war und sein Mündel in den dortigen Gemeindeverband entlassen werden sollte. Zum Glück des Paares sprach er sich nicht dagegen aus.²⁵⁸ Für die Bestellung eines Vormundes war es nicht von Bedeutung, ob die Mutter des Kindes noch lebte. So verstarb die Mutter des oben genannten Bürgersohns erst 1851.²⁵⁹

4. Das Bürgertum als Träger der Politik

Die Sphäre des Politischen mag uns zeitweise als abgeschlossen und abgehoben erscheinen, losgelöst vom Alltag der breiten Bevölkerung. Gerade wenn wir unseren Blick in die Vergangenheit richten, meinen wir aufgrund der fehlenden oder sehr eingeschränkten Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung ein Bild zu erkennen, das sich in Herrscher und Beherrschte teilte und von klaren Hierarchien gekennzeichnet war. Für große Staatswesen mag dieses Bild zutreffen, betrachtet man aber auf kleinere Einheiten, wird es diffuser und uneindeutiger.

Um den Untersuchungsgegenstand Politik dennoch fassen zu können, ist es hilfreich, ihn in kleinere Untersuchungsbereiche aufzuteilen. Ein Weg führt über die Unterscheidung in eine Kultur des Politischen auf der einen und die politischen Institutionen auf der anderen Seite.²⁶⁰ Eine vor allem in der Politikwissenschaft gängige Methode besteht darin, bei der Analyse von Politik zwischen „policy (inhaltlicher Aspekt), polity (institutioneller Aspekt) und politics (prozeduraler Aspekt)“ zu differenzieren.²⁶¹

²⁵⁵ Siehe StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 817–827.

²⁵⁶ Ursula FLOSSMANN, Österreichische Privatrechtsgeschichte (Wien, New York 6. Aufl. 2008) 41.

²⁵⁷ Karl Kitzler war im Juli 1818 geboren worden, siehe DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Taufbuch 01/11 (1808–1829), fol. 81.

²⁵⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1032–1034.

²⁵⁹ Vgl. DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/06 (1830–1851), fol. 162.

²⁶⁰ Diesen Weg wählt zum Beispiel die Enzyklopädie Brockhaus, siehe Art. Politik. In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <http://brockhaus-at.uaccess.univie.ac.at/ecs/enzy/article/politik> (20.08.2019).

²⁶¹ Siehe Wolfgang Eduard Josef WEBER, Politik. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/politik-a3279000> (25.08.2019).

Um aber nicht den Eindruck der schon angesprochenen Abgehobenheit und den einer überzeitlichen und selbstständig agierenden Entität zu verstärken, ist es dringend notwendig, auch die Träger der Politik zu betrachten. Ohne Menschen ist Politik nicht denkbar, leicht ablesbar an der Definition, die zum Beispiel die Brockhaus Enzyklopädie anführt. Sie sieht Politik als „die Gesamtheit der Verfahren und Handlungen von Einzelnen und Kollektiven, die auf die verbindliche Regelung öffentlicher Belange gerichtet sind.“²⁶²

Für die europäische Stadt sind seit dem Mittelalter die Begriffe Politik und Bürgertum untrennbar miteinander verbunden. Eine Betrachtung von Politik, Macht und Herrschaft erscheint ohne Blick auf die Bürgerinnen und Bürger unvollständig. Bedingt durch die in unserem Untersuchungszeitraum herrschenden Geschlechterverhältnisse, wird sich das Hauptaugenmerk auf die männlichen Bürger richten. Ob und wie Frauen in die Sphäre der Politik eingebunden waren, ist jedoch eine interessante Frage.

„Bürgertum“ ist ein facettenreicher Begriff, die Trennlinien zu anderen Bevölkerungsgruppen können politisch, sozial oder kulturell gezogen werden.²⁶³ Als soziale Schicht kennzeichnet sich das Bürgertum durch einen überdurchschnittlichen Wohlstand, eine berufliche Tätigkeit in Handel, Handwerk, Industrie, Finanzwesen oder in einer freien Berufsgruppe, die so wie bei Ärzten oder Anwälten eine akademische Bildung voraussetzt. Die Kultur des Bürgertums beruht vor allem auf einem Wertekanon, der Leistungsbereitschaft, die Hochschätzung von Bildung, Wissenschaft und Hochkultur, gesellschaftliche Teilhabe und ein besonderes Familienbild umfasst. Politisch lässt sich das Bürgertum als jener Teil der Bevölkerung abgrenzen, der an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen konnte. Diese Teilnahme konnte dabei sehr unterschiedlich ausfallen. Allen drei Bereichen von Bürgerlichkeit ist gemeinsam, dass sich die jeweiligen Ausprägungen zeitlich und räumlich stark unterscheiden konnten, sie sich aber auch miteinander vermischten. Das Bürgertum als eine homogene Sozialfigur lässt sich analytisch daher nur mit großem Konstruktionsaufwand herstellen.

4.1. Wahlen und politische Mitbestimmung

1848 brachte für breite Bevölkerungsschichten etwas, das vielen neu war. Die Wahlen dieses Jahres waren die ersten und blieben auch für lange Zeit die einzigen, die unsere heutige Vorstellung von demokratischen Wahlen mehrheitlich erfüllten. In Niederösterreich schritt man zwischen Ende April und Mitte Juni 1848 gleich dreimal zur Urne. Gewählt wurden Vertreter zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, zum verstärkten Landtag und zum Reichstag.

²⁶² Art. Politik. In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <http://brockhaus-at.uaccess.univie.ac.at/ecs/enzy/article/politik> (20.08.2019).

²⁶³ Andreas FAHRMEIR, Bürgertum. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://reference-works.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/burgertum-a0596000> (25.08.2019).

Beim verstärkten Landtag sollten nur neue Abgeordnete zu den schon entsandten Prälaten, Herren, Rittern und den Vertretern der landesfürstlichen Städte und Märkte dazu kommen. Die Wahlen fanden in der ersten Maihälfte statt, der Landtag trat wegen der wenig später erfolgten Mairevolution in Wien aber nie zusammen.

Die beiden anderen Wahlen waren von mehr Bedeutung. Bei beiden gab es zwar kein allgemeines Wahlrecht, die Mehrzahl der erwachsenen Männer konnte aber ihre Stimme abgeben. Die wichtigsten Kriterien waren Volljährigkeit und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Ausgeschlossen blieben so Dienstboten und Arme, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren. Ebenso schloss man Frauen aus, nicht nur von Seiten der Regierung, auch die männlichen Revolutionäre lehnten deren Teilnahme mit ganz wenigen Ausnahmen ab. Immerhin konnten so 16 Prozent der Bevölkerung an der Wahl teilnehmen.²⁶⁴

Gewählt wurde indirekt, zuerst wurden Wahlmänner bestimmt, die dann die Abgeordneten wählten. In Zwettl wurde der Bauer Franz Redl in den Reichstag gewählt. Er war schon vorher ein Wortführer gegen die Obrigkeit und einer der Protagonisten im Schafweidestreit von 1834 gewesen.²⁶⁵ Er gehörte dem Reichstag allerdings nur vom 10. Juli 1848 bis zum 20. Jänner 1849 an, als er ist freiwillig zurücktrat.²⁶⁶ Zu seinem Nachfolger wurde in einer Nachwahl Franz Haunsteiner bestimmt. Er hatte das Mandat allerdings nur vom 20. Jänner bis zum 7. März 1849 inne, dann wurde der Reichstag aufgelöst.²⁶⁷

Für die Wahl wurde auf vielfältige Art geworben. Es wurden Flugblätter verteilt, Zeitungsartikel geschrieben und Reden bei Wahlveranstaltungen gehalten. Ein wenig ungewöhnlich wirken heute die Rundbriefe, in denen die Kandidaten ihr Tun und Wollen darzustellen versuchten. Teilweise wurden sie sogar „Politisches Glaubensbekenntnis“ genannt und richteten sich mit wenigen Ausnahmen nicht an die Wähler, sondern an die Wahlmänner.²⁶⁸ Als Deputierte, um die fünf Abgeordneten aus dem Viertel ober dem Manhartsberg zu bestimmen, wählte man in Zwettl Franz Haunsteiner, Anton Schaden, Georg Enslein und Andreas Kubasta, alles wohlbekannten Namen.

Auf Gemeindeebene, damit verbunden auch auf Ebene des Landtages und des Reichsrats, war die Wählerbasis dann lange Zeit wesentlich schmaler als bei den Wahlen 1848. An einem Sample aus 22 Städten zeigt sich, dass an der Wende zum 20. Jahrhundert zwischen 7,4 Prozent (St. Pölten) und 22,3

²⁶⁴ STOCKINGER, Revolution, 371–376.

²⁶⁵ Karl SCHWARZ, Die Waldviertler Abgeordneten im Reichstag von 1848. In: Das Waldviertel 4/1994 (1994) 357–367, hier 364.

²⁶⁶ Franz ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849, Reichsrat 1861–1918. Ein biographisches Lexikon = Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 33, 2 Bde. (Wien 2014) 998.

²⁶⁷ Ebd., 424.

²⁶⁸ StAZ, Politika, K 20, Wahl zum Reichsrat in Frankfurt/Main, I241/8 1848.

Prozent (Karlsbad/Karlovy Vary) der Bevölkerung wählen durften, der Mittelwert lag bei 13,04 Prozent.²⁶⁹ Zusätzlich verzerrte die Bildung von Wahlkörpern, meist drei, die Kräfteverhältnisse zwischen den Wahlberechtigten. Die Wahlkörper wurden an Hand der Steuerleistung gebildet. Die Zuordnung der Intelligenz- und Ehrenwähler erfolgte meist in den ersten beiden Wahlkörpern.

Für Zwettl sehen die Zahlen ganz ähnlich aus. Bei der Landtagswahl 1867 waren insgesamt 259 Personen wahlberechtigt.²⁷⁰ Setzt man eine ungefähre Einwohnerzahl von 2.900 Personen an,²⁷¹ durften in Zwettl auch nur 8,93 Prozent wählen. Neben 236 Männern durften dies auch 23 Frauen. Meist waren sie Witwen, Hausbesitzerinnen oder Bäuerinnen. Bei der Ausübung ihres Wahlrechts mussten sie sich allerdings vertreten lassen. Die Zuordnung der Intelligenz- und Ehrenwähler geschah in Zwettl unterschiedlich. Bei der Landtagswahl 1867 waren sie ganz zu Beginn und damit in den ersten Wahlkörper eingeordnet, für die im gleichen Jahr abgehaltene Gemeindewahl haben sich Wählerlisten erhalten, die sie dem zweiten Wahlkörper zuschlug.²⁷²

Ursprünglich waren die Wahlen mündlich und öffentlich. Erst mit der Änderung der Landtagswahlordnung von 1870 wurde die geheime Wahl mit Stimmzetteln eingeführt.²⁷³

Die Durchführung von Wahlen war ein Teil der Aufgaben, die der Staat an die Gemeinden delegierte, ohne einen entsprechenden Finanzierungsbeitrag zu leisten. So wurde im Voranschlag für 1911 von der Stadt Zwettl 1.800 Kronen für die Durchführung der Reichsratswahl veranschlagt. Tatsächlich mussten dann sogar fast 3.315 Kronen aufgewendet werden. Im gleichen Jahr war auch noch die Volkszählung durchzuführen, die Stadt musste dafür weitere 560 Kronen aufbringen, um fünf Volkszählungskommissäre zu bezahlen.²⁷⁴

4.2. Soziale Struktur

Wer in Zwettl wahlberechtigt war und damit dieses Kriterium von Bürgerlichkeit erfüllte, ist je nach Quellenlage relativ einfach in Listen ablesbar. Schwieriger wird es, wenn man versucht, soziale Kriterien anzulegen.

Ernst Bruckmüller und Hannes Stekl sind für ihre quantitativen Bestimmungsversuche des österreichischen Bürgertums von folgenden Gesichtspunkten ausgegangen: der Zugehörigkeit zu zeitgenössisch als bürgerlich verstandenen Berufsgruppen, der Höhe des Einkommens bzw. der

²⁶⁹ Zahlen aus HEISS, STEKL, URBANITSCH, Zusammenfassung, 467.

²⁷⁰ StAZ, Kart. 68, Reg.Nr. 8, Landtagswahl 1867.

²⁷¹ StAZ, Kart. 72, Reg.Nr. 222, Volkszählung 1870.

²⁷² StAZ, Kart. 143, Wahl des Gemeindevorstandes 1864, 1867.

²⁷³ Vgl. KRAUSE, Biographisches Handbuch, 7.

²⁷⁴ StAZ, HS, 7_68, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1911.

Einkommenssteuerpflichtigkeit, der Größe und Art des Wohnraums und der Beschäftigung von Dienstboten. Je nach Kriterium und Zeitpunkt sind die ermittelten Zahlen unterschiedlich, das Bürgertum kommt aber nie über einen Anteil von zehn Prozent an der Gesamtbevölkerung hinaus.²⁷⁵ Für Zwettl sind diese Kriterien mehr oder weniger gut geeignet, die Gruppe der Bürger zu fassen und ihren Umfang zu schätzen.

Über die Berufe geben uns die Wählerlisten Auskunft. Am Beispiel von 1867²⁷⁶ sieht man, dass die Spitzen des Großbürgertums, wie zum Beispiel Fabriksbesitzer oder Bankiers, in Zwettl nicht vertreten waren. Eindeutiger der bürgerlichen Schicht zuzurechnen sind die Männer mit einer höheren Ausbildung, wie Pfarrer, Arzt, Apotheker, Lehrer oder Beamte. Eine Abgrenzung nach unten ist aber schwierig. Die große Gruppe der Schuster und Schneider war allenfalls kleinbürgerlich und hatte mit dem gehobenen Bürgertum, das über akademische Bildung verfügte oder bedeutendes Vermögen besaß, wenig zu tun.

Aus der in der Wählerliste angegebenen Steuerschuldigkeit auf das Einkommen zu schließen, gelingt nicht ohne Weiteres, da die Angabe alle direkten Steuern bündelt, zu denen auch die Erwerbsteuer für Gewerbe und Steuern auf Haus- und Grundbesitz zählten. Aber die Quelle gestattet es, sich eine ungefähre Vorstellung von der Vermögens- und Einkommensverteilung in der privilegierten Gruppe der Wähler und darüber hinaus der städtischen Gesellschaft zu machen.

²⁷⁵ Vgl. Ernst BRUCKMÜLLER, Hannes STEKL, Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich. In: Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert I (München 1988) 160–192, hier 167–171.

²⁷⁶ StAZ, Kart. 68, Reg.Nr. 8, Landtagswahl 1867.

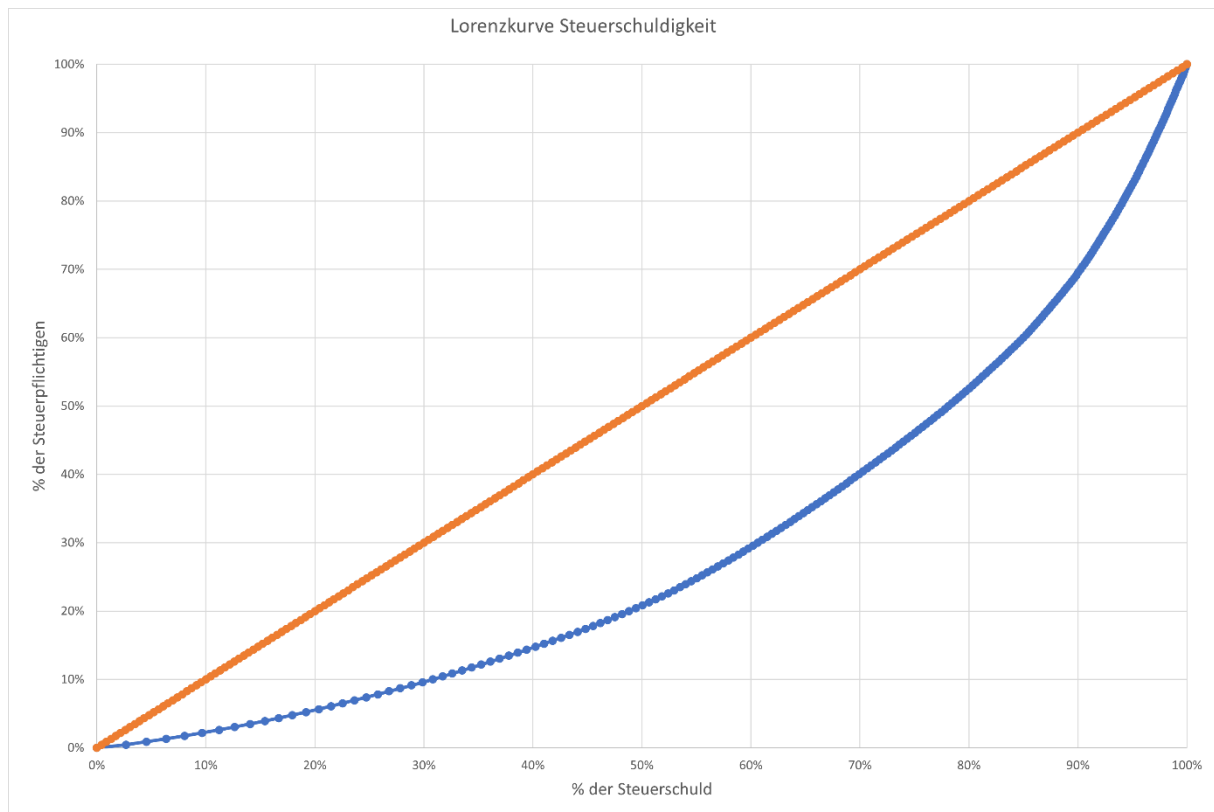


Abbildung 5: Verteilung der Steuerschuld der Wahlberechtigten von 1867.²⁷⁷

Der Notar Jakob Haselberger ragt aus der Menge heraus. Er musste fast 256 Gulden direkte Steuern zahlen, um beinahe 79 Gulden mehr als der Zweite, der Müller Josef Weghuber. Unter den ersten fünf ist auch die erste Frau zu finden, die Müllerswitwe Marie Köppl. Die Grenze zwischen zweitem und drittem Wahlkörper lag auf Gemeindeebene zu dieser Zeit bei einer Steuerschuldigkeit von 35 Gulden.²⁷⁸ Wenn man alles darüber als eindeutig bürgerlich ansetzt, von den Zahlen der Volkszählung von 1870²⁷⁹ ausgeht und eine durchschnittliche Familiengröße von 4 Personen annimmt, so kommt man auf 400 Personen, die der bürgerlichen Klasse angehörten. Bei einer Einwohnerzahl von 2.918 Menschen ergibt das 13,7 Prozent. Zählt man die 27 Intelligenz- und Ehrenwähler dazu, erhöht sich der Prozentsatz auf 14,6 Prozent.

Die Beschäftigung von Dienstboten ist für eine stark handwerklich und auch ländlich geprägte Gemeinde eine schwierige Kennzahl. Die Beschäftigung von Lehrlingen, Gesellen, Mägden und Knechten war in einer Kleinstadt kein Ausdruck einer gehobenen Lebensart, sondern unverzichtbarer Bestandteil der Lebens- und Produktionsweise.

²⁷⁷ Daten aus der Wählerliste in StAZ, Kart. 68, Reg.Nr.8, Landtagswahl 1867.

²⁷⁸ StAZ, Kart. 143, Wahl des Gemeindevorstandes 1864, 1867.

²⁷⁹ StAZ, Kart. 72, Reg.Nr. 222, Volkszählung 1870.

Nachträglich aufgestellte Kategorien geben uns heute ein Bild, wer der bürgerlichen Schicht angehörte. Ein wichtiges zeitgenössisches Kriterium war der Hausbesitz. In vielen Quelle wird extra darauf hingewiesen, dass jemand dieser Kategorie angehörte. So zum Beispiel als 374 „Hausbesitzer und Bewohner“ per Petition den Beginn der Wasserleitungsbauarbeiten forderten.²⁸⁰ In Zwettl stand außerdem mit dem Instrument des Bürgereides eine sehr klare Abgrenzung zur Verfügung, wer Bürger genannt wurde und wer nicht. Mit der Einrichtung des Bürgerspitals hatte die Stadt eine Institution, die auch nach der automatischen Aufnahme in den Gemeindeverband nach zehnjähriger Anwesenheit 1901 und der Einrichtung der Bezirksarmenräte 1895 noch Anziehungskraft besaß. Am 1. Jänner 1906 wurde eine neue, von Ehrenbürger und Schuldirektor Josef Traxler ausgearbeitete und dann von der Gemeindevertretung beschlossene Bürgersatzung wirksam. In ihre wurden die Rechte und Pflichten der Bürger und die Verwaltung von Bürgervermögen und Bürgerspital geregelt.²⁸¹ Das zu dieser Zeit in die Jahre gekommene und mancherorts in arger Erosion befindliche Bild von Bürgerlichkeit hatte in Zwettl also auch im 20. Jahrhundert noch eine gewisse Bedeutung.

4.3. Bürgerliche Kultur

Versucht man das Bürgertum kulturell zu fassen, ist eine Definition des Kulturbegriffs unumgänglich. In vielen älteren Publikation ist dabei eine Verengung auf den klassischen Begriff der Hochkultur zu finden. Ein gängiges Bild von Kultur fokussiert dieses auf große Künstler, Opern, Theater und Literatursalons. Eine Kleinstadt mit begrenzten Ressourcen und einem überschaubaren Publikum konnte einem Kulturanspruch dieser Art nur in eingeschränktem Maß genügen. Die Qualität von Musikaufführungen hing stark vom örtlichen (Männer-)Gesangsverein ab.²⁸² Eine zentrale Rolle spielte in Zwettl außerdem der Chorleiter der Stadtpfarrkirche. Er gab auch Musikunterricht und war eine wichtige Person im kulturellen Leben. Als im Jahr 1901 die „Regenschori- und Musiklehrerstelle“ neu besetzt werden musste, wurde das in der Gemeinderepräsentanz besprochen. Eine detaillierte Liste mit 14 Bewerbern und näheren Informationen zu Stand und Fähigkeiten wurde dem Protokoll beigelegt. Die Stelle wurde an Franz C. Pohl aus Hallein vergeben und dieser gebeten, am 1. April 1901 seinen Dienst anzutreten.²⁸³ Leider griff man in dem Fall anscheinend daneben, zu Beginn des Jahres 1904 wurde ihm vom „Musikcomité“ noch eine Frist von sechs Monaten zur besseren musikalischen Ausbildung gegeben. Pohl zog es aber vor, mit 1. September 1904 seine Stelle zu kündigen. Beim Modus der Ausschreibung sah die Stadtverwaltung die Schuld nicht. Das Protokoll vermerkt, dass man bei der Stellenbesetzung auf dieselbe Weise wie 1901 vorgehen wolle.²⁸⁴ Um die musikalische Ausbildung der Zwettler

²⁸⁰ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 933–935.

²⁸¹ TEUFL, Bürgerspital, 488.

²⁸² Vgl. HEISS, STEKL, URBANITSCH, Zusammenfassung, 489.

²⁸³ StAZ, RP, 2_33, 1898–1903, 196a–h.

²⁸⁴ StAZ, RP, 2_35, 1903–1908, 21, 40, 48 und 54.

Jugend war es also zumindest kurze Zeit schlecht bestellt. Neben der musikalischen war die schulische Ausbildung für das bürgerliche Selbstverständnis von größter Wichtigkeit. So ist es nicht verwunderlich, dass es vielfältige, oft von Seiten der Bürger an die Stadtverwaltung herangetragene Initiativen gab, das Schulwesen in Zwettl zu verbessern. Auch bei der Eröffnung von Museen und Bibliotheken waren oft Private oder Vereine die treibende Kraft.²⁸⁵ Auf der einen Seite fehlte der Stadtgemeinde eben oft das Geld und auf der anderen Seite lässt sich bürgerliche Kultur nicht von oben herab verordnen.

5. Resümee

Darüber, wie sich politische Macht in einem Gemeinwesen verteilen soll und wie sich Herrschaft am besten ausüben lässt, wurde stets viel nachgedacht. Wenn man nun den konkreten Fall von Zwettl im 19. Jahrhundert betrachtet, wird man allerdings festhalten können, dass bei Etablierung, Ausübung und Festigung von Macht und Herrschaft im lokalen Rahmen staatliche Vorgaben zwar eine wichtige Rolle spielten, die Entwicklung aber nicht einfach durch einen von oben, aus der Zentrale festgelegten Plan diktiert wurde. Verschiedene Akteure ergriffen sich bietende Chancen und immer wieder ergaben sich situativ Möglichkeiten, Herrschaft auszuhandeln.

Noch vor dem kalendarischen Beginn des Jahrhunderts und auch kurz danach waren es vor allem von außen hereingetragene Veränderungen, die die Stadt beschäftigten. Die Gaisrucksche Instruktion und die Josephinische Magistrate-reform wurden von oben über die bestehenden Strukturen gestülpt. Der immer größer werdende Finanzbedarf des Zentralstaats machte diese Reformanstrengungen zwar dringend notwendig, ihr realer Erfolg kann aber bezweifelt werden. Sie brachten jedenfalls in Zwettl keine echten und tiefgreifenden Strukturreformen. Die Stadt bot das Bild einer am kurzen Gängelband des Kreisamts geführten Unterbehörde. Es waren vor allen die veralteten Vorstellungen und Regelungen bei der Gewerbeaufsicht, die den Bürgern von Zwettl das Auskommen erschwerten.

Die Revolution von 1848 war ein weiteres den lokalen Rahmen übersteigendes bzw. aus den Zentren der Revolution in die Kleinstadt getragenes Ereignis, das die Herrschaftselite und Bürger von Zwettl beschäftigte. Die Chance zur radikalen Selbstermächtigung wurde zwar nicht ergriffen, bei der Bildung der Nationalgarde zeigten die Zwettler aber Gestaltungswillen und die Bereitschaft, für ihr Gemeinwesen einzutreten. Zuvor hatte eine schmale Schicht an Bürgern die Ämter der Stadt besetzt, 1848 wurden wesentlich mehr Männer in die Mitarbeit eingebunden. Die Überwindung der Patrimonial-Verfassung kann als Schritt hin zu einer freieren Gesellschaft und als Abschaffung überkommener Privilegien

²⁸⁵ Vgl. Celine WAWRUSCHKA, Stadtmuseen als kulturelle Praxis. Zur Geschichte eines bürgerlichen Phänomens. In: Oliver KÜHSCHMIDT, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 571–595.

gelesen werden. Deutlicher aber drängt sich der Eindruck einer Verdichtung von Herrschaft und der Institutionalisierung einer gesteigerten Kontrolle der Bevölkerung auf. Die Staatsverwaltung rückte in der Gestalt der Bezirksamter und Bezirkshauptmannschaften näher an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger heran und gewann in deren Alltag eine neue Präsenz. Auch die Konstituierung von Zwettl als Gemeinde nach der neuen Gemeindegesetzgebung schuf ein Instrument der Verwaltung, das zwar die soziale Basis von städtischer Herrschaft verbreiterte, aber weiterhin exklusiv blieb. Nur für die Minderheit der wahlberechtigten Männer konnte die Gemeinde als Selbstverwaltung gelten. Ein immer dichteres Netz an Dekreten, Verordnungen und Gesetzen umgab die Bewohnerinnen und Bewohner, beseitigte aber nicht alle Möglichkeiten, deren konkreten Gehalt in der Anwendung auszuhandeln. Aber abgesehen von den Vorteilen der Nähe zu den Personen, die mit der Verwaltung der Gemeinde betraut waren, steigerte diese Expansion von Staatlichkeit auf der lokalen Ebene den Nutzen, den ein Wissen über Verwaltungsabläufe bringen konnte. Dieses Wissen war im Bürgertum, einer gemessen an der Gesamtbevölkerung kleinen sozialen Gruppe, leichter verfügbar als für viele Kleingewerbler, Arbeiterschaft, Dienstboten und Gesinde.

Im Gegensatz zu den meisten anderen 1850 neu konstituierten Ortsgemeinden konnte Zwettl als ehemals landesfürstliche Stadt mit einem eigenen Magistrat auf einen langen Erfahrungsschatz in der Verwaltung gemeinschaftlicher Anliegen zurückgreifen. Die neuen Aufgaben und die Ansätze einer – vorerst auf das Bürgertum beschränkten – Demokratisierung scheinen frischen Schwung in die Stadt gebracht zu haben. Dabei ging es ab 1850 um die Bewältigung von Bauaufgaben, die mit dem Aufbau der neuen Verwaltungsstrukturen einhergingen – sowohl auf der kommunalen als auch der neuen mittleren Ebene. Beide forderten die Stadt, da sie im Unterschied zu Landgemeinden auch Sitz zentralörtlicher Behörden wurde. Die 1850er Jahre standen also ganz im Zeichen der Bewältigung einer Expansion von Verwaltung, die einen konkreten räumlichen Niederschlag im Zwettl fand. Dabei traten typische Probleme kommunaler Infrastrukturpolitik zu Tage: Verschuldung, aber auch das Zusammenprallen der Interessen einzelner Bewohner mit übergeordneten Anliegen. Die im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr und auch teurer werdenden Aufgaben konnte die Stadt durch ein Bündel von Maßnahmen bewältigen. Zum einen gelang es, mit der Sparkasse ein adäquates Mittel für die Finanzierung zumindest eines Teils der Aufgaben zu finden. Zum anderen konnte man durch die Ausweitung des mit der Verwaltung und Gestaltung betrauten Personenkreises auch kompliziertere Aufgaben lösen. Als Beispiel seien hier die Beteiligung von Privaten und Vereinen genannt sowie die Bildung unzähliger Komitees.

Wenn es um die Bereitstellung einer adäquaten Infrastruktur ging, ergab sich für die Stadtoberen meist trotzdem ein Hauptproblem: Man hatte zu wenig Geld. Am fehlenden Gestaltungswillen lag es eher nicht, aber nicht selten war man einen Schritt zurück. Auch wichtige Projekte ging die Gemeindevertretung oft nur auf Nachdruck und Wunsch der Einwohner oder übergeordneter Stellen an. Vor allem

die Errichtung der Eisenbahn zeigt, dass man auf überregionale Entscheidungen wenig Einfluss ausübte und eine als Nachteil empfundene verkehrstechnische Randständigkeit nicht verhindern konnte.

Im Vergleich zu großen Städten und vor allem der Metropole Wien schienen Kleinstädte oft verschlafen und rückständig. Durch ihre Bemühungen um den Ausbau neuer Infrastrukturen wollten kleinstädtische Eliten allerdings nicht so sehr einen uneinholbaren Vorsprung der Großstadt Wien wettmachen. Vielmehr ging es ihnen darum, ihrer Stadt eine Position zu erhalten, die sie aus dem Umland hervorhob. Ziel war es also, regionale zentralörtliche Funktionen zu erhalten und neue dazuzugewinnen. Davon versprach man sich Fortschritt und Geschäftschancen für die Bewohner. War es früher die Stadtmauer, die weithin sichtbar auftrug, traten im 19. Jahrhundert andere Einrichtungen und Symbole an ihre Stelle. Im Ringen um die Zentralörtlichkeit von Zwettl rieben sich Bevölkerung und Stadtregierung aneinander. Meist ging es ersterer nicht schnell genug. Wähten einzelne Personen oder Gruppen aber Nachteile, stemmten sie sich mitunter auch gegen die Modernisierungsmaßnahmen.

Die Aufgabengebiete der städtischen Verwaltung wandelten sich zwar, veränderten sich aber nicht radikal. Die Versorgung von Kranken und Armen blieb ein wichtiger und teurer Bereich. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Stadt dabei auf sich allein gestellt, verfügte aber über lange etablierte Abläufe und Einrichtungen. Zwar bürdete der Staat auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Hauptlast im Bereich sozialer Fürsorge den Gemeinden auf, eine gewisse Zentralisierung und Verstaatlichung ist aber doch zu bemerken. Das deutlichste Signal in diese Richtung war die Einführung der Arbeiterunfall- und krankenversicherung in den 1880er Jahren.

Der für die Geschichte einer Stadt zentrale Begriff des Bürgers ist vielschichtig und erfuhr im 19. Jahrhundert auch einen Bedeutungswandel, der ihn von altstädtischen Traditionen bis zu einem gewissen Grad löste. Nicht alle Kriterien, mit denen die Forschung versucht hat, das Bürgertum als soziale Gruppe zu fassen, lassen sich auf eine Kleinstadt wie Zwettl anwenden. Trotzdem ermöglicht eine Orientierung an diesen Kriterien Erkenntnisse über die Bürger von Zwettl.

Die Ausweitung des Wahlrechts im Gesamtstaat blieb ohne adäquates Gegenstück auf Gemeindeebene. Dennoch drückte sich auch in kommunalen Wahlkämpfen gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine politisch in Bewegung geratene Gesellschaft aus. Die neuen Massenparteien intensivierten die Verknüpfung von kommunaler Politik mit überregionalen und gesamtstaatlichen Fragen.

Die typische Kleinstadt gibt es nicht, schon gar nicht in einem so großen und heterogenen Gefüge wie der Habsburgermonarchie des 19. Jahrhunderts. Wenn man allerdings die lokalen Eigenheiten einer Stadt berücksichtigt, kann man Einblicke in Dynamiken gewinnen, die nicht nur von lokaler Bedeutung sind. Zwettl ist dafür durch das Fehlen von übersteigter Dynamik sehr gut geeignet.

6. Literatur und Quellenverzeichnis

6.1. Literatur

- Franz ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849, Reichsrat 1861–1918. Ein biographisches Lexikon = Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 33, 2 Bde. (Wien 2014).
- Gerhard AMMERER, Zucht und Arbeitshäuser, Freiheitsstrafen und Gefängnisdiskurs in Österreich. In: Gerhard AMMERER, Alfred Stefan WEIß (Hrsg.), Strafe, Disziplin und Besserung. Österreichisch Zucht- und Arbeitshäuser von 1750 bis 1850 (Frankfurt am Main 2006).
- Franz BALTZAREK, Beiträge zur Geschichte des vierten Standes in Niederösterreich. Eine vergleichende Stadtgeschichtsuntersuchung mit besonderer Auswirkung der Gaisruckschen Städteordnungen von 1745–1747. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs Bd. 23 (Wien 1971) 64–104.
- Jean BÉRENGER, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918 (Wien, Köln, Weimar 2. Aufl. 1996).
- Georg Christoph BERGER WALDENEGG, Fremde im eigenen Land? Die Neuordnung des österreichischen Paßwesens während des Neoabsolutismus. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 111 (2003) 146–184.
- Franz BLEIDL, Zwettl von 1848 bis 1918. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 83–92.
- Ernst BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs (2 Aufl., Wien 2001).
- Ernst BRUCKMÜLLER, Hannes STEKL, Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich. In: Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert I (München 1988) 160–192.
- Thomas BUCHNER, Die Gemeinden. Staatsbildung und kommunale Finanzen 1849–1914. In: Oliver KÜHSCHHELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 231–259.
- Hannelore BURGER: Paßwesen und Staatsbürgerschaft. In: Waltraud HEINDL, Edith SAURER (Hrsg.), Grenze und Staat. Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremdenengesetzgebung in der österreichischen Monarchie 1750–1867 (Wien 2000) 1–172.
- Horst CARL, Herrschaft. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, https://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/herrschaft-COM_279871 (25.04.2020).
- Horst CARL, Kriegsfinanzierung. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/kriegsfinanzierung-a2292000> (05.10.2019).
- Horst CARL, Napoleonische Kriege. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/napoleonische-kriege-a4995000> (14.10.2019).
- Horst CARL, Christoph KAMPMANN, Staat, politische Herrschaft und internationales Staatensystem. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online,

- <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/staat-politische-herrschaft-und-internationales-staatensystem-a5033000> (05.10.2019).
- Stefan EMINGER, Wie die große Politik ins kleine Dorf kam. Politische Mobilisierung der Landbevölkerung durch Katholisch-Konservative und Christlichsoziale Partei. In: Oliver KÜHSCHHELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert*, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 451–482.
- Andreas FAHRMEIR, Bürgertum. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), *Enzyklopädie der Neuzeit Online*, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/burgertum-a0596000> (25.08.2019).
- Ursula FLOSSMANN, *Österreichische Privatrechtsgeschichte* (Wien, New York 6. Aufl. 2008).
- Alois FÜGERL, Der Gendarmerieposten Zwettl-NÖ. In: *Stadt Zwettl* (Hrsg.), *Zwettl Niederösterreich*, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 573–579.
- Jörg GANZENMÜLLER, Tatjana TÖNSMEYER (Hrsg.), *Vom Vorrücken des Staates in die Fläche. Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts* (Köln, Weimar, Wien 2016).
- Wilfried GRAMM, *Bürgerspitäler in der Frühen Neuzeit. Das Fallbeispiel Zwettl* (Dipl. Wien 2006).
- Karl GUTKAS, *Kaiser Joseph II. Eine Biographie* (Wien, Darmstadt 1989).
- Hans HAKALA, Zwettl zwischen 1648 und 1848. In: *Stadt Zwettl* (Hrsg.), *Zwettl Niederösterreich*, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 67–82.
- Christa HÄMMERLE, Die k. (u.) k. Armee als ‚Schule des Volkes‘? Zur Geschichte der Allgemeinen Wehrpflicht in der multinationalen Habsburgermonarchie (1866–1914/18). In: Christian JANSEN (Hrsg.), *Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung Europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein Internationaler Vergleich = Krieg und Frieden. Beiträge zur Historischen Friedensforschung 3* (Essen 2004) 175–213.
- Kurt HARRAUER, Die Trinkwasserversorgung. In: *Stadt Zwettl* (Hrsg.), *Zwettl Niederösterreich*, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 93–99.
- Karl HÄRTER, Polizei. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), *Enzyklopädie der Neuzeit Online*, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/polizei-a3293000> (10.10.2019).
- Hans HEISS, Hannes STEKL, Peter URBANITSCH, Zusammenfassung: Kleinstadt und Bürgertum in Cisleithanien 1862–1914. In: Peter URBANITSCH, Hannes STEKL (Hrsg.), *Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 = Bürgertum in der Habsburgermonarchie IX* (Wien, Köln, Weimar 2000) 463–503.
- Peter HINTERNDORFER, Wohltätigkeit, Selbsthilfe und organisierte Geselligkeit. Entwicklung, Funktion und Differenzierung des Vereinswesens. In: Oliver KÜHSCHHELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert*, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 347–376.
- Lothar HÖBELT, *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918* (Wien 1993).

- Edith KAPELLER, Die Zwettler Brühlwasserleitung 1654 bis 1891/92. In: Martin SCHEUTZ, Herwig WEIGL (Hrsg.), *Verwaltetes Wasser im Österreich des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit = Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich* 37 (St. Pölten 2016) 49–78.
- Christian KLÖSCH, Spaltung und Radikalisierung. Deutschliberale und Deutschnationale 1850–1918. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht* (St. Pölten 2021) 391–418.
- Otto KRAUSE, *Biographisches Handbuch des NÖ Landtages 1861–1921* (St. Pölten 2005).
- Wolfgang KRUSE, Bürger und Soldaten. Die Entstehung des modernen Militarismus in der Französischen Revolution. In: Christian JANSEN (Hrsg.), *Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung Europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein Internationaler Vergleich = Krieg und Frieden. Beiträge zur Historischen Friedensforschung* 3 (Essen 2004) 47–67.
- Gertrude LANGER-OSTRAWISKY, Margareth LANZINGER, Ehe, Familie und Verwandtschaft - Beziehungen in sozialen, ökonomischen und rechtlichen Kontexten. In: *NÖ im 19. Jahrhundert* (XXX 2021) XX–XX.
- Ernst LANGTHALER, Bruchige „Heimatfront“. Mobilisierung und Überleben im Hinterland im Ersten Weltkrieg. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne* (St. Pölten 2021) 475–505.
- Margareth LANZINGER, Gertrude LANGER-OSTRAWISKY, Ehe, Familie und Verwandtschaft. Beziehungen in sozialen ökonomischen und rechtlichen Kontexten. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne* (St. Pölten 2021) 217–248.
- Josef LEUTGEB, Die ZEG — das erste Wechselstromwerk Österreich-Ungarns. In: *Stadt Zwettl* (Hrsg.), *Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt* (Zwettl 1980) 379–386.
- Josef LEUTGEB, Die Zwettler Lokalbahn. In: *Stadt Zwettl* (Hrsg.), *Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt* (Zwettl 1980) 440–445.
- Josef LÖFFLER, Grundherrschaft, Gerichtsbarkeit und Regionalverwaltung bis 1848. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht* (St. Pölten 2021) 175–202.
- Maximilian MARTSCH, Fleisch essen in der Krise. Die Wiener Fleischversorgung während der Gründerkrise. In: *OeZG* 30/2 (2019) 100–125.
- Christoph MENTSCHL, Karl VOCELKA, Schönerer Georg von, Politiker. In: *ÖBL 1815-1950, Bd. 11* (Lfg. 51, 1995) 66–68.
- Friedel MOLL, *Zwettler Zeitzeichen, Bd. 1: Die Nationalgarde Zwettl. 1848 – 1851* (Zwettl 1999).
- Friedel MOLL, Michael WLADIKA, Georg Ritter von Schönerer (1842-1921), Ein alldeutscher Politiker aus dem Waldviertel. In: Harald HITZ, Franz PÖTSCHER, Erich RABL, Thomas WINKELBAUER, *Waldviertler Biographien, Band 3* (Horn 2010) 121-150

- Friedel MOLL, Franz Haunsteiner (1798–1861). Postmeister, Bürgermeister und Sparkassengründer in Zwettl. In: Rudolf MALLI, Franz PÖTSCHER, Erich RABL, Thomas WINKELBAUER (Hrsg.), *Waldviertler Biographien*. Band 4 (Waidhofen an der Thaya 2015) 151–161.
- Walter PONGRATZ, *Geschichte der Stadt bis 1648*. In: *Stadt Zwettl* (Hrsg.), *Zwettl Niederösterreich*, Bd. 1 *Die Kuenringerstadt* (Zwettl 1980) 44–67.
- Walter PONGRATZ, Franz BLEIDL, *Die Richter und Bürgermeister der Stadt Zwettl*. In: *Stadt Zwettl* (Hrsg.), *Zwettl Niederösterreich*, Bd. 1 *Die Kuenringerstadt* (Zwettl 1980) 351 f.
- Peter RAUSCHER (Hrsg.), *Kriegführung und Staatsfinanzen. Die Habsburgermonarchie und das Heilige Römische Reich vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des habsburgischen Kaisertums 1740 = Geschichte in der Epoche Karls V. 10* (Münster 2010).
- Willibald ROSNER, *Der Niederösterreichische Landtag*. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. VII: *Verfassung und Parlamentarismus*. Teilbd. 2: *Die Regionalen Repräsentativkörperschaften* (Wien 2000) 1663–1661.
- Karl RUCKENDORFER, *Entwicklung des städtischen Gemeinwesens seit dem Jahre 1850*. In: *Stadt Zwettl* (Hrsg.), *Zwettl 1896*. Festschrift aus Anlass der Eröffnung der Localbahn Schwarzenau-Zwettl und zur Feier der Jubiläen der Sparcasse und der Volks- und Bürgerschule Zwettl (Zwettl 1896) 23–38.
- Roman SANDGRUBER, *Die Anfänge der Konsumgesellschaft. Konsumgüterverbrauch, Lebensstandard und Alltagskultur in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert = Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 15* (Wien 1982).
- Manfred SCHEUCH, *Historischer Atlas Österreich* (Wien 5. Aufl. 1994).
- Martin SCHEUTZ, *Die herrn seint zu Wienn, die nahren zu hauß*. Stadtreignis und Bürger in österreichischen Kleinstädten der Frühen Neuzeit. In: Willibald ROSNER, Reinelde MOTZLINHART (Hrsg.), *Die Städte und Märkte Niederösterreichs im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Die Vorträge des 20. Symposiums des NÖ Instituts für Landeskunde*. Zwettl, 3. bis 6. Juli 2000 und der 1. Kurztagung des NÖ Instituts für Landeskunde und der NÖ Landesbibliothek „Das Bild der Kleinstadt“, St. Pölten, 23. Mai 2000 = *Studien und Forschung aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 36* (St. Pölten 2005) 204–246.
- Martin SCHEUTZ, Ein „Lutheraner“ auf dem Habsburgerthron. Die Josephinischen Reformen und die Klosterschließungen in der Habsburgermonarchie. In: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 120* (2012) 321–339.
- Martin SCHEUTZ, Alfred Stefan WEIß, *Spital als Lebensform. Österreichische Spitalsordnungen und Spitalinstruktionen der Neuzeit = Quelleneditionen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 15/2* (Wien 2015).
- Martin SCHEUTZ, *Armut und institutionelle Armenfürsorge. Vom Elend der Zuständigkeit*. In: Oliver KÜHSCHMIDT, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert*, Bd. 1: *Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht* (St. Pölten 2021) 809–834.
- Karl SCHWARZ, *Die Waldviertler Abgeordneten im Reichstag von 1848*. In: *Das Waldviertel 4/1994* (1994) 357–367.
- Ernst v. SCHWARZER, *Geld und Gut in Neu-Oesterreich* (Wien 1857).

- Annemarie STEIDL, Vielfältige Wege. Regionale und überregionale Migrationen. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 47–75.
- Thomas STOCKINGER, Dörfer und Deputierte. Die Wahlen zu den konstituierenden Parlamenten von 1848 in Niederösterreich und im Pariser Umland (Seine-er-Oise) = MIOG Ergänzungsband 57 (Wien, Köln, Weimar 2012).
- Thomas STOCKINGER, Revolution? Das Jahr 1848 im ländlichen Raum. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 359–385.
- Thomas STOCKINGER, Staatliche Bezirksbehörden nach 1848. Knotenpunkte der „unmittelbarsten Beziehungen“ von Staat und Bevölkerung. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 203–229.
- Ehrenfried TEUFL, Das Bürgerspital. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 476–496.
- Ehrenfried TEUFL, Das a. ö. Krankenhaus Zwettl-NÖ. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 497–518.
- Sabine VEITS-FALK, Armut an der Wende zum Industriezeitalter. In: Ernst BRUCKMÜLLER (Hrsg.), Armut und Reichtum in der Geschichte Österreichs (Wien 2012) 89–112.
- Celine WAWRUSCHKA, Stadtmuseen als kulturelle Praxis. Zur Geschichte eines bürgerlichen Phänomens. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 571–595.
- Wolfgang Eduard Josef WEBER, Politik. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/politik-a3279000> (25.08.2019).
- Michael WLADIKA, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie (Wien 2005).
- Ernst ZEHETBAUER, Die Landwehr und der Krieg von 1809. Österreichs Milizexperiment zwischen Altem Reich und moderner Nationsbildung (Hamburg 2017).

6.2. Zeitungen

- Badener Bezirksblatt Nr. 78 (12. September 1894).
- Ostdeutsche Rundschau Nr. 241 (2. September 1894).
- Reichspost Nr. 45 (24. Februar 1905).
- Waldviertler Bote, Beilage zur Nr. 6 der Kremser Zeitung (4. Februar 1905).
- Waldviertler Bote, Beilage zur Nr. 10 der Kremser Zeitung (4. März 1905).

6.3. Nachschlagewerke

Art. Obligation (Recht). In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <https://brockhaus-at.uaccess.uni-vie.ac.at/ecs/enzy/article/obligation-recht> (28.05.2020).

Art. Politik. In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <http://brockhaus-at.uaccess.uni-vie.ac.at/ecs/enzy/article/politik> (20.08.2019).

6.4. Rechtstexte

RGBL. 170/1849, Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, womit ein provisorisches Gemeinde=Gesetz erlassen wird.

RGBL. 105/1863, Gesetz vom 3. December 1863, betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse.

LGBL. NÖ 5/1864, Gesetz, wirksam für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns, womit eine Gemeindeordnung und eine Gemeinde=Wahlordnung erlassen werden.

RGBL. Nr. 222/1896, Gesetz vom 5. December 1896, wodurch einige Bestimmungen des Gesetzes vom 3. December 1863 (R. G. Bl. Nr. 105), betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, abgeändert werden.

6.5. Archivalien

DASP (= Diözesanarchiv St. Pölten), Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Schreiben vom 9. April 1810.

DASP (= Diözesanarchiv St. Pölten), Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/03 (1697–1784).

DASP (= Diözesanarchiv St. Pölten), Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/06 (1830–1851).

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Allgemeine Gemeindeakten 1871, Kart. 73, Reg.Nr. 538/1871, Schreiben des Bürgermeisteramtes Schwarzenau wegen Namensänderung der Eisenbahnstation in Schwarzenau-Zwettl, 15.9.1871.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), HS, 7_27, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1870.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), HS, 7_71, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1914.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), HS, 7_74, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1917.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Inventur-u. Testamentprotokoll, 6_11, 1773–1792.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Krankenhaus (Aufnahmen, Verpflegskosten), K 163, 1904–1907.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Militaria, Kart. 191, 1834–1941.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Politika, Kart. 20, Wahl zum Reichsrat in Frankfurt/Main, 1241/8 1848.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_13, 1706–1727.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_14, 1738–1755.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_16, 1773–1780.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_17, 1780–1789.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_17b, 1806–1844.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_20, 1850–1860.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Kart. 68, Reg.Nr. 8, Landtagswahl 1867.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Kart. 72, Reg.Nr. 222, Volkszählung 1870.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Kart. 143, Wahl des Gemeindevorstandes 1864, 1867.